
KURDISTAN
REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
IHTEN
Cay
Nr. 144 Juli/August 2009
2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 144 Juli/August 2009 berichten wir über:



Die kurdische Bevölkerung in Nordkurdistan/Türkei bezeugt durch permanente Initiative ihren Willen zu einem gerechten Frieden Foto: DIHA



Gesucht wird von Regierungsseite nicht der Dialog – tägliche Unterdrückung und Gewalt bestimmen den Alltag der Bevölkerung Foto: DIHA



Zum ersten Mal demonstrierten die Betroffenen der destruktiven Staudammpolitik aus den unterschiedlichen Regionen gemeinsam in Ankara Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

willkommen zu einer neuen Ausgabe des *Kurdistan Report*.

Sie enthält schwerpunktmäßig und quasi als roter Faden eine Analyse der Situation in der Türkei, nachdem dort die kurdische Freiheitsbewegung ihre ursprünglich zum 1. Juni befristete einseitige Waffenruhe verlängert hat und eine heftige öffentliche Debatte um eine wie auch immer geartete Lösung der kurdischen Frage entbrannt ist. Ein vorsichtiges Fazit der bei uns vertretenen Bewertungen scheint sich unter das zurückhaltende Motto stellen zu lassen: alter Wein in alten Schläuchen.

Dabei werden die trotz einzelner starker Worte doch altbekannten Verhaltensweisen der Protagonisten des türkischen Staates betrachtet. Militär und Politik haben nichts anderes zu bieten als Militäroperationen, Ausnahmezustand, massenhafte Festnahmen, Verbote: anscheinend nichts Neues.

Andererseits liegt die politische Initiative offensichtlich auf kurdischer Seite. Waffenruhe, politische Vorschläge, Ansprechadressen – Angebote für einen politischen Dialog auf demokratischer statt militärischer Grundlage gibt es laufend. Dabei beansprucht die Freiheitsbewegung für sich, im Laufe ihres jahrelangen Kampfes ihre Position permanent verbessert zu haben, viel tiefer in der kurdischen Gesellschaft verankert zu sein und weit mehr Unterstützung zu erfahren als zu Beginn ihres Kampfes. Sie hat an politischer Organisierung und Vertretung, an Stärke und Selbstbewusstsein gewonnen.

Was allerdings bisher fehlt, ist – soweit ersichtlich – der Gegenpart. Denn zu einem Dialog gehören nun einmal (mindestens) zwei. Weder Personen noch die politische Bereitschaft sind auf staatlicher Seite auszumachen, die zweifellos nötig sind für fundierte Gespräche. In diesem Punkt hat sich die Situation ebenfalls seit Langem nicht geändert. Da fehlt neben dem langen Atem, den die kurdische Freiheitsbewegung allerdings zur Genüge bewiesen hat, noch eine passende Initialzündung, das Gegenüber zu überzeugen, respektive zu zwingen.

Fast ist sie in Vergessenheit geraten: Ertönte sonst nicht der Ruf nach Hilfe der internationalen „demokratischen" Staatengemeinschaft? Doch da ist nichts in Sicht. Im Gegenteil, der repressive Kurs der türkischen Administration erfährt Unterstützung und deren diplomatischer Beitrag bei der imperialistischen Ausrichtung der Region wird gesucht. Dafür werden kurdische Politiker in Spanien, Frankreich und Deutschland festgesetzt und verhaftet, was von kurdischer Seite auch als eindeutige Intervention gegen sich begriffen wird. Die Eigeninteressen auf westlicher Seite sind klar gezeichnet. Und spätestens jetzt wird ihre demokratische Maske als solche sichtbar, wenn sie unisono und selektiv die Vorgänge um die Präsidentschaftswahl im Iran als undemokratisch brandmarken. Wann hat es von ihnen je einen derartigen Aufschrei bei Wahlbetrug und Repression in Kurdistan gegeben? Wann beklagten sie von türkischer Polizei zusammengeschossene Demonstranten, wo bleibt das Engagement für bedrohte demokratisch gewählte Parlamentarier in der Türkei? Wem wollen diese Staaten eigentlich noch etwas vormachen?

Lassen Sie uns nicht nur negativ schließen. Vertrauen wir auf die Erfahrung und Stärke der kurdischen Bevölkerung und ihrer Freiheitsbewegung sowie ein wenig auf die Solidarität.

In der Hoffnung auf Gewinn bei der Lektüre dieser Ausgabe,

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

„Die besten Kurden sind die toten Kurden"

Tuncay Doğan, Journalist

Der ehemalige Rektor der Istanbuler Universität, Prof. Dr. Kemal Alemdaroğlu, wird mit dem Vorwurf, Mitglied der Ergenekon-Bande bzw. des „tiefen Staates" zu sein, im Rahmen des Ergenekon-Verfahrens angeklagt. Ergenekon ist die türkische Version der in Europa bekannten „Gladio". „Die besten Kurden sind die toten Kurden" ist eine der bekanntesten Parolen von Ergenekon gewesen.

Alemdaroğlus Rechtsanwalt Metin Çetinbaş gab während der Verteidigung die rassistischen Worte wieder, die in der Türkei seit Jahren bezüglich der kurdischen Frage artikuliert werden: „Ist es eine Schuld zu verlangen, dass die Kurden sterben sollen? Dies sind persönliche Gedanken zu den Kurden. Was ja nicht unbedingt heißt, dass wir uns sofort aufmachen sollen, um die Kurden zu töten. Es ist kein Delikt oder eine Straftat, Sympathisant irgendeiner Organisation zu sein und einige bestimmte Menschen zu hassen."

Ohne Frage ist sich auch Rechtsanwalt Çetinbaş bewusst, dass die Realität nicht so aussieht. Wie zur Zeit der Osmanen ist auch die „Kurdenpolitik" der 86-jährigen Geschichte der türkischen Republik geprägt von Leugnung und Vernichtung. Die offizielle Staatsideologie ist auf dieser Realität aufgebaut worden. Und dies blieb nicht nur auf theoretische Aussagen begrenzt, sondern wurde realisiert. Dass ca. 50 000 Menschen ihr Leben in dem Krieg in Kurdistan verloren haben, ist ein Resultat dieser Politik.

Etwa 17 000 Akten die Morde betreffend, die offiziell als „Morde ohne Täter" bezeichnet, aber in Wirklichkeit von Todesschwadronen ausgeführt wurden, liegen in den staubigen Regalen des Hohen Strafgerichtes in Diyarbakır. Besonders nach 1992 wurden ca. 5 000 Dörfer angezündet, verbrannt und vernichtet. 4 Millionen KurdInnen, die damals ins Zwangsexil getrieben wurden, haben noch immer nicht die Möglichkeit, in ihre Dörfer zurückzukehren. Und der Krieg in Kurdistan dauert immer noch an.

In genau dieser Zeit gibt Staatspräsident Abdullah Gül wichtige Erklärungen ab: „Es wird positive Entwicklungen bezüglich der kurdischen Frage geben. Zum ersten Mal in der Geschichte sind alle Institutionen des Staates der gleichen Meinung und sie wollen die Lösung dieser Frage. Diese historische Gelegenheit sollte genutzt werden." Parallel dazu spricht Murat Karayılan, der Exekutivratsvorsitzende der *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan* KCK, mit *Milliyet* (einer der größten türkischsprachigen Zeitungen in der Türkei) und gibt ebenfalls wichtige Erklärungen ab, die in mehreren Teilen an mehreren Tagen erscheinen. Er gibt bekannt, dass eine einseitige Waffenruhe eingeleitet wurde und die Organisation für eine Lösung auf der Grundlage eines Dialogs einsteht.

Diese beiden Aussagen wurden in kurzer Zeit zum Thema Nr. 1 in der Türkei. Was passierte? Gab es einen Politikwechsel in der kurdischen Frage? War der Staat nun endlich bereit, seine Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber der kurdischen Frage abzulegen und stattdessen eine Friedensphase einzuleiten?

Ein 1993 von Abdullah Öcalan verfasstes Buch hatte den interessanten Titel: „Ich suche einen Ansprechpartner." Die gegenwärtigen Diskussionen haben die Bedeutung dieses Titels erneut auf die Tagesordnung gebracht. Wer ist nun in Ankara Ansprechpartner für die kurdische Frage? Wer leitet das Orchester? Staatspräsident Abdullah Gül? Oder ist Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan der Dirigent? Oder ist es Generalstabschef İlker Başbuğ, der vor einigen Wochen auf einer berühmt gewordenen Pressekonferenz bekannt gegeben hatte, dass er eine „Autonomie" fordere?

Ministerpräsident Erdoğan hat sich bisher zu den aktuellen Diskussionen bezüglich einer möglich Lösung der kurdischen Frage nicht geäußert. Er schweigt. Umsonst wurde darauf gewartet, dass es eventuell eine gemeinsame Linie mit der legalen politischen Vertretung der KurdInnen, den kurdischen Abgeordneten im Parlament, geben könnte. Es sieht so aus, als habe die Regierung die Initiative bezüglich der kurdischen Frage komplett dem Militär überlassen.

Kommen wir zu Staatspräsident Gül … Seine Worte, die als eine „theoretische Entwicklung" bewertet werden können, sind nicht umgesetzt worden. Es gibt auch nicht das kleinste Anzeichen dafür, dass dies noch passieren wird.

Bleibt also nur noch das Militär. Generalstabschef Başbuğ hat sein Schweigen zu diesen Erklärungen während seines Besuches in den USA auf einer Pressekonferenz gebrochen. Er sagte, das Militär sehe keine Veränderungen in der Politik vor. Schlimmer noch: „Das, was diskutiert wird, interessiert mich nicht. Ich werde nicht darauf warten, dass irgendjemand zu mir kommt. Ich werde gehen, suchen, finden und töten. Bis der letzte PKK-Militante ausgeschaltet ist, wird unser Krieg entschlossen fortgeführt. Wir werden nichts preisgeben." So lauteten die Worte von Başbuğ.

Eines fügte er jedoch hinzu: „In dem Ziel, die Wurzeln des Terrors auszurotten, sind sich alle staatlichen Institutio-

nen einig.“ Einen Moment bitte … etwas Ähnliches hatten wir doch schon einmal gehört! Ja, und zwar von Staatspräsident Gül: „Alle staatlichen Institutionen sind sich zum ersten Mal in der Geschichte einig und fordern eine Lösung des Problems.“ Jetzt verstehen wir: Gemeinsamer Nenner beider Aussagen ist, „dass sich die staatlichen Institutionen einig“ seien. Aber noch konnten wir leider nicht verstehen, ob sich diese staatlichen Institutionen bezüglich einer „Lösung“ oder einer „kompletten Vernichtung“ einig geworden sind. Während Gül von „positiven Entwicklungen“ und einer „Lösung“ redet, spricht der Generalstabschef, der für den gleichen Staat steht, davon, „die Wurzeln auszurotten“. Also kommen wir wieder auf unsere Frage zurück: Wer leitet das Orchester in Ankara?

Fazit: Ich denke, dass diejenigen, die sich gerade aufgrund dieser letzten Diskussionswelle in der Türkei große Hoffnungen machen, dass „es nun endlich eine politische Lösung in der kurdischen Frage geben wird, die Waffen schweigen werden und der Dialog beginnt“, eine herbe Enttäuschung erleben werden. Wer sich die Praxis des türkischen Staates anschaut, wird sehen, dass die aktuelle Politik nichts Neues ist. Während dieses kurzen Zeitraums, in dem eine „Lösung“ und der „Frieden“ diskutiert werden, wurden mehr als 900 PolitikerInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen verhaftet. Während es in der Türkei rege Diskussionen über eine Aufhebung des Verbotes der kurdischen Kultur und der kurdischen Sprache gibt, wurden Prozesse gegen BürgermeisterInnen und Abgeordnete der *Partei für eine Demokratische Gesellschaft* DTP eingeleitet – mit der Begründung, sie hätten kurdisch gesprochen. Zeitungen und TV-Sender wurden verboten und geschlossen, weil sie in kurdischer Sprache gedruckt oder ausgestrahlt wurden. Allein die Worte „legt die Waffen nieder, nehmt an der legalen Politik teil“ werden also keine Grundlage für die Teilnahme an der legalen Politik schaffen. Dass die offiziellen Aussagen keine Praxis nach sich ziehen, wird anhand dieser Beispiele sehr deutlich. Parallel dazu werden täglich sowohl innerhalb der türkischen Grenzen als auch grenzüberschreitend Militäroperationen durchgeführt. Da haben wir nun also unsere Antwort auf die Frage, die sich alle stellen: Die Praxis zeigt, dass nicht der Staatspräsident, sondern der Generalstabschef den Orchesterdirigenten spielt.

Kommen wir zu den KurdInnen: Die DTP, die einen sehr großen Erfolg bei den Kommunalwahlen erzielte, setzt sich mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ein. Diese Schritte, Forderungen und Aktionen der DTP stoßen jedoch an die Grenzen der Leugnungsmentalität des Staates und kehren zurück. Dass jedoch die Friedensforderungen der DTP in der Öffentlichkeit höchste Unterstützung finden, verstärkt die Hoffnung derer, die sich mehr als alles andere nach Frieden sehnen. Laut einer Umfrage des *andy-ar*-Sozialforschungsinstituts möchten 60 % der Bevölkerung in der Türkei, dass die kurdische Frage auf der Grundlage eines Dialoges gelöst wird.

Trotz allem trug die KCK am stärksten zur gegenwärtigen Debatte bei. Gleich nach den Kommunalwahlen vom 29. März verkündete sie eine Waffenruhe und wies darauf hin, dass der politische Wille des kurdischen Volkes endlich Anerkennung finden müsse. Somit hat die KCK die Tür für einen Dialog erneut geöffnet. Obwohl das türkische Militär mit umfangreichen Militäroperationen antwortete, wurde die Waffenruhe von der KCK bis zum 15. Juli verlängert und es wurde erneut unterstrichen, dass sie zu einem Dialog entschlossen seien. Parallel dazu wurde mit dem Ziel, eine Grundlage für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu schaffen, von Abdullah Öcalan eine „Lösungsdeklaration“ ausgearbeitet. Er betonte erneut, dass er offen für einen Dialog sei, und wies darauf hin, dass er bis August eine „Roadmap“ erstellen werde.

Seit Längerem befindet sich die Türkei an einem Wendepunkt. Die Öffentlichkeit sowohl in der Türkei wie auch außerhalb schreit regelrecht: „Es muss nun endlich eine Lösung her!“ US-Präsident Barack Obama, der letzten Monat während seiner Türkeireise im türkischen Parlament eine Rede hielt, sprach genau dasselbe an. Die offizielle Ideologie, die die Türkei lenkt, ist sich jedoch der veränderten Welt-Balancen nicht bewusst. Genauer gesagt ist sie sich dessen eigentlich bewusst, sie versucht jedoch, neue Entwicklungen in alte Kleider zu stecken. Seit Jahren gibt sie dieselbe Parole aus: Die zeitgenössische Welt soll mich so akzeptieren, wie ich bin, also mit meinen Rückständigkeiten.

Eine weitere Entwicklung, die den Appetit des Generalstabs angeregt hat, ist diejenige im Land der Tamilen. „Was hat das denn jetzt damit zu tun?“, fragen Sie sich sicherlich. Sehr viel hat es damit zu tun! Der sri-lankische Staatsminister rief in Ankara an und unterrichtete die Türkei über ihren „militärischen Erfolg“ gegen den „Terror“ der *Tamil Tigers*. Nun, einige sehr Schlaue aus Ankara denken sich jetzt selbstverständlich: „Können wir dasselbe nicht auch erreichen?“ Erneut eine militärische Offensive und die Politik, die „Wurzeln auszurotten“.

Lassen Sie mich an etwas erinnern. Der ehemalige türkische Staatspräsident Süleyman Demirel sagte einst: „28 kurdische Aufstände haben wir unterdrücken können. Auch den 29. werden wir schaffen zu unterdrücken.“ Damit meinte er die PKK – die kurdische Befreiungsbewegung mit Abdullah Öcalan. Vielleicht hat Sri Lanka ein Massaker verübt. Aber die türkische Republik hat es gegen die KurdInnen mittlerweile schon 28 Mal verübt. Wären „Verleugnung und Vernichtung“ eine richtige Politik, wäre es zu keinem 29. Aufstand gekommen und die kurdische Frage wäre mittlerweile eine gelöste Frage.

Als Fazit: Auch wenn es bezüglich der kurdischen Frage, in der Theorie allerdings, einige Veränderungen gibt, so hat sich die praktische Umsetzung nicht geändert. Die alte Praxis wird weiterhin angewandt. Diejenigen, die früher „die besten Kurden sind die toten Kurden“ sagten, haben an ihrer Denkweise nichts – überhaupt nichts – verändert. Na gut, also im besten Fall sagen sie heute „die besten Kurden sind die Kurden, die sich ergeben“. Mag sein! Ich denke aber nicht, dass es da einen Unterschied zwischen Tod und Kapitulation gibt. Meinen Sie nicht auch, dass „Kapitulation“ = „Tod“ ist? ♦

KCK verlängert Waffenruhe

Den Prozess permanent in eine demokratische Lösung verwandeln

ANF, 1. Juni 2009

Auf die Forderungen derjenigen Kreise hin, die für eine Lösung der kurdischen Frage stehen, kündigte die *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan* (KCK) an, die zum 1. Juni 2009 befristete Waffenruhe bis zum 15. Juli 2009 zu verlängern. Die Öffentlichkeit bewertete diesen Schritt positiv und forderte auch die Regierung zu konkreten Schritte auf.

In diesen Tagen ergab sich in der kurdischen Frage eine weitere Entwicklung. Die KCK verlängerte die Waffenruhe um 45 Tage. Im Falle positiver Schritte sei sie sogar zu einer Ausweitung der Waffenruhe bis zum 1. September bereit. In ihrer Erklärung heißt es, sie wollten „die Waffen beidseitig zum Schweigen bringen und den Prozess permanent in eine demokratische Lösung verwandeln".

Aus der Erklärung: „Trotz der jüngsten schweren Tragödien in Kurdistan hat der über 30-jährige Freiheitskampf des kurdischen Volkes in der Türkei unter Abdullah Öcalan (Apo) heute eine bedeutende Dimension erreicht. Es hat sich erwiesen, dass der kurdische Freiheitskampf nicht beseitigt und bezwungen werden kann, trotz aller von internationalen und regionalen Kräften gegen die kurdische Bevölkerung angewandten Methoden der Unterdrückung und Gewalt. Der soziale Widerstand unseres Volkes erzielte wichtige Erfolge gegen die internationalen Konzepte von Unterdrückung und Kapitulation ..."

Gül und Erdoğan sollten Stellung nehmen

„Trotz der Erklärungen des Staatspräsidenten und aus einigen politischen Kreisen ist jedoch bis jetzt noch kein konkretes Projekt über den Weg der Lösung der Frage formuliert worden. Trotz der Äußerung des Staatspräsidenten, es gebe eine Übereinkunft zwischen den Institutionen, halten militärische und politische Operationen an. Warum werden diese nicht beendet, wenn diese Einigung die politische Lösung der Frage betrifft? Werden die Konsequenzen in Betracht gezogen, wenn es sich hierbei lediglich um ein Ablenkungsmanöver handelt?" In der KCK-Erklärung wird weiterhin verlangt, dass sowohl Staatspräsident Gül als auch Ministerpräsident Erdoğan Stellung zu diesen Fragen beziehen, damit die künftige Richtung des Prozesses in der kurdischen Frage klarer wird.

Waffenruhe kann bis 1. September verlängert werden

Ein wichtiger Aspekt der KCK-Erklärung betrifft die Äußerungen Abdullah Öcalans. Dieser hatte zuvor unter Berücksichtigung der Erklärungen Güls, der aktuellen öffentlichen Diskussionen, der Aufforderungen Intellektueller und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Erwartungen aus der Bevölkerung die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung der Waffenruhe angedeutet:

„Unsere Bewegung hat den Aufruf unserer politischen Führung bewertet, der einer politischen Lösung der kurdischen Frage Priorität einräumen und der Unterbrechung des Konfliktes sowie der Schaffung eines konstruktiven Rahmens für Frieden eine Chance geben will. Nach kollektiver Übereinkunft der Organe unserer Bewegung wurde entschieden, diesen Aufruf umzusetzen. In diesem Sinne, auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Angriffe, hat unsere Bewegung die Aufrechterhaltung des Status der Inaktivität bis zum 15. Juli beschlossen. Wir kamen überein, den Prozess der Inaktivität bis zum 1. September auszudehnen, falls es positive Entwicklungen in Richtung einer Lösung gibt. Das bedarf jedoch der Neubewertung der Situation."

Operationen müssen gestoppt werden

Es wird offen benannt, dass einseitige Anstrengungen keinen Erfolg haben: „Niemand kann sagen, ob die Armee so oder anders handeln wird. Von Januar bis Ende März gab es eine ‚operationsfreie' Phase. Also ist auch jetzt das Gleiche möglich. Entscheidend sind hier die Entschlossenheit zum Handeln und politischer Wille."

Recht auf legitime Verteidigung wird genutzt werden

„In der Sommerzeit kann die Guerilla am aktivsten und erfolgreichsten agieren. (...) Während der genannten Periode werden unsere militärischen Kräfte keine Aktion durchführen und nirgendwo angreifen. Im Falle von Vernichtungsangriffen auf sie werden sie allerdings von ihrem universellen Recht der legitimen Selbstverteidigung Gebrauch machen und sich das Recht auf Vergeltung für jeden Angriff vorbehalten."

Staat wie Regierung müssen ihrer Verantwortung nachkommen

Es wird betont, dass eine sofortige Beendigung der Verhaftungswellen gegen Vertreter legaler kurdischer Institutionen und Parteien von großer Wichtigkeit sei. Denn dies habe für die Institutionalisierung einer Friedensphase erhebliche Bedeutung. Weiterhin wird angeführt, dass der kurdischen Bevölkerung die Grundlage für legale Politik nicht entzogen werden dürfe.

Für uns ist dies keine Taktik, sondern eine Strategie

In dem Falle, dass die Militäroperationen nicht eingestellt würden, die Guerilla „zum Eingreifen gezwungen“ sei und es dabei zu Verlusten auf beiden Seiten komme, so die Erklärung, würden Militär und Politik, die dies nicht verhinderten, „für alle Folgen mitverantwortlich sein. Unsere Haltung zu diesem Prozess ist strategisch und nicht taktisch. Wir wollen die Waffen beidseitig zum Schweigen bringen und den Prozess permanent in eine demokratische Lösung verwandeln, nicht in eine vorübergehende Waffenpause. In diesem Sinne sind beide Seiten für eine vernünftige Bewertung der Grundlage für eine Lösung verantwortlich. Natürlich können uns Gewaltmethoden nicht weiterbringen. Nur die Einstellung der Kriegshandlungen, ernsthafte Schritte und Dialog ermöglichen eine grundlegende Lösung.“

Vorschlag der Einheit gegen die Saboteure dieser Phase

„Die öffentliche Meinung und alle Beteiligten sind aufgefordert, die 45-tägige Phase der Inaktivität mit hinreichender Verantwortlichkeit zu betrachten und bezüglich der Zukunft des türkischen und kurdischen Volkes zu bewerten. Die konservativ-demokratischen, liberal-demokratischen und links-demokratischen Kräfte in der Türkei sollten ihre historische Verantwortung für die Demokratisierung der Türkei wahrnehmen und in demokratischem Einklang das Wagnis eingehen, denjenigen Kräften entgegenzutreten, die diesen Prozess sabotieren wollen.“ Denn sie seien es, die sich für die Zukunft der Türkei einsetzen sollten. ♦



Demonstration für eine politische Lösung und einen gerechten Frieden in Amed, Diyarbakır, 14.6.2009 Foto: DIHA

Kritische Phase bei der Lösung der kurdischen Frage

Sucht die türkische Regierung nach einer angemessenen Lösung?

Hüseyin Aykol

Vor den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 in der Türkei hatten manche Folgendes im Sinn: Die legale politische Kraft der Kurden, die *Partei für eine Demokratische Gesellschaft* DTP wird sich bei den Wahlen nicht durchsetzen. Auf der Kurdenkonferenz, an der nur wenige Repräsentanten der Kurden teilnehmen, soll die PKK politisch in die Ecke gedrängt und anschließend dazu gezwungen werden, bedingungslos die Waffen niederzulegen.

Sogar wir, als unabhängige Beobachter, waren der Meinung, dass die DTP einige Bürgermeisterposten verlieren würde. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte vor den Wahlen erklärt, dass die Regierungspartei AKP in den Städten Tunceli (kurdisch Dersim), wo bisher noch nie ein AKP-Bürgermeister gewählt worden war, in Diyarbakır (Amed), Batman und weiteren kurdischen Städten um jeden Preis die Bürgermeister gewinnen wolle und werde. Ebenso war es ein Ziel der AKP, Izmir zu erobern, welches bisher immer CHP-dominiert war. Vor allem aber wollte man die Städte „einnehmen“, in denen die DTP die Stadtverwaltung innehatte.

Die AKP-Regierung mobilisierte sogar die Landräte, die Staatsbeamten, um in den kurdischen Städten die Kommunalwahlen zu gewinnen. Die Wähler sollten durch Kühlschränke, Waschmaschinen und weitere materielle „Geschenke“ bestochen werden. Trotz anderslautender Entscheidung des *Großen Wahlrates* wurden z. B. in Dersim die meisten Gerätschaften verteilt. In dieser Phase wurden alle Kräfte des Staates gegen die DTP und für die AKP mobilisiert. Einige Parteien zogen sich sogar, in bestimmten Städten, zugunsten der AKP von den Wahlen zurück. Auch die Armee unterbrach militärische Operationen.

Aufgrund des Prestigeverlustes Erdoğans in der Region wegen seiner provozierenden Äußerungen und dem Bestreben, Druck auf die kurdische Bevölkerung auszuüben und Militäroperationen durchzuführen, wurde Staatspräsident Abdullah Gül in den Wahlkampf einbezogen. Gül erklärte nicht genau definierbar: „Es werden in der kurdischen Frage gute Dinge geschehen!“, er sollte so die Stimmen der kurdischen Bevölkerung für die AKP gewinnen. Das kurdische Volk hat bei den Wahlen jedoch deutlich gemacht, dass es den Druck und die Drohungen der AKP-Führung nicht vergessen hat und nicht bestechlich ist. Es wurden weit mehr DTP-BürgermeisterInnen gewählt als bei den letzten Kommunalwahlen. Besonders wichtig waren die Erfolge in Siirt und Van. Siirt ist eine Stadt, in der Erdoğan zum Ministerpräsidenten gewählt worden war, Van der Wahlbezirk Hüseyin Çeliks, des Bildungsministers.

Die AKP-Regierung musste sich nach den Wahlen neu orientieren, die Armee entschloss sich, in Form von Militäroperationen Rache zu üben. Dazu kommt, dass der Kredit, der Handlungsspielraum, den die AKP von der Armee erhalten hatte, mittlerweile „aufgebraucht“ ist. Es hat nun wiederum eine Phase begonnen, in der die Armee versucht, wieder die Stränge in die Hand zu bekommen. Der Generalstabschef begann mit Briefings. Auf Wunsch der Armee, mit voller Unterstützung der AKP, wurden am 14. April eine Kriminalisierungswelle und umfangreiche Verhaftungsaktionen gegen die DTP gestartet.

Viele FunktionärInnen der DTP, unter ihnen auch ihre Vizepräsidenten Kamuran Yüksek und Bayram Altun, wurden festgenommen. Nach dem 14. April kam es fast jede Woche zu neuen Festnahmen von DTP-Mitgliedern. Bisher sind mehr als 446 verantwortliche Frauen, Männer und Jugendliche der DTP festgenommen und oft auch gefoltert worden.

Ähnlich wie zu der Zeit, als es die berüchtigte „Todesliste“ gab, wurde auch jetzt gezielt gehandelt. Es soll eine Liste mit politisch Auszuschaltenden, auf der über 750 Personen stehen, geben. Auf dieser Grundlage sind bis zum 15. Mai 446 Personen in Gewahrsam genommen worden, 267 davon in Haft. (Zum Beispiel wurden bei der Polizeiaktion vom 28. Mai gegen die KESK 14 von 34 Personen nach der Festnahme auch inhaftiert.) Bis jetzt ist nicht absehbar, wann diese Verhaftungswelle zu Ende gehen wird. Das ist auch einer der Gründe dafür, dass die Veröffentlichung der Anklageschriften und der Beginn der Prozesse auf sich warten lassen. Wie in der Türkei üblich werden die Personen, die sich im Gefängnis befinden, völlig grundlos Monate oder auch Jahre dort verbringen müssen.

Trotz des Waffenstillstands der PKK wurden Militäroperationen von der türkischen Armee intensiviert. Die DTP reagierte auf die Festnahmewelle und die militärischen Operationen sehr entschlossen. Überall kam es zu öffentlichen Presseerklärungen und Kundgebungen, an denen auch die Parlamentsabgeordneten der DTP teilnahmen. Nachdem auch sie sich entschlossen gegen die staatlichen Willkürakte äußerten, wurden sie selbst zur Zielscheibe. Sechs Abgeordnete sollen, wenn es nach der Staatsanwaltschaft

geht, ihre Immunität verlieren, damit sie zu einer Aussage gezwungen werden können und eventuell Anklage gegen sie erhoben werden kann.

Aufgrund des besonnenen Agierens der DTP-Führung und der DTP-Abgeordneten und starken öffentlichen Drucks wurden die Entscheidung über eine zwangsweise Durchführung von Verhören der Abgeordneten auf September verschoben. Die Entwicklungen lassen befürchten, dass nach den Inhaftierungen der DTP-Funktionäre die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass auch die Abgeordneten inhaftiert werden. Kurz gesagt, die eigentliche Botschaft dieser staatlichen Vorgehensweise ist, dass „die Kurden keine legale Politik betreiben, sondern in die Berge gehen sollen", wenn sie eine selbstbewusste und eigenständige Politik entwickeln. Dementsprechend wollen die Mächtigen im Staat „keine Lösung, sondern eine Fortführung des Krieges".

Kern der Angriffe

Diejenigen, die die Angriffe und die Vernichtungspolitik gegenüber der DTP durchführen, sprechen davon, dass sie „keine Probleme mit der Partei" hätten, sondern das Ziel, „die PKK-Mitglieder in der DTP auszuschalten". Diese Information wurde indirekt über die Medien lanciert. Auf diese Weise soll in der Öffentlichkeit und bei den Kurden eine Ablehnungshaltung gegen die PKK erzeugt werden. Ähnliche Vorgehensweisen kennen wir seit der Zeit der HEP, Mitte der neunziger Jahre, bis heute. Jahrelang wurde so die Politik beeinflusst. Das führte dazu, dass diese kurdischen Parteien (HEP bis DTP), die schon immer für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage wirkten, nicht in dem Maße, wie es möglich gewesen wäre, angenommen wurden und auch keinen Raum zur Entfaltung zugestanden bekamen. Die Bürgermeistersitze jedoch, die seit drei Wahlperioden gehalten werden, und das Umgehen der undemokratisch hohen 10-%-Hürde bei den Parlamentswahlen haben dazu geführt, dass eine derartige Verhinderungspolitik gegen legale kurdische VertreterInnen jetzt überwunden werden könnte.

Die Operation gegen die DTP vom 14. April hatte die aktivsten und wirksamsten Mitglieder der Partei zum Ziel. Solche Methoden benutzt der türkische Staat fast seit Vedat Aydın 1991. Die am weitesten entwickelten und sich in verantwortlichen Positionen befindenden FunktionärInnen wurden entweder getötet, ins Gefängnis gesteckt oder bekamen politisches Betätigungsverbot. Alternativ konnten die Betroffenen ins Exil flüchten. Alles zusammen wurde als Begründung für das Verbot der jeweiligen Parteien herangezogen.

Gibt es Hoffnung auf Frieden?

Man weiß nicht, wann die zunehmenden Militäroperationen in den Bergen und die Kriminalisierungs- und Verhaftungswelle gegen die DTP und andere kurdische Organisationen, die das demokratische Verständnis der DTP teilen, ein Ende finden werden. Momentan führt sich der Generalstabschef, der am 14. April und am 29. Mai Briefings abhielt, so auf, als wäre er der Staatspräsident. Offen legt er dar, dass „dies sicher nicht so weitergehen" könne und er „strikt gegen eine politische Lösung" sei. Er spricht sozusagen das letzte Wort, wenn es um Dinge geht, die normalerweise vom Minister- oder dem Staatspräsidenten entschieden werden sollten.

In genau einer solchen Situation sprach Staatspräsident Gül erneut davon, dass „gute Dinge geschehen werden". Derartige Aussagen hat er nun schon einige Male folgenlos wiederholt. Daher will nicht nur die Öffentlichkeit, sondern wollen auch die politischen Parteien im türkischen Parlament mittlerweile genauer wissen, um welche „guten Dinge" es sich dabei handelt. Der Vorsitzende der MHP Devlet Bahçeli hat damit begonnen, das Schweigen zu brechen, als er sagte: „Oh je, wir verlieren das Land." Deniz Baykal, der Vorsitzende der CHP, hingegen, in einer für ihn ungewöhnlichen Art: „Wenn uns bei einer Lösung eine Aufgabe zufällt, werden wir diese auch übernehmen." Anschließend reiste er in die kurdischen Städte, um zu verkünden: „Die PKK soll die Waffen niederlegen, über den Rest wird nachgedacht."

Danach ging Generalstabschef İlker Başbuğ nach Washington und diskutierte mit Michael G. Mullen, dem Generalstabschef der USA, über türkische Soldaten, die nach Afghanistan geschickt werden sollen. Anschließend verkündete er: „Wir führen die Militäroperationen fort, bis die letzten PKK-Mitglieder inhaftiert oder getötet sind." Sogar diejenigen, die sich im Nord-Irak aufhalten, sollen vernichtet werden. Da dieser Krieg seit 25 Jahren geführt wird, ist eine solche Einschätzung unrealistisch und fatal. Ein Zeitraum, in dem zahlreiche Ministerpräsidenten und Generalstabschefs kamen und gingen, während die PKK, von der stets behauptet wurde, sie erlebe „ihre letzten Tage", immer noch auf den Beinen ist.

Ich glaube nicht, dass die Regierung oder auch das Militär nach einer wirklichen Lösung suchen. Es wird weiterhin auf Krieg und Vernichtung gesetzt werden. Apropos Krieg: Wenn wir schon gerade beim Thema sind; haben Sie jemals gehört, dass der Sohn irgendeines Ministerpräsidenten, eines Staatspräsidenten, Generalstäblers oder irgendeines Abgeordneten bei militärischen Operationen gestorben sei? Haben Sie nicht? Können Sie auch nicht, da diese nämlich alle als „untauglich" ausgemustert werden oder ihren Dienst in sicheren Militärgebäuden ableisten.

Ich möchte die Frage „Gibt es Hoffnung für die politische Lösung der kurdischen Frage, sind wir einer Lösung nahe?" mit einer kurzen Nachricht vom 4. Juni beantworten: „Bei der Kontrolle eines Fahrzeugs, in dem sich u. a. ein JITEM-Kommandant, ein Unteroffizier und ein Feldwebel befanden, auf der Straße zwischen Diyarbakır und Lice hat man 75 Kilogramm Haschisch gefunden. Daraufhin wurden zwei Mitglieder des JITEM und zwei Zivilisten, die sich im Auto befanden, in Untersuchungshaft genommen und zur Kommandantur der Jandarma in Diyarbakır gebracht." Das kurdische Volk hat große Opfer gebracht, um eine Akzeptanz für seine Identität und seine Sprache durchzusetzen. Natürlich werden alle Kriege eines Tages im Frieden enden. Es sieht aber so aus, als würde dieser Krieg noch länger andauern … leider. ♦

Die kurdische Frage und Lösungsansätze in der Türkei

Was also wird passieren, wenn es zu keiner Lösung kommt?

Baki Gül, Journalist

In der Türkei ist vor Kurzem eine neue Debatte um die kurdische Frage entbrannt. Im Gegensatz zu allen bisherigen Diskussionen in der 80-jährigen Geschichte der Republik über mögliche Lösungen liegt die Besonderheit aktuell darin, dass die Kontrahenten dieses Mal ihre Forderung nach einer Lösung offen kundtun. Was sie im Einzelnen darunter verstehen, unterscheidet sich allerdings erheblich voneinander. Die kurdische Frage war schon immer ein Tabuthema in der türkischen Republik. Im Falle ihrer Erwähnung war und ist eine Verurteilung vor dem Hohen Strafgericht zu erwarten. Nun jedoch gibt Staatspräsident Abdullah Gül bekannt, dass „die kurdische Frage das wichtigste Problem in der Türkei“ sei, das „schleunigst zu lösende Problem“.

Bei der Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 traten 20 unabhängige KandidatInnen in kurdischem Namen an und wurden gewählt. Sie schlossen sich zu einer parlamentarischen Gruppe unter dem Dach der DTP (*Partei der Demokratischen Gesellschaft*) zusammen. Zum ersten Mal bildeten Kurden eine Gruppe im Parlament. Das jedoch hatte nicht ausgereicht, eine öffentliche Diskussion hervorzurufen, die zur Lösung der kurdischen Frage hätte beitragen können. Im Gegenteil, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte, er betrachte die DTPlerInnen nicht als GesprächpartnerInnen. Auch die zweitgrößte Partei im Parlament, die CHP (*Republikanische Volkspartei*), äußerte sich in derselben Weise. Der Generalstab gab bekannt, aufgrund der Anwesenheit der DTP nicht an den offiziellen Parlamentssitzungen teilzunehmen. Fazit: Die Kurden waren durch demokratische Wahlen ins Parlament gekommen, wurden jedoch nicht als Ansprechpartner anerkannt.

Die Jahre 2007 und 2008 hingegen wurden die Jahre der heftigsten militärischen Zusammenstöße zwischen Guerilla und Militär. Die türkische Armee bekam durch Parlamentsentscheidung grünes Licht für grenzüberschreitende Militäroperationen auf irakischen Boden. Ende 2007 wurden der PKK nahe gelegene Dörfer und Bergregionen von Kampfflugzeugen bombardiert.

Im Februar 2008 startete das Militär seine Bodenoffensive im Irak. Es versuchte, in Südkurdistan (Nordirak) in die von der Guerilla kontrollierten Gebiete einzudringen, hatte damit jedoch keinen Erfolg. Im Gegenteil, es erlebte eine herbe Niederlage, die zu regen Diskussionen in der türkischen Politik führte.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei gingen die Meinungen der *Partei der Nationalistischen Bewegung* MHP, die für ihre unglaubliche Nähe zum Staat bekannt ist, und der dagegen dem Militär nahestehenden CHP auseinander. Man kann sogar sagen, dass diese beiden Parteien sich zum ersten Mal gegenüberstanden. Heftige Kritik musste das Militär einstecken. Die Regierungspartei AKP (*Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung*) wiederum hielt sich aus allen Diskussionen heraus, da sie dem Militär uneingeschränkte Autorität gab. Also ließ sich auch auf militärischer Ebene kein Erfolg gegen die Kurden verzeichnen.

Zuletzt zog Ministerpräsident Erdoğan alle Wut der KurdInnen auf sich, als er während des Kommunalwahlkampfs vor dem 29. März 2009 durch die Städte zog und der Bevölkerung vorhielt, dass sie „das Land zu lieben“ habe. „Sollten sie es nicht tun, können sie ja gern verschwinden.“ Gegen diese Äußerung des Ministerpräsidenten fanden zentrale Kundgebungen und Aktionen in Hakkari, Van, Diyarbakır und vielen anderen Großstädten statt. Das von den Sicherheitskräften während der Kundgebungen eröffnete Feuer forderte Todesopfer.

Die AKP versuchte, diesen Zorn noch vor den Kommunalwahlen mit einigen Maßnahmen zu besänftigen, die wie „Schritte für die Lösung der kurdischen Frage“ hingestellt wurden. Die staatliche Fernsehanstalt begann, einen TV-Kanal TRT 6 auszustrahlen, der ausschließlich auf Kurdisch sendet. Dass dieser Kanal überhaupt nicht rechtlich verankert war, regionale TV-Sender in Diyarbakır, die kurdisch senden wollen, ununterbrochen mit Strafen belegt wurden, und dass allem voran dieser Schritt noch vor den Kommunalwahlen eingeleitet wurde, stellte die kurdische Bevölkerung nicht zufrieden. Auch die Ankündigung der AKP, an den Universitäten „Kurdologie“-Lehrstühle einzurichten, überzeugte sie nicht.

Dies führte dazu, dass die DTP bei den Kommunalwahlen besser abschnitt als die AKP und somit die Bürgermeisterwahlen in den kurdischen Großstädten gewann. Und das, indem die AKP enorme Stimmenanteile einbüßte.

Die DTP schaffte es also, alle Gemeinden zu halten, die sie schon gehabt hatte, und fügte zahlreiche neue

hinzu. Neben den Provinzstädten Diyarbakır, Van, Tunceli, Siirt, Batman, Hakkari, Şırnak, Iğdır gewann sie etliche Kreisstädte.

Nach den Kommunalwahlen zeigte sich in der Türkei ein neues Bild. Die DTP, Erste in den kurdischen Gebieten, bekam auch in den westlichen Provinzen wichtigen Stimmenzuwachs. Die AKP jedoch verlor in der ganzen Türkei – allen voran in den kurdischen Gebieten – Stimmanteile. Kurdische Organisationen wie die *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan* KCK und die *Volksverteidigungskräfte* HPG scheuten sich nicht, nach einer Lageanalyse eine einseitige Waffenruhe bis zum 1. Juni 2009 zu erklären, um der Lösung der kurdischen Frage auf demokratischem und politischem Wege eine erneute Chance geben zu können. Dieser Beschluss sollte im Anschluss an den kurdischen Wahlerfolg eine neue Möglichkeit und Gelegenheit für eine Lösung bieten und zur friedlichen Lösung beitragen. Gleich darauf erklärte Abdullah Gül: „Es wird positive Entwicklungen in der Türkei geben und die Türkei wird die kurdische Frage lösen", womit er die Hoffungen auf eine wirkliche Lösung der kurdischen Frage bestärkte.

Doch im direkten Anschluss wurden im Rahmen einer umfangreichen Polizeioperation zahlreiche FunktionärInnen, BürgermeisterkandidatInnen und MitarbeiterInnen der DTP festgenommen. Was von vielen Kreisen in der Türkei als Beweis für die „Existenz derjenigen, die über eine Lösung der kurdischen Frage anders denken", interpretiert wurde. Und weiter als Resultat des Widerspruches zwischen den Befürwortern und Gegnern einer Lösung.

Doch die Diskussionen um die kurdische Frage bekamen in den letzten Tagen noch einmal einen ganz anderen Auftrieb. Hasan Cemal, Kolumnist der *Milliyet*, einer der größten Tageszeitungen in der Türkei, die einen liberalen Standpunkt vertritt, führte in Kandil ein Interview mit dem KCK-Exekutivratsvorsitzenden Murat Karayılan, das im Mai in mehreren Teilen veröffentlicht wurde und der öffentlichen Debatte neue Dynamik verlieh. Karayılans Äußerungen wurden von Cemal so wiedergegeben:

„Die Nummer eins der PKK, Murat Karayılan, erklärt: ‚Die Priorität liegt auf der Waffenruhe, niemand soll niemanden angreifen. Lasst uns diese Angelegenheit erst einmal unter uns besprechen (...) Nicht die Waffen sollten der 1. Schritt sein, sondern der Dialog.' Außerdem könne, wenn nötig, ein Mechanismus mit wichtigen Persönlichkeiten implementiert werden: ‚Wir befinden uns an einer bedeutenden Schwelle! 1993 gab es die Gelegenheit zu einem Frieden. Sie wurde nicht wahrgenommen. Dieses Mal sollte sie aber. Wir wollen nicht mehr, dass Blut fließt.' Karayılans Mechanismus sieht folgendermaßen aus: ‚Der 1. Schritt ist, dass die Waffen ruhen … dann beginnt der Dialog … Ansprechpartner für den Dialog ist Imralı … Wenn dies nicht akzeptiert wird, sind wir es. Wenn auch wir nicht akzeptiert werden als Ansprechpartner, ist es die politische gewählte Stimme des Volkes. (Hier erwähnt er nicht die DTP. Als ich sie erwähne, bestätigt er mit dem Kopf. H. C.) … Und wenn das nicht geht, dann sollte irgendwo eine Kommission gegründet werden. Wichtige Intellektuelle würden sich zusammenschließen. Wie Ilter Türkmen z. B. (ehemaliger Außenminister und Botschafter) oder auch Personen wie Sie würden sich versammeln und würden versuchen, den ersten Schritt für einen Dialog zustande zu bringen … Solch ein Mechanismus würde seitens des Staates als Ansprechpartner gebilligt werden.' Murat Karayılan fügt hinzu: ‚Warum soll das nicht funktionieren? Warum soll solch ein Mechanismus nicht begründet werden …?' Als er fragt, warum, fragt er weiter: ‚Gibt es keine politische Repräsentanz? Besteht die Lücke in der Politik? Ich frage mich, wo ist der Ministerpräsident von 2005 …?'"

Diese Äußerungen Karayılans wurden in der Türkei vielseitig diskutiert. Die CHP entschied sich, die klassische Variante gegenüber der kurdischen Frage zu wählen: deren Leugnung. Die MHP forderte, den Krieg weiterzuführen. Liberale Intellektuelle in der Türkei wollten von der PKK, sie solle die Waffen endgültig und sofort fallen lassen. Kurz gesagt, politische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Intellektuelle gaben Murat Karayılans Erklärungen ihre Aufmerksamkeit. Auch die AKP-Regierung und Staatspräsident Abdullah Gül führten die Diskussionen mit eigenen Statements fort.

Die KCK verlängerte die eigentlich bis zum 1. Juni befristete einseitige Waffenruhe um sechs Wochen. Doch kurz vorher wurden die militärischen Operationen pausenlos und intensiv fortgesetzt. Nach HPG-Angaben verloren in dieser Zeit 35 Guerillas ihr Leben und mindestens ebenso viele Soldaten. Neben den militärischen hielten auch die Operationen auf politischer Ebene gegen die Kurden an. Nach der DTP war der Dachverband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei (*Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu*) betroffen. In diesem Rahmen wurden kurdische LehrerInnen und Gewerkschaftsmitglieder festgenommen.

Auf der einen Seite die Diskussionen um eine Lösung der kurdischen Frage … auf der anderen Seite die Militäroperationen des Militärs … Polizeioperationen gegen DTP und KESK … festgenommene kurdische PolitikerInnen und GewerkschaftlerInnen …

Die kurdische Seite äußerte nun in Stellungnahmen ihre Bewertung, all dies seien geheime Abmachungen zwischen AKP-Regierung und Militär sowie Hinhalte- und Ablenkungsmanöver. Na ja, dabei würden sie auch nicht falsch liegen. Denn Ilker Başbuğ, Generalstabschef des türkischen Militärs, wurde von den Medien mit einigen Erklärungen vom 3. Juni 2009 während seiner USA-Reise folgendermaßen zitiert:

„Generalstabschef und Generalleutnant Ilker Başbuğ war empört über Behauptungen, es gäbe Vorschläge, dass die türkischen Militäreinheiten im Falle entsprechender PKK-Ankündigungen ebenfalls eine Waffenruhe anbieten sollten. Vor seinem Gespräch mit Großadmiral und US-Generalstabschef Michael Mullen antwortete Başbuğ auf die Fragen von *Hürriyet*: ‚Nur weil wir den Ter-

ror bei uns nicht sofort beseitigen können, sollten wir unsere Geduld und den Kampfgeist nicht aufgeben. Die Aufgabe der türkischen Streitkräfte ist die komplette Eliminierung aller Terroristen. Der Kampf geht also weiter, bis kein Terrorist mehr übrig bleibt. Es braucht niemand versuchen, uns in diesem Punkt etwas einzureden. Wir wissen schon, was wir machen. Ich würde weder stehenbleiben noch warten, bis die Terroristen kommen. Im Gegenteil, ich würde sie suchen, finden und eliminieren. Wenn wir auf eine Terroristengruppe treffen, ob sie angreifen oder nicht, müssen sie in dem Moment aufgefordert werden, sich zu ergeben. Es war schon immer so. Es wird auch weiterhin so sein. Niemand soll erwarten, dass die türkischen Sicherheitskräfte im Namen von «Frieden» keine Operationen mehr durchführen oder irgendwo abwarten und stillsitzen. Wo auch immer, sollten wir einem Terroristen begegnen, wird mit den schärfsten Mitteln gegen ihn vorgegangen.' Auf die Frage von *Hürriyet* ‚Die Äußerungen Murat Karayılans wurden umfassend diskutiert, was denken Sie darüber?' antwortete der türkische Generalstabschef: ‚Es interessiert mich überhaupt nicht. Es kann doch nicht sein, dass ein Terrorist und seine Erklärungen die Tagesordnung in der Türkei bestimmen. Sie gehen uns nichts an. Wir werden sie auch nicht ernst nehmen. Wir kümmern uns um unsere Aufgaben, die wir zu erledigen haben, um den Terrorismus zu bekämpfen." (*Hürriyet,* 4. Juni 2009)

Während die Diskussionen in der Türkei um die Lösung der kurdischen Frage andauern, befinden sich an die 10 000 GuerillakämpferInnen auf den Bergen Kurdistans. In den türkischen Gefängnissen sitzen 6 500 kurdische politische Gefangene. Und es werden immer mehr. Das politische Betätigungsverbot besteht immer noch. Repressionen gegen die DTP-Abgeordneten und -BürgermeisterInnen nehmen zu. Gegenwärtig wird versucht, die Gebeine von 17 000 spurlos verschwundenen kurdischen Opfern im Gelände auszugraben.

Keine Rede von den 3 500 vom türkischen Militär zwangsgeräumten, verbrannten und zerstörten Dörfern. Niemand gibt Rechenschaft über die Armut und die Tragödien der drei Millionen Menschen, die aus Kurdistan zwangsweise ins Exil verbannt wurden. Keine Bilanzen werden darüber erstellt.

Niemand spricht darüber, dass Hunderttausende Kurdinnen und Kurden als Flüchtlinge nach Europa flüchten mussten. Diese Menschen mussten ihre Dörfer verlassen. Bei den Verboten wegen der kurdischen Frage gibt es keine Veränderungen. Ebenso bei den Repressionen gegen die kurdischen Medien. Fazit ist, dass das türkische Militär seine Operationen nicht beenden wird. Dies behauptet es zumindest. Wird die Assimilations- und Leugnungspolitik der 80-jährigen türkischen Republik ein Ende finden? Das ist nicht bekannt. Den Verlautbarungen der türkischen Regierung sind leider auch nicht deren nächste Schritte zu entnehmen. Auch die Oppositionsparteien haben sich noch nicht geäußert, für welche Lösung sie eintreten werden, jetzt, nachdem die Stellungnahmen des türkischen Militärs draußen sind. Es sieht so aus, als würden die Diskussionen um die Lösung der kurdischen Frage den Sommer über andauern.

Was also wird passieren, wenn es zu keiner Lösung kommt? Die Antwort auf diese Frage macht Angst. Die KCK hat erklärt, sollte es positive Reaktionen auf die einseitige Waffenruhe der PKK geben, würde sie bis zum 1. September 2009 verlängert werden. Nurettin Sofi, Kommandeur des HPG-Hauptquartiers, äußerte sich in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Firat, ANF, vom 31. Mai 2009 zu möglichen Entwicklungen, sollte es zu keiner Lösung kommen: „Wir sind die *Volksverteidigungskräfte*. Es ist eine legitime Sache, das kurdische Volk zu verteidigen. Wir sehen die Angriffe auf die DTP als einen Angriff auf den politischen Willen des kurdischen Volkes an. Sollten die Angriffe gegen die Guerilla weiter andauern, werden wir als HPG nicht wie ein Opferlamm einfach nur zuschauen. Für jeden einzelnen gefallenen Guerilla werden wir unser Recht auf Vergeltung und Verteidigung nutzen. Wir empfinden den gegenwärtigen Krieg als mittelschwer. Im Falle weiter intensivierter Angriffe werden wir den Krieg nicht nur auf die Grenzen Kurdistans beschränken, sondern dann wird er sich auch auf die Türkei ausbreiten. Wir wollen niemanden bedrohen, jedoch wird zurzeit unsere Geduld arg strapaziert. Sollte sich der Krieg also wegen der Unnachgiebigkeit des türkischen Militärs zuspitzen, werden auch wir neue Kriegsstrategien und Techniken anwenden und den Umfang des Krieges ausweiten. Dann wird der Krieg nicht mehr nur mittelschwer verlaufen. Daher ist es von großer Wichtigkeit, dass diese Friedensphase nicht nur einseitig bleibt, sondern zu einer beidseitigen wird. Es ist notwendig, dass auch die türkische Regierung die erforderlichen Schritte macht. Sollte sie das nicht tun, wird der Krieg härter werden. Und dies wird in erster Linie dem türkischen Volk schaden. Und dafür werden nicht wir verantwortlich sein; die Verantwortung für mögliche negative Geschehnisse wird dann die türkische Regierung tragen." ♦

Positive Atmosphäre in der Türkei momentan gebremst

Wir können uns auch anderen Alternativen zuwenden

Auszüge aus einem Gespräch mit Murat Karayılan von Halit Ermiş (ANF)

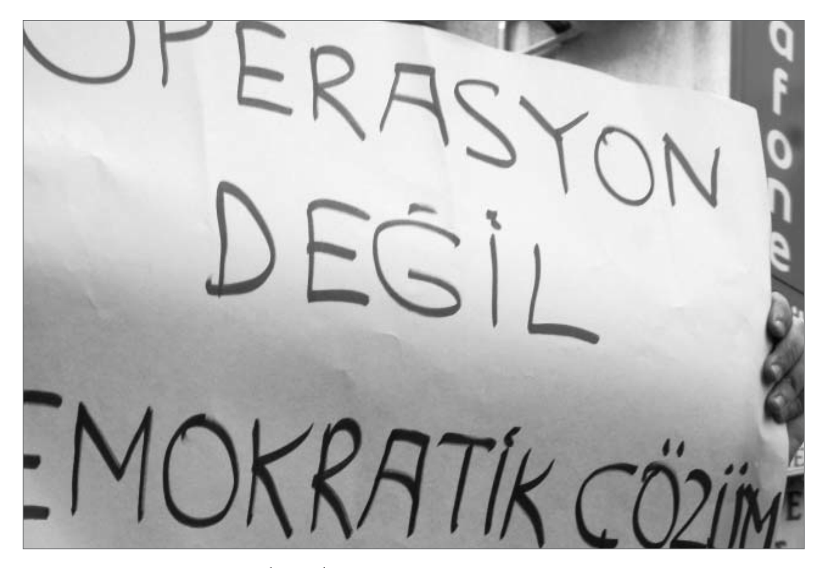
Herr Öcalan äußerte im Gespräch mit seinen Anwälten, dass bis zum 15. Juli die Absicht des türkischen Staates für die Lösung der kurdischen Frage klar werden müsse und er bis dahin eine Roadmap erarbeiten werde. Was für eine Roadmap erwarten Sie? Wird sie eine neue Strategie enthalten?

Die Erklärung unseres Vorsitzenden, wonach er nicht jetzt, sondern ca. Mitte August eine Roadmap für die demokratische Lösung der kurdischen Frage vorlegen werde, ist vor allem aus zwei Gründen von Bedeutung. Erstens möchte er in dieser Phase die wirkliche Absicht des Staates verstehen. Momentan gibt es in der Türkei Diskussionen über die Lösung. Der Staatspräsident sprach von positiven Ereignissen. Und auch andere Vertreter des Staates erklärten sich verschiedentlich. Jedoch ist momentan nicht klar, inwieweit es sich hierbei um eine Politik auf festen Füßen handelt. Ich denke, dass unser Vorsitzender in dieser Phase die Diskussionen und die staatlichen Maßnahmen verfolgen will und seiner Roadmap erst den letzten Schliff verpassen wird, wenn er die Staatspolitik wirklich absehen kann. Ansonsten hätte er schon jetzt die Möglichkeit, solch eine Roadmap vorzustellen. Zweitens ist er natürlich an einer inhaltlich starken Roadmap interessiert. Er hat erklärt, dass er hierzu die Ansicht aller Kurden – also nicht nur derjenigen in Nordkurdistan – und aller demokratischen Institutionen übermittelt haben wolle und dementsprechend seinen Vorschlag erstellen werde. Dies ist so gesehen zugleich auch das letzte Wort der Kurden.

Erdoğan sagte: „Wir haben keine Zauberformeln, sondern Bemühungen mit guter Absicht.“ Başbuğ dagegen: „Die Operationen werden weitergehen, die PKK wird zerstört werden.“ Wie bewerten Sie diese Erklärungen von staatlicher Seite bezüglich Ihrer Bewegung? Wurden Ihnen weitere Mitteilungen übermittelt?

Unsere Bewegung als die eine Seite des Problems hat ihren Vorschlag eines Rahmens konkretisiert, der die Lösung der kurdischen Frage ohne Veränderung der Grenzen und im Sinne der Demokratisierung der türkischen Republik erleichtert. Das Projekt der Demokratischen Republik hat einen Lösungsrahmen geschaffen, in dem auf der Grundlage demokratischer Autonomie die Einheit der Türkei gestärkt und die gewaltsame Einheit in eine freiwillige umgewandelt wird.

Heute kann niemand davon sprechen, dass die PKK in einer schwachen Position sei. Denn wir machen diese Vorschläge als eine PKK, die in jeder Hinsicht stärker geworden ist und ihre ideellen Werte erweitert hat. Unsere Vorschläge sind objektiv und stellen aus Sicht derer, die die Frage lösen wollen, den vernünftigsten Lösungsrahmen dar. Diesen versuchten wir dem Journalisten Hasan Cemal im Interview zu vermitteln. Dass dies an die Öffentlichkeit weitergeleitet wurde, führte dann zu einer neuen Dynamik in den Diskussionen um die kurdische Frage, die eine herausragende Position in der Tagesordnung der Türkei eingenommen hat. Und auch einige Vertreter des Staates, allen voran der Staatspräsident, gaben Erklärungen ab, die positiv zu werten sind.



Keine Operation – Demokratische Lösung Foto: DIHA

Allerdings ist klar, dass diese Bewegung auf eine Lösung zu einige Kreise beunruhigt, und in diesem Sinne gaben manche Äußerungen von sich, mit denen diese Entwicklung gestoppt werden soll.

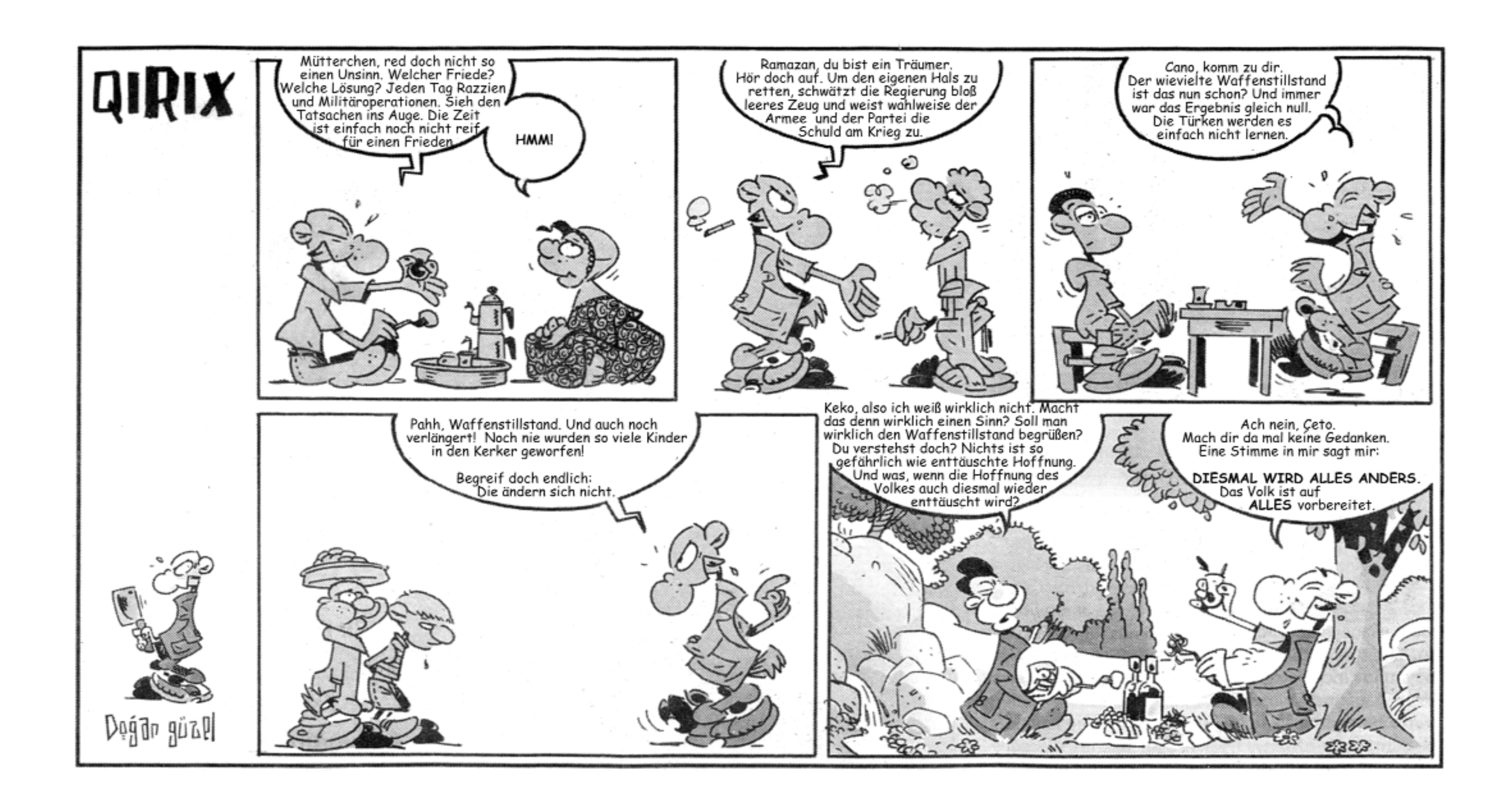
Ein Lösungsweg auf eigendynamischer Grundlage wird abgewendet. Entweder wollen Kräfte Teil dieser Phase werden, oder welche wollen eine Lösung verhindern. Daher scheint es so, als würde diese positive Atmosphäre in der Türkei momentan gebremst.

Eben deshalb besteht in der Türkei derzeit das starke Bedürfnis nach einem wahren politischen Willen, der auch Risiken in Kauf nimmt. Denn ohne einen solchen Willen wird ein vielschichtiges Problem wie die kurdische Frage nicht leicht zu lösen sein.

Hierbei ist vor allem bemerkenswert, dass Generalstabschef İlker Başbuğ in den USA verschiedene Gespräche führte, an verschiedenen Versammlungen teilnahm und im Anschluss derartige Erklärungen abgab. Wir hatten beschlossen, keine militärischen Aktionen durchzuführen, und haben die Gültigkeit dieses Beschlusses dann zweimal verlängert. Genau in dieser Phase reiste der Generalstabschef in die USA und äußerte sich dann im Sinne von „Ich werde sie suchen, finden und zerstören“. Dasselbe Szenario hatten wir im Jahr 2006 schon einmal. Auf diese Weise stellt er sich gegen eine Entwicklung hin zur demokratischen Lösung der Frage.

Da wir es momentan nicht zu 100 % wissen, kann ich nicht sagen, ob die USA involviert sind. Aber wir können verstehen, dass dort gefeilscht wurde, dass der Generalstabschef dort darauf bestand, dass die USA die Gewaltpolitik gegen die PKK unterstützen, und die USA dies auch aufgrund einiger Zugeständnisse so oder so genehmigten. Hierbei handelt es sich natürlich um die Verhinderung der Lösungsphase. Denn diese Generäle beharren dermaßen auf einer Politik der Lösungslosigkeit, weil sie von den USA bestärkt wurden und Unterstützung erfuhren. Die Erklärungen Başbuğs stellen eine Wiederholung dessen dar, was seit der Gründung der türkischen Republik gesagt wird. Wir haben das in den letzten 25 Jahren oft genug gehört.

Als am 15. August 1984 mit dem Angriff in Eruh-Şemdinli der Startschuss für den bewaffneten Kampf gegeben wurde, waren wir insgesamt 200 Leute, nur 70 davon innerhalb der Grenzen der Türkei. Wir hatten nur begrenzte Kontakte zur Bevölkerung. Aber nach 25 Jahren gibt es Tausende von GuerillakämpferInnen und Millionen, die diesen Kampf unterstützen. Gegenüber dieser Tatsache immer noch zu behaupten „Wir werden sie besiegen!“, ist doch unrealistisch. Auf diese Weise soll die Realität kaschiert und die



aus: Yeni Özgür Politika, 30.5.2009

türkische Öffentlichkeit irregeführt werden.

Die Türkei betreibt eine Politik des 20. Jahrhunderts, nicht des 21. Aus diesem Grund steckt sie in einer Sackgasse. Aus diesem Grund stellt sie die Lösungslosigkeit als Lösung dar. Beispielsweise besteht die Möglichkeit, das Problem mit Dialog und friedlichen Mitteln zu lösen. Aber die Türkei beharrt auf einer Logik: „Ich werde von Hügel zu Hügel ziehen, jahrelang kämpfen und das Problem mit Gewalt lösen." Wie passt eine solche Logik zu der Zeit, in der wir leben? Dies wird dann zur Demagogie: „Das ist der Staat, natürlich hat der Staat Operationen durchzuführen." Warum führt der Staat Operationen durch? Kann eine Armee, die gegen die eigenen StaatsbürgerInnen, die gegen Ungerechtigkeit ihre Rechte einfordern, Gewalt und Terror ausübt, eine nationale Armee sein? Man kann nicht alles mit Gewalt, mit Staatsterror lösen. Würde auf diesen Staatsterror verzichtet, müsste niemand, auch nicht die Kurden, zur Waffe greifen.

Nach den Äußerungen des Generalstabschefs, vor allem nach seinem Aufruf an die südkurdische Regierung zur Beteiligung, gibt es Spekulationen um eine grenzüberschreitende Militäroperation in den Sommermonaten. Haben Sie auf Seiten der Türkei, Südkurdistans und der USA eine Mobilisierung dafür beobachten können?

Es ist klar, dass dem Generalstabschef in den USA als Resultat seines Feilschens einige Versprechen zu Südkurdistan gemacht und in dieser Sache einige Absprachen getroffen wurden. Denn in seinen dortigen Verlautbarungen hieß es, dass die PKK nicht zerstört werden könne, solange sie sich im Nordirak befinde. Das sind aus Sicht der Türkei keine neuen Statements. Das eigene interne Problem nach außen zu überweisen und als externes Problem darzustellen, ist ein alter Hut. Dann sollen sie doch zuerst die Guerilla von den Munzur-Bergen und den Bergen Bingöls holen. Sie sind dazu innerhalb ihrer eigenen Grenzen nicht in der Lage und rufen andere dazu auf, dies außerhalb ihrer Grenzen zu machen. Sie verdrehen die Tatsachen.

Als Gegenleistung wird die türkische Armee Soldaten nach Afghanistan schicken, die pakistanische Armee unterstützen und noch andere Dinge tun. Dafür werden sie dann einige Unterstützung in Sachen Südkurdistan erhalten. Aber wir werden abwarten müssen, ob es sich hierbei um eine groß angelegte Militäroperation in den Süden handeln wird oder nicht. Die türkische Armee hat wohl Appetit auf ein Massaker wie in Sri Lanka oder Ähnliches bekommen. Das ist ein großer Irrtum, die Bedingungen hier sind vollkommen anders. Unsere Bedingungen hier ähneln denen dort in keiner Weise. Methoden, die unzählige Male erfolglos ausprobiert worden sind, aufgrund von Ereignissen im Ausland erneut auf die Tagesordnung zu bringen, ist nicht besonders weise.

Auf Seiten der türkischen Armee gibt es begrenzte Vorkehrungen für eine grenzüberschreitende Operation, bei den USA und der südkurdischen Regierung konnten wir das nicht beobachten. Meiner Meinung nach hat die Türkei in dieser Hinsicht momentan auch keine wirkliche Vorbereitung. Es kann sein, dass sie sich für eine solche Operation nicht im Sommer, sondern eher im Herbst rüsten werden. Diplomatische Bemühungen und Stellungnahmen weisen darauf hin. Eine solche Annäherung an das Problem wird auch für die Türkei Gefahren mit sich bringen. Wir sind nicht bedrückt. Sollte eine solche Mentalität in die Praxis umgesetzt werden, sind wir als Bewegung und Volk in der Lage, die entsprechende Antwort zu liefern. Wir beharren auf der demokratischen Lösung und auf Frieden. Aber sollte trotzdem an einer Logik festgehalten werden, die auf Blutvergießen gestützt ist, werden wir keine andere Möglichkeit haben, als unsere Humanität, unsere Würde, unseren Stolz, die Zukunft unseres Volkes und dessen Errungenschaften zu verteidigen. Aber das ist nicht unsere Präferenz.

Ihr Beschluss, keine bewaffneten Auseinandersetzungen zu führen, wurde trotz militärischer Operationen in den Bergen und Verhaftungen in den Städten verlängert. Wird Ihre Bewegung ihre momentane Strategie ändern, sollte auch diesmal kein Schritt zur Lösung des Problems getan werden?

Wir haben nicht ein Ende der Kampfhandlungen beschlossen, sondern keine Aktionen durchzuführen. Es wäre gut, wenn die Medien die Begriffe richtig anwendeten. Damit die bewaffneten Auseinandersetzungen ein Ende finden, muss die andere Seite ihre Operationen stoppen. Und eben weil diese Operationen nicht gestoppt werden, kommt es von Zeit zu Zeit zu Gefechten. Dies geschieht trotz unseres Beschlusses. Warum? Weil das Militär Operationen durchführt, von Hügel zu Hügel zieht und Guerillabasen sucht, um sie zu vernichten. Die Guerillaeinheiten müssen sich hiergegen verteidigen. Aus diesem Grund kommt es zu Gefechten.

In Frankreich sind bei einer Razzia sechs kurdische Politiker verhaftet worden. Wie bewerten Sie diese Haltung des französischen Staates?

Diese Operation Frankreichs kommt einem wie eine Intervention vor. Es ist eine indirekte Intervention gegen unseren Beschluss, keine Aktionen durchzuführen, damit die kurdische Frage mit friedlichen Mitteln gelöst werden kann. Denn der französische Staat ist gegen diese Lösung. Er ist an einem ständigen Konflikt zwischen Kurden und türkischem Staat interessiert, um so die nötigen Argumente gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zu erhalten.

Wir rufen den französischen Staat dazu auf, in der kurdischen Frage von einer die Gewalt fördernden Politik abzusehen. Frankreich sollte die Politik für die demokratische Lösung der kurdischen Frage unterstützen. So unterstützt Frankreich die Gewalt und den Staatsterror gegen das kurdische Volk. Aus diesem Grund fordern wir den französischen Staat auf, dieser Politik ein Ende zu bereiten und sich gegen Blutvergießen und Gewalt und für eine Lösung mit friedlichen Mitteln einzusetzen. ♦

Es wird von unserer Seite keine Angriffe geben ...

Wir sind nicht Ursache des Problems

Interview mit Nurettin Sofi, Kommandant des HPG-Hauptquartiers

Nurettin Sofi, Kommandant des Hauptquartiers der *Volksverteidigungskräfte* HPG, hat sich im Interview gegenüber der Nachrichtenagentur *Firat News* dazu geäußert, welche Haltung die Guerilla nach Beendigung des bis zum 1. Juni geltenden Beschlusses, einseitig auf militärische Aktionen zu verzichten, einnehmen werde. Während des von kurdischer Seite deklarierten Waffenstillstands habe die türkische Armee Dutzende Militäroperationen durchgeführt, so der HPG-Kommandant. Charakteristisch für die Kriegsstrategie der Guerilla hingegen sei das Prinzip der Selbstverteidigung. „Für jeden gefallenen Guerillakämpfer werden wir das Recht auf Vergeltung anwenden", so Sofi. Das Interview erschien bei ANF am 31.05.2009.

Zum besseren Verständnis der jetzigen Situation, können Sie die Entwicklungen bis zum 1. Juni 2004 erläutern?

Unsere Offensive vom 1. Juni 2004 hatte die Auswirkung, dass die kurdische Frage mehr als je zuvor thematisiert wurde. Diese Phase begann mit dem 2. August 1999 und dauerte bis zum 1. Juni 2004. Das internationale Komplott wurde ins Leere geführt; parallel dazu zeigten unser Vorsitzender Apo [*Abdullah Öcalan*] und unsere gesamte Bewegung eine große Selbstlosigkeit, um die kurdische Frage und alle in der Region bestehenden Probleme in einer demokratischen Atmosphäre lösen zu können. Unsere Kräfte wurden komplett aus dem Staatsgebiet der Türkei abgezogen. Zwei Friedensgruppen wurden in die Türkei geschickt, um unsere Aufrichtigkeit zu belegen. Es wurde ein Manifest veröffentlicht, mit dem im Rahmen der Idee „Demokratische Republik" ein Lösungsprojekt innerhalb der bestehenden Grenzen der Türkei auf den Tisch gelegt wurde. Unsere Bewegung zeigte sich mit großer Disziplin diesem Projekt verbunden. Unsere Freunde, die sich hinter die Grenzen der Türkei zurückzogen, um einen Erfolg dieses Prozesses zu gewährleisten, wurden vom türkischen Staat, der die Gelegenheit ausnutzte, angegriffen und 150 unserer Freunde sind gefallen.

Von verschiedenen Seiten wurde diese Entwicklung als Zugeständnis gewertet und es wurden harte Beschuldigungen gegen unseren Vorsitzenden vorgebracht. Trotzdem nahm Apo diese Risiken in Kauf und setzte den Prozess für unser Volk fort. Der türkische Staat hat leider diese historische Gelegenheit nicht genutzt. Mit seiner Logik von Verleugnung und Vernichtung betrog er sich selbst und feierte die Entwicklungen als eigenen Erfolg, hängte seinen Generälen weitere Orden an. Anstatt Schritte für eine Lösung zu tun, versuchte er vor den Augen der Welt und der Kurden weiter, die Realität zu verdrehen, und setzte seine Verleugnungspolitik fort.

Seit diesem 1. Juni sind fünf Jahre vergangen. Was sind die Verluste und Gewinne Ihrer Bewegung aus dieser Zeit?

Der 1. Juni hat folgende Bedeutung: Wir werden frei und würdevoll mit unserem Vorsitzenden leben und in diesem Kampf gibt es nichts, was wir bereuen könnten. Das Einzige, was wir bereuen, ist, dass wir nicht noch erfolgreicher gewesen sind, unserem Volk keine noch größeren Erfolge präsentieren können. Wir haben diesen Befreiungskampf im Namen der Freiheit begonnen und dieser Kampf wird fortgesetzt werden, bis dieses Volk frei ist.

Auch der große Gewinn bei den vergangenen Kommunalwahlen am 29. März ist der Offensive vom 1. Juni zu verdanken. Wenn diese Offensive nicht stattgefunden hätte, könnte heute die kurdische Frage nicht auf dieser Ebene diskutiert werden; sie würde nicht einmal zur Sprache gebracht werden. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre hat zweifellos eine 180-Grad-Wendung der politischen Konstellationen stattgefunden.

Was für eine Wendung?

R. Tayyip Erdoğan, der zuvor der Auffassung war, dass es gar keine kurdische Frage gebe, wenn man nicht darüber nachdenke, akzeptierte innerhalb eines Jahres nach der 1.-Juni-Offensive die Existenz der kurdischen Frage und erklärte, diese sei auch sein Problem. Und heute sagt der Staatspräsident der Türkei, Abdullah Gül: „Die kurdische Frage ist das vorrangigste Problem der Türkei und muss dringend gelöst werden." Wenn wir uns das Szenario heute anschauen und einen Vergleich zur Situation von vor fünf Jahren anstellen, wird sichtbar, welchen Weg wir zurückgelegt haben und von wo aus wir an dem Punkt heute angekommen sind. Wenn

heute die kurdische Frage mutig diskutiert wird, das kurdische Volk als Volk anerkannt wird, die faschistischsten Kreise der Türkei sogar das Problem anerkennen und der Staat seine Fehler und seine begangene Schuld eingesteht, dann ist das der 1.-Juni-Offensive zu verdanken.

Wie hat der Staat auf den vorläufig bis zum 1. Juni diesen Jahres befristeten Waffenstillstand reagiert?

Der türkische Staat ignorierte ihn zunächst. Später, einhergehend mit den von Hasan Cemal[1] in der *Milliyet* veröffentlichten Reportagen ist eine Basis für Diskussionen entstanden. Die Ansprache des Staatspräsidenten war merkwürdig. Sie enthielt nichts in Bezug auf eine Lösung des Problems und war offen für Deutungen aller Art. Bisher ist alles nur Gerede. Noch wurde kein praktischer Schritt gemacht, und alles läuft im Verborgenen ab. Auch die Haltung der Oppositionsparteien CHP und MHP ist nicht besonders positiv. Sie sind auf Provokationen aus. Die Armee macht ohnehin keinen Schritt zurück und ist ständig in Angriffsposition.



Tägliche Repression der türkischen Spezial-Einheiten gegen die Bevölkerung
Foto: DIHA

Wie waren denn die Militärbewegungen der türkischen Armee in der letzten Zeit? Fanden intensive Militäroperationen statt?

In der Zeit des letzten Waffenstillstands hat die türkische Armee 55 Militäroperationen durchgeführt. Es haben Dutzende Luft- und Raketenwerferangriffe stattgefunden. Im Rahmen dieser Operationen haben ungefähr 20 feindliche Begegnungen stattgefunden. Als HPG mussten wir zwangsweise zur Selbstverteidigung auf diese Begegnungen reagieren. Als Ergebnis sind Dutzende Soldaten gestorben und 35 unserer Freunde gefallen. Es herrscht ein Ungleichgewicht. Auf der einen Seite die Guerilla, die in Verbundenheit zu der deklarierten gefechtsfreien Phase in Selbstverteidigungsposition bleibt, und auf der anderen Seite die türkische Armee, die diese Situation mit Angriffen ausnutzt.

Welche Haltung werden Sie jetzt einnehmen?

Solange wir nicht angegriffen worden sind, haben wir in dieser Phase nirgendwo eine Aktion durchgeführt. Natürlich warten wir nicht ab, bis wir getötet werden. Wir möchten ein weiteres Mal warnen: Uns wird Unrecht zugefügt. Viele Menschen, die sich selbst als demokratisch betrachten, und die meisten Medienorgane wollen diese Realität nicht sehen. Wir sind häufig damit konfrontiert worden, dass unsere Aktionen zum Zwecke der Selbstverteidigung aufgebauscht worden sind.

In verschiedenen Erklärungen der vergangenen Woche haben die HPG angekündigt, ihr „Recht auf Vergeltung" zu nutzen. Werden Sie Vergeltung üben?

Wir sind die *Volksverteidigungskräfte*. Die Verteidigung des kurdischen Volkes ist ein legitimer Akt. In allen internationalen Abkommen ist die Selbstverteidigung ein Menschenrecht. Auf dieser Basis hängen die Existenz eines Volkes, sein würdevolles Leben, seine Freiheit von dieser Selbstverteidigungskraft ab. Wir sind die Garantie für die Existenz des kurdischen Volkes, für ein freies Leben. Wir sind die Verteidigungskraft des kurdischen Volkes. Wir sind sensibel gegenüber den erkämpften nationalen Werten, den Werten, die für Demokratie und ein freies Leben stehen. Wenn diese Werte auf irgendeine Weise angegriffen werden, leisten wir Widerstand, indem wir auf unser Recht als Verteidigungskraft setzen. Der größte Wert des kurdischen Volkes ist der Vorsitzende Apo. Wenn Werte des kurdischen Volkes wie Freiheit und Demokratie und die Institutionen, die Teil des KCK-Systems sind, angegriffen werden, nutzen wir

1. Der Journalist und Kolumnist der Zeitung *Milliyet*, Hasan Cemal, bereiste im Frühjahr Nordirak/Südkurdistan. Bei dieser Reise sprach Hasan Cemal auch mit dem Exekutivratsvorsitzenden der KCK, Murat Karayılan. In der Türkei löste seine Reportage eine breite Diskussion aus.

unser Recht auf Vergeltung. Auch die Angriffe auf die DTP betrachten wir als einen Angriff auf den Willen des kurdischen Volkes. Die DTP hat bei den Wahlen 99 Bürgermeisterämter errungen, sie ist als Fraktion im Parlament vertreten. Darüber ist sie Vertreterin des kurdischen Volkes. Wenn sie angegriffen wird, ergibt sich daraus das Recht auf Vergeltung.

Wenn die militärischen Angriffe auf die Guerilla fortgesetzt werden, können wir als HPG nicht wie Opferschafe warten. Bei jedem Gefallenen werden wir unser Recht auf Verteidigung und Vergeltung nutzen. Unser Krieg, unser Widerstand hat somit einen Verteidigungscharakter. Wir sind nicht Ursache des Problems. Wir verteidigen und schützen ein Volk, das Massakern, Tod, Repression, Vernichtung und einer Auffassung von „Love it oder leave it" ausgesetzt ist. Das ist unser natürliches Recht und darauf sind wir stolz. Kurz gesagt, es wird von unserer Seite keine Angriffe geben, solange wir nicht angegriffen werden.

Nach der Aufnahme von Gesprächen zwischen der tamilischen Guerilla und der Regierung Sri Lankas führte diese Regierung Vernichtungsoperationen gegen das tamilische Volk durch. Dabei versetzte sie der tamilischen Guerilla einen sehr harten Schlag. In den türkischen Medien haben Meinungen Raum gewonnen, denen entsprechend die PKK mit der gleichen Methode vernichtet werden könne ...

Es wurden Vergleiche zwischen uns und den *Tamil Tigers* angestellt. Aber ein solcher Vergleich zwischen Kurdistan und Tamil Eelam ist nicht richtig. Die geographischen Bedingungen sind anders, die Geschichte ist anders, die Charaktere sind anders. Ich schätze, dass diese bewertenden Vergleiche von Leuten stammen, die sich nicht der Realität unserer Bewegung bewusst sind. Sie kennen nicht die Realität unseres Volkes. In der Vergangenheit sind solche Versuche angestellt worden. Es haben Dutzende Vernichtungsoperationen stattgefunden, allein in Südkurdistan 20 Mal. Einige davon wurden vom Generalstabschef persönlich koordiniert. Sie selbst sagen, dass sie größere Operationen als die Besetzung Zyperns durchgeführt haben. Welchen Unterschied hat es schon zwischen den Operationen im Zap und denen in Sri Lanka gegeben? Es gab internationale Unterstützung und modernste Technik. Diese Vergleiche sind realitätsfern.

Welche Haltung werden Sie nach dem 1. Juni einnehmen, wenn die einseitig ausgerufene aktionslose Phase zu Ende geht?

In der Praxis hat der Waffenstillstand ja nur von unserer Seite aus stattgefunden. Wenn dieser gute Willen, die Bemühungen für einen Frieden, nicht zweiseitig werden, haben sie nicht viel Wert. Unser Entschluss war eine historische Chance, aber der türkische Staat hat sich bis heute verantwortungslos verhalten.

Wir definieren den momentanen Krieg als einen mittlerer Intensität. Wir können ihn intensivieren, indem wir ihn nicht mehr auf die Grenzen Kurdistans beschränken, sondern auf die gesamte Türkei ausweiten. Wir wollen niemandem drohen, aber wir verfolgen diese Phase mit einer großen Geduld. Diese Geduld sollte nicht zu sehr strapaziert werden. Natürlich wird die Phase härter werden, wenn sie nicht zweiseitig verfolgt wird und der türkische Staat keine vertrauensbildenden Maßnahmen ergreift. Als kurdische Guerilla haben wir nichts zu verlieren. Wir tragen Verantwortung gegenüber dem Volk und seinem Willen. Wir sind zu allem bereit, und wenn Bedarf nach einer Verteidigung des Willens unseres Volkes besteht, werden wir immer an vorderster Front stehen.

Wir führen dann den Krieg mit neuen Techniken und in größerem Ausmaß, auf einem gewaltvolleren Niveau. Darunter wird vor allem das türkische Volk leiden. Verantwortlich dafür sind nicht wir, sondern der türkische Staat, sein Regime und seine Armee.

Insofern befindet sich der Ball, der die künftigen Entwicklungen bestimmen wird, im Feld des türkischen Staats. Bei positiven Maßnahmen werden wir dieser Phase verbunden bleiben. Wenn von der KCK erneut ein Waffenstillstand beschlossen wird, dann halten wir uns daran. Wenn es so weitergeht, dann verfügen wir über die Stärke, darauf zu antworten. Vom Schwarzen Meer bis zum Mittelmeer findet in jeder Guerillastellung in den Bergen Kurdistans eine intensive Vorbereitung statt. ♦



Die Bevölkerung gibt Antwort: Die Adresse für die Lösung? Imralı — Foto: DIHA

Ist Öcalan der „kurdische Nelson Mandela"?

Reimar Heider, Mitarbeiter der *Internationalen Initiative "Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan"*

Am 10. Jahrestag der Entführung Abdullah Öcalans im Februar dieses Jahres musste es auch die gesamte deutsche Presse eingestehen, die ihn sonst entweder verteufelte oder ignorierte: Abdullah Öcalan spielt trotz Isolationshaft immer noch eine wichtige Rolle für die Kurden und Kurdinnen. Für die LeserInnen des Kurdistan-Report ist dies sicher weniger eine Überraschung. Doch mittlerweile kann auch in der Türkei niemand mehr diese Tatsache ignorieren.

Bauarbeiten auf Imralı

Größtes Interesse finden in diesem Zusammenhang die Bauarbeiten auf Imralı. Gebäude mit Zellen für offenbar 6–8 Personen sind errichtet worden, die allerdings noch nicht belegt sind. Aus dem Justizministerium verlautete bisher hierzu, dass noch keine Entscheidung über die künftigen Insassen gefallen sei. Dass auch kein Zeitpunkt für eine solche Entscheidung erwähnt wurde, dämpft die Hoffnungen auf eine baldige mögliche Linderung der menschenrechtswidrigen Isolationshaft Öcalans allerdings gewaltig. Die Baupläne stammen übrigens bereits aus dem Jahr 1999, als sie zum Beweis eines baldigen Endes der vom europäischen Antifolterkomitee schon damals kritisierten Isolationshaft präsentiert wurden. Geschehen ist daraufhin zehn Jahre lang nichts, was wohl nur als schlagender Beweis der besonderen Fähigkeit des türkischen Staates ist, die Umsetzung von minimalen Menschenrechtsstandards ad infinitum hinauszuzögern.

Ohnehin wäre selbst eine denkbare Verlegung von einigen PKK-Gefangenen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zu zahlreich sind die Isolationsmaßnahmen, denen der Kurdenführer unterliegt, zu viel Kreativität hat der Krisenstab bisher bewiesen, wenn es darum ging, im seine Rechte vorzuenthalten. Die neueste Posse in diesem Zusammenhang ist die infame Behauptung, die Gefängnisleitung sei eigentlich kurz davor gewesen, ein Fernsehgerät in der Zelle zu installieren. Doch leider habe Öcalan durch seine zahlreichen Disziplinarstrafen die Chance darauf selbst verspielt. Die Lächerlichkeit dieser Behauptung wird nochmals gesteigert, wenn man sich vor Augen führt, dass die verhängten Bunkerstrafen sämtlich auf die rechtswidrige Verwertung von aufgezeichneten Anwaltskonsultationen zurückgehen – Einspruch natürlich zwecklos, da kein Haftrichter zuständig.

So hat jenseits von vagen, unausgesprochenen Versprechungen seit 1999 noch in keinem einzigen Punkt eine tatsächliche Verbesserung der menschenrechtswidrigen Haftbedingungen stattgefunden. Weiterhin wird dem prominenten Häftling eine adäquate medizinische Versorgung seiner HNO-, dermatologischen und urologischen Beschwerden genauso verwehrt wie der physische Kontakt zu anderen Menschen oder auch nur Pflanzen. Auch weiterhin kann er keine Briefe von draußen empfangen und auch keine schreiben.

Kontrastiert wird die weiterhin unmenschlich harte Haltung in der Frage der Haftbedingungen allerdings durch merklich gestiegene Aufmerksamkeit für seine politischen Äußerungen.

Öcalan in der Presse

Die kurdische Presse hat seit Jahren regelmäßig über die Vorschläge und Äußerungen Öcalans berichtet, der auf diese Weise mehrfach wichtige Diskussionen angestoßen hat. Doch mittlerweile hat dieses Phänomen auch türkische Zeitungen erreicht. So berichtet beispielsweise die liberale Tageszeitung *Taraf*, die Regierung, Opposition, Armee und kurdische Bewegung gleichermaßen kritisiert und gerne versucht, einen Friedensprozess herbeizuschreiben, im Wochenrhythmus über Öcalan. Akkurat und nicht verzerrend berichtet das Blatt über Öcalans Äußerungen und verzichtet dabei auch auf die sonst in der türkischen Presse gern verwandten Attribute „Oberterrorist" oder „Separatistenführer" – für die *Taraf* ist Öcalan nur Öcalan.

Milliyet, ein von deutschen Journalistenkollegen gerne als „national-liberal" klassifiziertes Konkurrenzblatt, hat darüber hinaus mit einer zweiwöchigen Reportageserie eine breite Diskussion in der Türkei angestoßen. Als Höhepunkt druckte das Blatt über vier Tage lang ein ausführliches Interview mit der „Nummer eins" der KCK [*Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*], Murat Karayılan. Während früher derartige Interviews die Journalisten öfter den Arbeitsplatz kosteten, erntete die Reporterkoryphäe Hasan Cemal diesmal von links bis rechts praktisch nur Lob für seine Arbeit.

Karayılan nutzte die Gelegenheit unter anderem dazu, die Prioritäten der Organisation bei der Frage des Verhandlungspartners in einem eventuellen Friedensprozess deutlich zu machen. Öcalan genießt höchste Priorität, doch wenn der Staat nicht mit ihm reden wolle, stehen er selbst oder andere in Kandil zur Verfügung. Nächste Alternative für indirekte Gespräche wäre die DTP, und als letz-

ten Ausweg bot Karayılan einen „Rat der Weisen“ an, gebildet aus unabhängigen Persönlichkeiten. Da bekannt ist, dass Öcalan in diesem Punkt genauso denkt, hat damit die kurdische Seite sowohl ihre grundsätzliche Haltung in dieser Frage unterstrichen als auch politische Flexibilität bewiesen.

Die DTP hatte nun ihrerseits bereits vor den für sie erfolgreich verlaufenen Kommunalwahlen im März klargemacht, dass sie direkte Gespräche mit Öcalan fordere. Praktisch die gesamte Parteispitze hat dies im Wahlkampf explizit erklärt und damit Spekulationen über eine Spaltung der Partei an dieser Frage ins Reich der Fabel verwiesen. Aus dem Wahlkampf stammt auch der Vergleich von Öcalan und Nelson Mandela, den der DTP-Co-Vorsitzende Ahmet Türk anstellte. Zwar griff er damit nur eine Kolumne aus der *Taraf* von Ahmet Altan auf, doch bei Ahmet Türk reichte diese Äußerung einmal mehr für die Einleitung eines Strafverfahrens.

Enttäuschend ist dagegen die Haltung von Ministerpräsident Erdoğan, der nicht nur unter verschiedenen Vorwänden immer noch vermeidet, mit Angehörigen der DTP-Fraktion im Parlament auch nur zu reden, geschweige denn direkte oder indirekte Verhandlungen über eine Lösung der kurdischen Frage ins Auge zu fassen. Während selbst Hardliner wie CHP-Chef Baykal verbal von ihrer traditionellen Politik Abstand nehmen und eine Art von Amnestie ins Auge fassen, schwieg Erdoğan bis zuletzt in der Debatte und äußerte sich erst nach Generalstabschef Başbuğ, der in Washington seine Betonkopfhaltung in der kurdischen Frage einmal mehr unter Beweis stellte. Erdoğan stellte sich mit seinen Aussagen im doppelten Sinne hinter das Militär. Nicht nur unterstützte er dessen harte Linie, durch den Zeitpunkt seiner Äußerungen bewies er einmal mehr, dass für ihn in der kurdischen Frage immer noch das Militär den Ton angibt und er willig ist, ihm zu folgen.

Chancen auf direkte Gespräche

Es bleibt die Frage: Wie realistisch ist die Möglichkeit, dass sich in der Türkei ein Friedensprozess herausbildet, bei dem Öcalan vom Gefängnis aus eine wesentliche Rolle spielt, wie es Nelson Mandela in Südafrika getan hat? Die Antwort darauf hängt wesentlich von der türkischen Regierung ab. Öcalan selbst wartet nicht ab, sondern hat einmal mehr die Initiative ergriffen. Für den 1. September, den Weltfriedenstag, hat er eine Road-Map für den Frieden angekündigt. Dafür bemüht er sich zurzeit um Vorschläge von möglichst vielen Persönlichkeiten und gesellschaftlichen Gruppen. Besser als die Erdoğan-Regierung hat er verstanden, dass ein Friedensprozess nur durch größte Offenheit und die Einbeziehung weiter Kreise tragfähig gemacht werden kann.

Sofern sich Erdoğan aber tatsächlich entschlösse, in einen Prozess von indirekten oder direkten Gesprächen mit der kurdischen Bewegung einzutreten, bliebe als wesentliches Hindernis für direkte Kontakte zu Öcalan nur die Nachwirkung der Hasspropaganda, mit der seit Jahrzehnten ein objektiver Blick auf die kurdische Frage verstellt worden ist. Öcalan war Zielscheibe eines großen Teils dieser Angriffe, weswegen es nicht einfach sein dürfte, der türkischen Öffentlichkeit den Nutzen direkter Gespräche überzeugend darzulegen. Dass sich Blätter wie *Taraf* bemühen, die Diskussion auf eine objektive Grundlage zu stellen, ist ehrenwert, doch wird das allein nicht ausreichen. Insofern kann bei wohlwollender Interpretation auch die eher positive Haltung von Staatspräsident Abdullah Gül so verstanden werden, dass er die türkische Öffentlichkeit auf Kommendes vorbereitet. In einer Variante der aus Krimis bekannten Verhörtechnik „guter Cop, böser Cop“ gibt er, der nicht auf Wählerstimmen schielen muss, den Verständnisvollen, während Erdoğan den Hardliner mimt.

Betrachtet man hingegen die Tatsachen jenseits der Propaganda, so drängt sich Öcalan als idealer Verhandlungspartner für die Regierung geradezu auf. Nicht nur hat er durch richtungweisende Beschlüsse wie die einseitigen Waffenstillstände seit 1993, den Rückzug nach Südkurdistan 1999 und die Friedensgruppen sowie seine im Gefängnis verfassten Bücher seine Bereitschaft zum Frieden und seine konstruktive Haltung bei der Suche nach einer Lösung mehrfach unter Beweis gestellt. Er allein besaß und besitzt auch die Autorität, im Namen der kurdischen Bewegung zu reden und auch unpopuläre Entscheidungen in den eigenen Reihen durchzusetzen. Dies ist aber unverzichtbar, sollte es tatsächlich zu einem Friedensprozess kommen.



Deine Freiheit ist unsere Freiheit – Demonstration für die Freiheit von Abdullah Öcalan
Foto: DIHA

Diese einfache Tatsache schrieb der letzte weiße Präsident von Südafrika, Frederik Willem de Klerk, der Türkei schon 2000 ins Stammbuch, als er auf Einladung von TESEV in Istanbul über seine Erfahrungen aus dem Friedensprozess in Südafrika berichtete. Seine Regierung habe alles versucht, um an Nelson Mandela vorbeizukommen. Doch schließlich habe sie einsehen müssen, dass jedes Abkommen, das jemand anderes als Mandela unterzeichnet hätte, wertlos gewesen wäre, da die ANC-Basis es nicht akzeptiert hätte. Genau das ist der Fall in Kurdistan – Alternativen zu Öcalan gibt es letztlich nicht, und sie wären auch nicht wünschenswert. ♦

Die Beziehungen zwischen Iran, Syrien und Türkei

Wird in der Region weiter Blut fließen?

Günay Aslan, Journalist

Seit dem letzten Krieg zwischen der Türkei und dem damaligen Persien 1639 sind nun 370 Jahre vergangen. Trotz einer ganz offensichtlichen Neigung zu einer Zusammenarbeit besteht seitdem zwischen diesen beiden Ländern aber ebenso eine versteckte Konkurrenz. Auch im globalen Zeitalter hat sich diese Art der Beziehung im Kern nicht verändert. Während die Türkei und der Iran einerseits im Mittleren Osten einen regelrechten Machtkampf führen, scheuen sie sich nicht, im diplomatischen Verkehr mit anderen Ländern eine Fassade der Kooperation aufzulegen. Aber wir alle wissen, dass es nur einen Punkt gibt, in dem Türkei und Iran übereinstimmen – im Irak einen kurdischen Staat zu verhindern. Somit soll sich die Zersplitterung Kurdistans nie verändern.

Daneben gibt es keine regionale oder auch globale Zusammenarbeit dieser beiden Staaten. Im Gegenteil vertreten beide unterschiedliche Auffassungen in regionalen und globalen Fragen. Hinzu kommt ihr Konkurrenzkampf. Doch trotzdem ist es möglich, von einigen „neuen" Entwicklungen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen zu sprechen.

Ebenso verhält es sich mit den Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien. Aufgrund vieler Entwicklungen der letzten Jahre ergeben sich selbstverständlich auch hier einige „Neuigkeiten". Eine der wichtigsten Entwicklungen war die US-amerikanische Besetzung des Iraks. Danach hat es die Türkei geschafft, Iran und Syrien auf ihre Seite zu ziehen, um insgeheim den Plänen der USA im Mittleren Osten Widerstand entgegenzusetzen. Die Türkei fühlt sich überaus gestört von den Möglichkeiten, die den irakischen Kurden von den USA geboten werden, denn sie ist gegen einen kurdischen Staat. Also zog sie den Iran, der den östlichen Teil Kurdistans besetzt hält, und Syrien – dito im südwestlichen Teil – heran und nutzte deren anti-kurdische Position zum Aufbau einer regionalen konservativen Front. Allerdings verlief die Intervention in den Irak im iranischen Interesse, so dass sie diese Pläne nicht weiter verfolgte. Iran, mit erheblicher schiitischer Unterstützung aus dem Süden Iraks, scheute davor zurück, die Pläne der Türkei zu unterstützen. Worauf sie erneut an die Tür der USA klopfte und 2007 schließlich wiederum Kompromisse mit ihnen einging. Das brachte ihr sowohl im Irak als auch regional die Initiative ein, die sie nun stärker verankern will. Die durch die US-amerikanische Irak-Intervention gestörten Türkei-USA-Beziehungen konnten sich also im Laufe der Jahre wieder festigen, was der Türkei im Gegensatz zu Iran und Syrien noch mal zusätzliche Vorteile brachte.

Die Türkei unternahm nach ihrem Versuch, den Iran und Syrien gegen die USA auf ihre Seite zu ziehen, einen neuen politischen Vorstoß, um gemeinsam mit den USA Syrien vom Iran zu trennen. Die USA hatten die Türkei beauftragt, den Iran in der Region zu neutralisieren. Die Türkei hat daher begonnen, Syrien vom iranischen Einfluss zu lösen. Wie die Show von Davos zeigte, hat sie sich zur Sprecherin der islamischen Welt aufgeschwungen. Das Trio USA, Israel und Großbritannien hat die Türkei in der Region von Afghanistan bis zum Libanon gegen den Iran in Stellung gebracht. Was die türkisch-iranische Konkurrenz unweigerlich verstärkte.

Die Türkei und der Iran sind zwei in jeder Hinsicht unterschiedliche Staaten. Die Türkei ist NATO-Mitglied und führt Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Zudem unterhält sie intensive militärische und politische Beziehungen mit den USA und Israel. Im Inneren ist sie starr laizistisch ausgerichtet. Ihr fällt es schwer, der Religions- und Gewissensfreiheit im Rahmen der Demokratie Platz einzuräumen. Sie will ein Machtfaktor in der Region sein und den Sicherheitskorridor für Energietransporte bilden. Im Iran dagegen herrschen die Gesetze der Scharia. Der iranische Staatspräsident Ahmadinedschad propagiert die Auslöschung des Staates Israel. Der Iran ist im Gegensatz zur Türkei gegen westliche Werte und Systeme eingestellt. Die beiden Staaten kennzeichnen verschiedene Regime und unterschiedliche Vorstellungen zu regionalen und globalen Themen. Sie liegen im Mittleren Osten, in Kaukasien und Asien in ständiger Konkurrenz zueinander. Der Vormarsch des Iran, eine Atommacht zu werden, sorgt auch die Türkei. Diese nimmt zwar nicht offiziell einen Platz im Bündnis gegen den Iran ein, spielt jedoch eine bedeutende Rolle bei verdeckten diplomatischen Aktivitäten.

Die Türkei hatte im vergangenen Jahr für die USA vom Iran ein Ende der Atomwaffenproduktion gefordert, der Iran lehnte jedoch ab.

Kommen wir zu Syrien; in den letzten Jahren ist ein Fortschritt in den türkisch-syrischen Beziehungen zu verzeichnen. Türkische und syrische Offizielle kommen häufig zusammen. Die Türkei ver-

mittelt auch zwischen Israel und Syrien. Zwischen beiden Staaten herrscht im Gegensatz zur Phase des Kalten Krieges nahezu Hochzeitsstimmung. Zuletzt besuchte der türkische Staatspräsident Abdullah Gül Syrien und tauschte sich mit seinem Amtskollegen Besar El Asad über die Entwicklungen in der Region aus; sie verlautbarten Einigkeit. In der türkischen Außenpolitik ist ein ernsthaftes Interesse an Syrien zu erkennen. Dies ergibt sich aus der Position Syriens im Nahen Osten. Es geriet nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, deren militärische und wirtschaftliche Hilfe es aufrechterhalten hatte, unter iranischen Einfluss. Dieses kleine und arme Land hat in der Region lange Zeit für den Iran gearbeitet und eine wichtige Aufgabe dabei übernommen, Unterstützung für Organisationen wie Hamas und Hizbullah zu schaffen. Syrien hat wegen der Golan-Höhen, deren Rückgabe es fordert, ernsthafte Probleme mit Israel. Doch verstand es, dass ein Bündnis mit dem Iran in diesem Fall nicht von Nutzen ist, wobei eine Distanzierung nicht so einfach gewesen wäre. Genau zu diesem Zeitpunkt streckten die USA Syrien eine Hand aus, an der es sich festhalten konnte. Jetzt versucht es, mittels der Türkei seine Probleme mit den USA und Israel beizulegen und Luft zu holen. Daher schenkt die Türkei Syrien so viel Aufmerksamkeit.



Kundgebung des Gefängnis-Komitees von Hewler gegen Folter, Hinrichtungen und unmenschliche Behandlung in den Gefängnissen Foto: DIHA

Die USA brauchen im Rahmen der von ihnen angestrebten neuen Machtverhältnisse im Mittleren Osten Syrien, das Einfluss auf Hamas und Hizbullah hat. Für einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und Palästina muss Syrien im Sinne der US-Forderungen aktiv werden. Jetzt laufen diesbezüglich Verhandlungen. Es zeigt sich, dass Syrien über die Türkei eine neue Beziehung mit dem Westen knüpfen möchte. Doch Syrien, „ein Völkergefängnis“, wird vom Westen nicht ohne Reformen im Inneren und eine die Menschenrechte und Grundfreiheiten respektierende Verfassung akzeptiert werden. Dies ist ja bekannt. Die Türkei versucht, Syrien in diesem Bereich behilflich zu sein. Doch ist sie selbst ein Staat mit Schwierigkeiten bei Menschenrechten, Demokratie und Grundfreiheiten. Beide Staaten haben gegenüber den Kurden eine an Massaker heranreichende repressive Haltung.

Dies macht die Situation verfahren. Es erscheint schwierig, dass Staaten wie die Türkei, der Iran und Syrien demokratisch werden und sich mit der internationalen demokratischen Gesellschaft vereinen. Es reicht nicht, dass die USA die Annäherung zwischen Syrien und der Türkei antreiben. Eine Demokratisierung und eine demokratische Lösung für die kurdische Frage sind sowohl in der Türkei als auch in Syrien erforderlich. Es mag sein, dass mit US-Unterstützung Syrien vom Iran gelöst und eine militärische Offensive gegen den Iran gestartet werden kann, sofern er nicht von nuklearer Aufrüstung Abstand nimmt, und dass die Türkei hierbei eine zentrale Rolle spielen kann. Doch trotz allem müssen die kurdische und die palästinensische Frage gelöst werden, damit in der Region Sicherheit und ein dauerhafter Frieden etabliert werden können. Ohne eine Lösung dieser Probleme kann nicht von Frieden im Mittleren Osten gesprochen werden; es wird weiter Blut in der Region fließen ... ♦

Die Wahl in Süd-Kurdistan

Schwerlich von einer vorbildlichen Demokratie zu reden

Mazlum Özdemir

Die Regionalwahl im nordirakischen Süd-Kurdistan, die normalerweise Ende Mai stattfinden sollte, wurde aufgrund technischer Probleme auf den 25. Juli verschoben. 41 der 42 Parteien, die sich daran beteiligen wollten, wurden zugelassen. Sie treten in 15 Bündnislisten an. Bisher haben sich 7 der 41 zugelassenen Parteien wieder zurückgezogen. Die von der *Partei der demokratischen Lösung in Kurdistan* (PÇDK) unterstützte „Hiwa-Liste" wurde von der Wahlkommission mit der Begründung abgewiesen, die PÇDK sei eine bewaffnete Organisation. Obwohl die PÇDK zuvor an den allgemeinen Parlamentswahlen im Irak teilgenommen und sich auf Grundlage der irakischen Gesetze formiert hatte und in vielen Städten des Landes Parteibüros unterhält, wurde sie jetzt abgelehnt. Diese Wahl, die für Süd-Kurdistan von großer Bedeutung ist, wurde also schon vorher Schauplatz zahlreicher Beispiele undemokratischer Vorgehensweisen.

Das Jahr 2009 ist für die Kurden ein Jahr der Wahlen. Bei den Kommunalwahlen in der Türkei hat es die, von der kurdischen Bevölkerung unterstützte, *Partei für eine Demokratische Gesellschaft* (DTP) geschafft, die Zahl der gewonnenen Gemeinden fast zu verdoppeln. Das ist ein großer Erfolg. Auch bei der Präsidentschaftswahl im Iran am 12. Juni werden die Kurden eine Schlüsselrolle spielen. Bei der Wahl in Süd-Kurdistan wird die kurdische Bevölkerung eine historische Aufgabe meistern müssen. Sie, die nach dem ersten Golfkrieg einen Autonomiestatus für ihre Region zugestanden bekommen hatte, wird in ihrer Geschichte nun zum dritten Mal an einer solchen Wahl teilnehmen. Dass sich das Wahldatum ständig ändert, die antretenden Parteien, obwohl es nur noch zwei Monate bis zum Wahltermin sind, nicht mit ihrer Selbstdarstellung begonnen haben und der Hohe Wahlrat bekannt gab, dass die „Hiwa-Liste" nicht antreten darf, wirft jetzt schon viele Fragen hinsichtlich einer regulären Durchführung auf.

Macht und Parteien

Zur Wahl stehen 110 Abgeordnetensitze und ein Präsidentenamt der *Kurdischen Regionalregierung*. Obwohl 41 Parteien ihre Teilnahme beantragt haben, steht eigentlich fest, dass sich die meisten der Kandidaten zugunsten der großen Parteien zurückziehen werden. Denn außer einigen wenigen sind die meisten Parteien finanziell von der *Demokratischen Partei Kurdistans* (PDK) und der *Patriotischen Union Kurdistans* (YNK) abhängig. Sieben dieser Parteien, die sozusagen nur nominell existieren, haben ihre Kandidatur schon zurückgezogen. Nach dem Zerfall des irakischen Saddam-Regimes erklärten die USA Süd-Kurdistan mehrfach zu einem Modell für die demokratische Entwicklung des Landes. In Bezug auf ein System, das nur von zwei Parteien – PDK und YNK – oder besser gesagt von zwei Familienclans – Barzani und Talabani – gelenkt wird, ist wohl schwerlich von einer vorbildlichen Demokratie zu reden. Nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft und die Presse- und Kommunikationsorgane sowie Geheimdienst und militärische Macht werden von diesen zwei Parteien und Familien dominiert. Wo die Macht dermaßen monopolisiert wurde, ist die Basis zur Entwicklung einer Demokratie ohne Frage ziemlich eingeschränkt. Nicht nur die oben erwähnten Parteien, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die normalerweise weitgehend unabhängig von der Staatsmacht ihren Platz finden sollten, um eine Alternative zu ermöglichen, sind vollständig von diesen beiden Regierungsparteien abhängig. Daher stellen auch diese Nichtregierungsorganisationen keine wirkliche Alternative zum Staat dar.

Wahlstrategie: Bindung Kerkuks an Kurdistan

Die beschriebene Struktur in Süd-Kurdistan zeigt ganz deutlich, dass eine wirkliche Demokratisierung sicherlich auch nicht im Zusammenhang mit dieser Wahl stattfinden kann. Eine mediale Inszenierung von Demokratie ersetzt keine Integration demokratischer Strukturen und Institutionen. Wir sollten allerdings auch keine zu hohen Erwartungen an eine Region haben, die erst zum dritten Mal wählt. Schon jetzt wird davon ausgegangen, dass PDK und YNK, die unter dem Namen „Kurdistan-Liste" teilnehmen, große Stimmenverluste werden hinnehmen müssen. Die Tatsache, dass beide Parteien keine wirkliche Nähe zur Bevölkerung aufgebaut haben und rein klientelistisch agieren, darüber hinaus Gelder veruntreuten und ihre Macht missbrauchten, sowie deren Unfähigkeit, das Kerkuk-Problem zu lösen, sind Grundlage dieser Einschätzung. Sollte die „Kurdistan-Liste" aus der Wahl als Siegerin hervorgehen, wird die YNK den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten. Gegenwärtig liegt diese Aufgabe in der *Föderalen Region Kurdistan-Irak* noch bei der PDK. Zwei weitere Faktoren, die einen Erfolg dieser bei-

den Parteien bei der Wahl ernsthaft gefährden könnten, sind die Kandidatur Nosirvan Mustavas, des ehemaligen zweiten Mannes der YNK, sowie die immer stärker werdenden islamischen Parteien. 2005 traten YNK und PDK unter dem Motto „Wollt Ihr die Unabhängigkeit Kurdistans?“ an. Das war zugleich ein Referendum. Dieses Mal wird davon ausgegangen, dass die Entscheidung über die Zuordnung Kerkuks eine ähnliche Funktion übernehmen soll. Es wird vermutet, dass parallel zur jetzigen Wahl das Referendum über die Anbindung der Erdölstadt an das föderale Kurdistan durchgeführt werden soll.

Reserveparteien

Ein weiterer Grund, der bei der Wahl eine wahrhaft demokratische Streitkultur verhindert, ist die Tatsache, dass viele Parteien als „Zweigparteien“ von PDK und YNK agieren. Es wird davon ausgegangen, dass die meisten der auf 15 Listen antretenden Parteien sich kurz vor dem Wahltermin der Liste von PDK und YNK anschließen werden. Das wird letztendlich dazu führen, dass die dann übrig bleibenden Parteien keinen Konkurrenzkampf auf Augenhöhe führen können. Auf der einen Seite wirtschaftliche, militärische und politische Macht – auf der anderen Seite fehlt ein derartiger struktureller Rückhalt völlig.

Das Verbot der Hiwa-Liste

Die PÇDK nahm an den letzten Wahlen im Irak teil und gewann einen beachtlichen Stimmenanteil. Das Verbot der „Hiwa-Liste“, die auch von der PÇDK unterstützt wird, ist als eine der undemokratischen Vorgehensweisen zu sehen. Die PÇDK ist eine auf der Grundlage der irakischen Verfassung gegründete legale politische Partei, die in vielen Städten des Irak Wahlbüros unterhält. Aufgrund der Behauptung der Türkei, die PÇDK sei eine PKK-nahe Partei, – und des entsprechenden Drucks aus der Türkei auf die Regierungen des föderalen Kurdistan und des Irak – ist die PÇDK sehr häufig undemokratischem Handeln ausgesetzt. Dass der „Hiwa-Liste“, die von Hawraman über Halepce bis Duhok von vielen Kreisen unterstützt wird, nur aufgrund der Partizipation der PÇDK untersagt wird, an der Wahl teilzunehmen, zeigt deutlich, dass es sich in diesem Fall um keine juristische, sondern eine politische Entscheidung handelt. Dabei ist beachtenswert, dass normalerweise lediglich denjenigen Listen, denen eine Unterstützung aus Saddam- oder Al-Qaida-Richtung unterstellt wird, eine Kandidatur verweigert wird. Das Kandidaturverbot der „Hiwa-Liste“ beruht jedoch auf keinem dieser Gründe. Zum Thema „Saddam-Unterstützung“ bleibt noch zu erwähnen, dass PDK- und YNK-Funktionäre zu Saddams Zeiten zahlreiche Male mit dessen Regime zusammengearbeitet haben, um sich jeweils gegenseitig zu besiegen. Trotzdem wird ihre Kandidatur nicht verboten. Das zeigt deutlich die Doppelmoral des Vorgehens der Wahlbehörden.



Pressekonferenz gegen das Verbot der Hiwa-Liste in Hewler — Foto: DIHA

Der Präsident der Föderalen Region wird gewählt

Zur Wahl, bei der auch der Präsident der *Föderalen Region Kurdistan-Irak* gewählt werden soll, treten neben dem gegenwärtigen Amtsinhaber Mesud Barzani noch fünf weitere Kandidaten an. Doch keiner dieser fünf besitzt auch nur im Geringsten eine reale Chance gegen den populären Barzani, der über regionale Macht verfügt und auch durch die Medien unterstützt wird. Es ist sogar zu erwarten, dass sich die fünf Kandidaten kurz vor der Wahl zugunsten Barzanis zurückziehen werden. Die Zahl derer, die davon ausgehen, dass sie aus rein formellen Gründen kandidieren, ist nicht gering.

Es lässt sich also kaum behaupten, dass sich Süd-Kurdistan auf eine demokratische Wahl vorbereitet. ♦

Eine Realität, die zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verpflichtet:

Das Dorfschützersystem, ein Ursprung von Gewalt und Willkür

Reyhan Yalçındağ, İHD

Es ist der 4. Mai 2009 … Wir erhielten die Nachricht, dass in einem Haus, in dem eine Verlobung gefeiert wurde, ein bewaffneter Angriff stattgefunden hat; 44 Menschen, 3 davon schwangere Frauen und 6 Kinder, sind durch insgesamt 1 200 Kugeln ermordet worden. Ort des Geschehens: das Dorf Bilge (kurdisch Zangirt) in Mazıdağı, Mardin (kurdisch Mêrdin) … Die ersten Informationen kommen von den Presseagenturen: „Die Familie der Braut wollte, dass das Mädchen jemanden aus einer anderen Familie heiratet. Aus diesem Grund kam es zu einer Fehde, bei der 44 Menschen getötet wurden." Ähnliches erklärten die verantwortlichen PolitikerInnen dieses Landes, Beauftragte, RepräsentantInnen der Regierung, ohne irgendwelche Beweise oder genaue Informationen zu dem Vorfall recherchiert zu haben. Auch die Staatsanwaltschaft hatte zu diesem Zeitpunkt noch keine Befragung durchgeführt und erklärte, dass es sich um Ehrenmorde handele. Wir MenschenrechtlerInnen wussten hingegen, dass solche oder ähnlich gewalttätige Geschehnisse vom Staat und der oppositionellen Presse regelmäßig als Ehrenmorde oder Fehden bezeichnet werden, ohne auf die realen Hintergründe und historischen Ursprünge einzugehen. Um derartige Vorkommnisse zu verstehen, müssen sämtliche Aspekte aus jeder möglichen Perspektive untersucht werden. Zeugen sowie die nächsten Verwandten der Ermordeten konnten dem Ausschuss, der direkt nach den Geschehnissen das Dorf besuchte, auch wesentlich genauere Informationen geben. Hierbei handelte es sich um eine Darstellung, die die Hintergründe des Verbrechens aufzeigte und sie nicht lediglich auf eine Familienfehde reduzierte. Wir als Mitglieder der Menschenrechtsbewegung wissen, dass man sich seit Jahren hinter dem Wort „Ehre" versteckt und somit Gewalt an Frauen ausübt und sogar im Namen der „Ehre" mordet. Die Ungleichberechtigung von Mann und Frau sind genauso wie die daraus resultierenden gewalttätigen Vorgehensweisen Produkte der patriarchalen und militaristisch-männlichen Gesellschaftsformation und Staatsstruktur sowie der daraus entstandenen Mentalität. Hierbei handelt es sich um eine Kultur der Unterdrückung der Frauen und der Bildungslosigkeit der Bevölkerung, die vom Staat über Jahrzehnte hinweg verursacht und gefördert wurde.

Anhand des Massakers im Dorf Bilge lassen sich einige der Konflikte des dreißigjährigen Krieges in der Region nachvollziehen. Es ist ein Zeichen dafür, dass die gewaltförmige Lösung von Konflikten zu einer Kultur, einer Lebensform geworden ist. Nach den Geschehnissen hat sich das dortige Menschenrechtskomitee direkt mit den Zeugen in Verbindung gesetzt. Dem Komitee wurde erklärt, dass eigentlich das Ziel bestand, keinen einzigen Zeugen übrig zu lassen, um, wie so oft in den neunziger Jahren passiert, die Verantwortung für das Blutbad der PKK in die Schuhe zu schieben. Diese Information wurde in den Protokollen festgehalten. Es ist auch eine Tatsache, die gegen die These von der Familienfehde oder dem Ehrenmord spricht, dass in der kurdischen Region das Lebensrecht der Frauen noch nie auf eine derartige Art und Weise verletzt wurde, ohne Unterschiede zwischen Schwangeren, Kindern und älteren Menschen zu machen. Deswegen ist es lebenswichtig und für eine vernünftige Perspektive Voraussetzung, dass wir das System der Dorfschützer und seinen Ursprung näher betrachten.

Was ist das „vorübergehend" etablierte Dorfschützersystem?

Das als vorübergehendes Mittel geplante Dorfschützersystem wurde am 26.03.1985 auf Grundlage des § 3175, wegen dem fortdauernden türkisch-kurdischen Konflikt, der sich zu einem Krieg in der kurdischen Region ausgeweitet hatte, eingeführt. Durch Artikel 74 des Dorfgesetzes 442 wurde die rechtliche Grundlage später erweitert und verändert. Dieses Gesetz beinhaltet u. a. folgende Regelung: „In Zusammenhang mit Gründen, die außerordentliche Situation mit sich bringen wie gewaltvolle Situation in und in der Umgebung von Dörfern, können vorübergehend Dorfschützer eingesetzt werden."

Selbst nach Beendigung des Ausnahmezustands (OHAL) am 30. November 2002 wurde das Dorfschützersystem nicht abgeschafft. Zusätzlich stellte die AKP-Regierung zu den bereits vorhandenen 70 000 Dorfschützern noch 60 000 neue ein. Beim Entwurf dieses Gesetzes hat man jedoch nicht bedacht oder übersehen, dass die Dorfschützer verantwortlich sind für unzählige Straftaten, die in den letzten 25 Jahren geschehen sind. Dazu gehören auch Taten, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden können.

Die unten aufgeführten Angaben des *Menschenrechtsvereins* zeigen, dass die

Straftaten, die von Dorfschützern begangen wurden, von erschreckendem Ausmaß sind. Man weiß auch, dass die realen Menschenrechtsverletzungen noch zahlreicher sind als die dokumentierten Vorfälle. Da Krieg immer unter erschwerten Bedingungen mit ernsthaften Verletzungen geführt wird, ist es schwierig, Menschenrechtsverletzungen in den Gefechtsregionen zu dokumentieren. Es ist ebenfalls eine Realität, dass der Staat MenschenrechtlerInnen auf ernst zu nehmende Weise behindert, in Untersuchungshaft nimmt und foltert. Mitglieder von Menschenrechtskommissionen wurden darüber hinaus von unbekannten Tätern ermordet (insgesamt 22 Mitglieder des *Menschenrechtsvereins* İHD sind seit 1990 durch ungeklärte Straftaten ums Leben gekommen). Der Staat beschlagnahmt zudem häufig die ermittelten Berichte der MenschenrechtsaktivistInnen. Da Zeugen Angst um ihr Leben haben, sagen sie in vielen Fällen gar nicht aus. Somit ist die Bilanz, die hier aufgeführt werden kann, nur die Spitze des Eisberges. Trotzdem reichen die Angaben dafür aus zu zeigen, dass die Sicherheit durch Dorfschützer nicht gewährt, sondern ganz im Gegenteil in ernst zu nehmender Weise gefährdet wird und dass seitens der Dorfschützer Menschenrechtsverletzungen in bedenklichem Ausmaß begangen wurden.

Bilanz des *Menschenrechtsvereins* İHD der von Dorfschützern verübten Menschenrechtsverletzungen im Zeitraum von Januar 1992 bis März 2009

Dorfverbrennungen und -zerstörungen:	38
Entvölkerungen:	14
Bedrohungen und Vergewaltigungen:	12
Entführungen:	22
Bewaffnete Angriffe/Überfälle:	294
Anzahl der Ermordeten:	183
Anzahl der Verletzten:	259
Fälle von Verschwindenlassen:	2
Extralegale Hinrichtungen:	50
Raub durch Beschlagnahme:	70
Fälle von Folter und Misshandlungen:	562
Willkürliche Festnahmen durch Dorfschützer:	59
Zum Selbstmord getriebene Menschen:	9
Brandstiftungen von Waldgebieten:	17

Die Dorfschützer sind zu „Strafwerkzeugen" des Staates herangewachsen, die meist weder lesen noch schreiben können, die keine schulische Ausbildung haben, die arm sind, die zu keiner anderen Arbeit ausgebildet wurden und keine Möglichkeiten zur Produktion von irgendetwas haben. Sie wurden ausgegrenzt, in ihrer Integrität gebrochen und ihrer Identität beraubt. Aufgrund dessen sind sie in der Lage, ihrem Volk, ihren eigenen Verwandten und ihren DorfbewohnerInnen ernst zu nehmende Schäden zuzufügen, die bis zum Mord reichen. Bis zum heutigen Tage sind Tausende von Straftaten – Vergewaltigungen, Entführungen, Bedrohungen, Betäubungsmittel- und Waffenschmuggel, Raub, Enteignungen, Verbrennungen von Waldgebieten, Verbrennungen von Dörfern, Entleerungen von Dörfern, Folter, Mord, Entführungen, Fälle von Verschwindenlassen, grundlose Inhaftierungen und Festnahmen, Anstiftungen zum Selbstmord – von Dorfschützern verübt worden. Diese sehr bedenklichen Straftaten werden meist seitens der Justiz bewusst nicht verhindert und geahndet und in einigen Fällen sogar gesetzlich gedeckt. Die Schuldigen können weiterhin, ohne Schwierigkeiten befürchten zu müssen, mit derartigen Delikten fortfahren.

Anhand Hunderter Verfahren und Urteile gegen die Türkei vor dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* können wir erkennen, dass die türkische Regierung in den neunziger Jahren in Dorfverbrennungen, Morde durch unbekannte Täter, Vergewaltigungen bei Ingewahrsamnahmen, Verschwindenlassen nach Gewahrsam usw. involviert war und gegen die europäischen Menschenrechtskonventionen verstoßen hat. Durch Untersuchungen kam man zum Ergebnis, dass ein Teil der Straftaten von den Sicherheitskräften, Soldaten oder Polizei, begangen wurde. Der andere Teil wurde von Dorfschützern begangen. Es ist nicht schwierig, sich vorzustellen, was passiert, wenn wenig selbstbewusste und unterdrückte Männer in einer patriarchal strukturierten Gesellschaft ihrer Identität beraubt sowie sich selbst und dem Volk entfremdet werden und ihnen als Zeichen der Macht eine Waffe in die Hand gedrückt wird. Die vergangene Persönlichkeit, also das gelernte Sozialverhalten, stellt zugleich eine Referenz dafür dar, wie sich der jeweilige Dorfschützer in Zukunft verhalten und wozu er fähig sein könnte. Hierbei muss man bedenken, dass der Staat die kurdische Region, als Taktik der Unterdrückung, seit Jahrzehnten infrastrukturell und wirtschaftlich schwach hält. Es wird auch weiterhin dafür gesorgt, dass die kurdische Bevölkerung immer ärmer wird. Natürlich ist es einfacher, eine solche Politik mit gewalttätigen Mitteln durchzusetzen. Ein Teil dieser Taktik ist es, den Menschen die Produktionsmittel in der Region zu entreißen und somit jeden Versuch eigenständiger Produktion zu verhindern. Unter anderem das führt zu hoher Arbeitslosigkeit und Armut. Tatsache ist, dass es dazu gekommen ist, dass die Hungergrenze überschritten wurde. Dies bindet manche Männer zwangsweise an den Staat. Staatsbehörden, Polizei und Militär können die Menschen so für einen niedrigen Lohn für sich arbeiten lassen und aufgrund der materiellen Abhängigkeit und geringen Bildungsstands leicht ausnutzen. Einigen bleibt kaum eine andere Wahl, um ein Überleben für sich und ihre Familie zu sichern. In Anbetracht einer solchen Vorgehensweise ist es also nicht möglich, das Dorfschützersystem von der kurdischen Frage und den gewalttätigen Vorgehensweisen des Staates getrennt zu bewerten.

Um eine friedliche Entwicklung bezüglich der kurdischen Frage zu ermöglichen, ist es von großer Notwendigkeit, dass der Staat das System der Dorfschützer unverzüglich aufhebt. Dies ist ein unumgänglicher Schritt, um Normalität herzustellen und eine Demokratisierung zu erreichen. Eines der größten Hindernisse für die Rückkehr der DorfbewohnerInnen der 3 800 Dörfer, die in den neunziger Jahren zwangsweise geräumt, geleert, verbrannt und zerstört wurden, ist das „vorübergehende" Dorfschützersystem. Dokumentationen des İHD zeigen, dass sowohl Grundstücke als auch anderer Besitz und Eigentum der DorfbewohnerInnen, die in ihre Dörfer zurückkehrten, von den Dorfschützern in Besitz genommen und

nicht zurückgegeben wurden. Die zurückgekehrten DorfbewohnerInnen werden dort sehr oft erneut von Dorfschützern bedroht und angegriffen.

In ähnlicher Weise liegen dem IHD auch Informationen vor, dass illegale Staatsunternehmungen die Dorfschützer bewusst bei illegalen Aktionen ausnutzen. In diesem Zusammenhang müssen auch geheime Verbindungen zwischen JİTEM und Dorfschützern ans Tageslicht gebracht werden.

Wenn die kurdische Frage bis zum heutigen Tage auf demokratische und friedliche Weise gelöst worden wäre, müssten wir uns nicht mit dem Dorfschützersystem auseinandersetzen und nicht die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie zuletzt die Tragödie im Dorf Zangirt, betrauern. Und wenn wir dann schon beim Dorf Zangirt sind, ist da eine weitere Tragödie, über die nicht so oft gesprochen wird – alle Kommissionen und Menschen, die den Ort besuchten, haben genau das beobachten können: Die Kinder dort wachsen im Schatten der Waffen auf, wenn sie rennen, sogar wenn sie kindlich spielen, sehen sie ständig und berühren ihre Hände und ihre Arme die Waffen der Soldaten und der Dorfschützer, die sich dort befinden. Ein Kind, das in den ersten Gründungsjahren des Dorfschützersystems auf die Welt kam, ist heute 25 Jahre alt. In einem Alter, in dem er selbst zum Dorfschützer werden kann. Was für eine Zukunft kann man einem Kind bieten, das noch vor dem Kennenlernen der Spielzeuge mit Gewaltwerkzeugen und Waffen bekannt gemacht wird?

Eine Zukunft, in der die Menschen sich nicht mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen, die Wahrheit nicht erforschen und keine auf Gerechtigkeit bedachten Verhandlungen kennen, kann nicht sinnvoll gestaltet werden. Wir befinden uns in einer Phase, in der es der größte Wunsch der Menschen ist, für die Lösung der kurdischen Frage demokratische und gewaltlose Mittel zu nutzen. Der Weg, die Wunden der dunklen und hoffnungslosen Geschichte oder auch die Taktik „der gegenseitigen Vernichtung der Kurden“ zu überwinden, führt über das Niederlegen der Waffen der Dorfschützer, die Beendigung des Dorfschützersystems und das Auflösen der straftätigen Banden, die Waffenlager horten. ♦

Die meisten Morde so genannter unbekannter Täter fanden 1993–1996 statt

Die Verschwundenen finden, die Täter vor Gericht

Rechtsanwalt Muharrem Erbey, Vorsitzender des İHD Diyarbakır, IHD-Vize

Seit Beginn der 1990er Jahre hat eine Struktur namens JITEM [*offiziell immer verleugneter Nachrichtendienst der türkischen Gendarmerie*] im Osten und Südosten jeden nach Belieben festgenommen, verhört und anschließend ermordet. Wir, die in dieser Region Lebenden, kannten die Adressanten dieser Morde sehr gut, sprachen darüber, wurden jedoch nicht gehört. Weil wir darüber sprachen, wurden wir vor Gericht gestellt und bestraft oder erlitten das gleiche Schicksal wie die Getöteten. Zur Aufklärung der Fälle der Verschwundenen arbeiteten der IHD sowie andere wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen intensiv, führten Sitzstreiks durch und leiteten sowohl rechtliche Schritte ein wie sie auch zivile Aktionen organisierten. Jedoch konnte der Verbleib der Verschwundenen nicht geklärt werden.

Nach dem Verkehrsunfall von 1996 in Susurluk [*der die verdeckten Beziehungen von Staat und türkischer Mafia offenbarte*] wurde vieles offengelegt. Berichte wurden erstellt. Doch wurden viele Institutionen, so auch das türkische Parlament, behindert: Es handele sich um Staatsgeheimnisse, weiter dürften sie nicht gehen. 1999 bis 2000 wurden am Staatssicherheitsgericht in Diyarbakır sehr wichtige Anklageschriften gegen JITEM verfasst. Staatsanwälte führten Verhöre durch und Aussagen wurden gemacht. Doch eine Barriere verhinderte die Weiterentwicklung dieses Prozesses. 2001 wurde vom Polizeipräsidium Istanbul eine Untersuchung zu dieser Organisation eingeleitet, aber auch hier biss man auf Granit. Die Geständnisse Abdülkadir Aygans [*einer der bekanntesten Überläufer von der PKK in JITEM-Diensten*] in der Zeitung *Gündem* im Jahr 2003 wurden in einem Buch veröffentlicht. Diese erschreckenden Bekenntnisse wurden Gegenstand von Anklagen. Um deren Verjährung zu erreichen, wurde ein immenser Aufwand betrieben und ständig das zuständige Gericht gewechselt. Das Verfahren wartet noch immer auf seine Kammer, vor der es verhandelt werden wird. Darin sind etliche JITEM-Mitglieder angeklagt wie Abdülkerim Kırca, Arif Doğan, Veli Küçük und Aygan.

Die 2007 mit den zufällig in Ümraniye gefundenen Bomben begonnene Phase zeigt, dass in unserem Land eine undurchsichtige Gladio-Organisationsstruktur [*paramilitärische Geheimorganisation von NATO, CIA und MI6 in Westeuropa während des Kalten Krieges*] existiert und sich diese in die Ergenekon-Bande umgewandelt hat. Es ist offensichtlich, dass die Aktivitäten dieser Bande in den kurdischen Gebieten stattfinden. Dass die Gerichtsverhandlungen aber nicht östlich des Euphrat stattfinden, weckt Misstrauen. Nach den Geständnissen Aygans wurden 80 % der Morde in dieser Region von JITEM verübt. Die Staatsanwaltschaft muss die Aussage, in Sur [*Stadtteil Diyarbakırs*] würden sich zahlreiche Leichen hinter dem JITEM-Gebäude befinden, ernst nehmen und die erforderlichen Grabungen veranlassen. Wir fordern aufgrund der Ergenekon-Dokumente eine Sonderstaatsanwaltschaft in Diyarbakır, die Aufklärung der dort verübten Morde so genannter unbekannter Täter, die Aufnahme der Aussagen der Familien und die Öffnung aller Massengräber, einschließlich der in den BOTAŞ-Gruben und in der JITEM-Umgebung in Diyarbakır.

Aufgrund der Aussagen und Geständnisse der Täter wissen wir, dass die Waffen, die in Ankara und vielen anderen Städten, u. a. am Straßenrand, gefunden wurden, hier eingesetzt worden waren. Einige Täter wurden ermittelt, die Waffenbestände teilweise aufgedeckt, jedoch wird über die Verschwundenen und die Morde so genannter unbekannter Täter nicht gesprochen und über ihren Verbleib keinerlei Aussage gemacht.

Wir wissen, dass die meisten Morde so genannter unbekannter Täter in die Zeit von 1993 bis 1996 fallen, als Tansu Çiller Ministerpräsidentin, Doğan Güreş Generalstabschef und Mehmet Ağar Polizeipräsident waren. Warum bleiben die Verantwortlichen dieser dunklen Zeit unberührt?

Die Geständnisse Abdülkadir Aygans vom Januar 2009 im Interview mit Neşe Düzel legen die Namen und die Orte, an denen die Verschwundenen und Ermordeten versteckt wurden, offen.

Mit dem Ziel, die Verschwundenen zu finden und die Untersuchungen auszuweiten, organisiert der IHD mit seinen 28 örtlichen Vereinen jeden Samstag um zwölf Uhr einen Sitzstreik, an dem auch die Familienangehörigen teilnehmen, die Bilder der Verschwundenen fest umklammernd. Die Familien der Verschwundenen und die MenschenrechtsverteidigerInnen wollen, dass diese undurchsichtige und dunkle Phase ein Ende findet. Dass an einigen Stellen Grabungen stattfinden, bedeutet nicht, dass alles ein Ende hat. Bei den letzten Grabungen wurden Tierknochen identifiziert. Wo aber sind dann die 1 380 Verschwundenen? Schließlich sind sie nicht verdampft. Laut UN-Konvention ist der Staat verantwortlich für den Verbleib der von staatlichen Kräften Festgenommenen. Der Staat muss die 1990er Jahre bilanzieren und die kurdischen politischen Morde aufklären.

Die Staatsanwälte beteiligen sich an sehr oberflächlichen Grabungsarbeiten. Bei BOTAŞ ist das Gebiet größer als zwanzig Hektar. An ein, zwei Stellen wurde gegraben, weiter geschah nichts. Bei den Gerichten der Region gibt es mehr als 17 000 Akten zu den Ereignissen mit unbekannten Tätern. Es gibt hunderttausende Hinweise und Beschwerden. All dies muss intensiv untersucht werden. Man muss sich mit einer starken politischen Vertretung der Lösung dieser Frage verschreiben. Um die innere und äußere Öffentlichkeit zu beruhigen, wird nur am Endpunkt der sämtlich vom IHD durchgeführten Vorarbeiten etwas gegraben. Nur ein kleines, begrenztes Gebiet wird erschlossen.

Was wollen wir? Wir wollen die Umsetzung rechtsstaatlicher Normen. Wir wollen, dass die Justiz ihre harte, unbeugsame Haltung gegenüber Steine werfenden Kindern auch gegenüber den JITEM-Angehörigen anwendet, die in Militärgebäuden unschuldige Menschen mit Draht töteten und junge Menschen in Massengräber warfen. Wir fordern, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, der Staat sich bei den Hinterbliebenen der Verschwundenen entschuldigt und die Justiz sich zeigt. Wir fordern eine Lösung der kurdischen Frage. ♦



Samstagskundgebung der Angehörigen der Verschwundenen in Istanbul Foto: DIHA

Bericht einer Menschenrechtsdelegation aus Kurdistan und der Türkei

Auf den von der DTP angebotenen Dialog sollte eingegangen werden

Delegationsteilnehmerin Britta Eder, Rechtsanwältin

Vom 09.05.2009 bis zum 18.05.2009 bereisten wir als Menschenrechtsdelegation Istanbul, Diyarbakır, Bilge und Dersim. Unser Ziel war es u. a., mehr über die aktuelle Repressionswelle gegen die DTP und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie die allgemeine derzeitige Menschenrechtslage zu erfahren.

Hatte die für die DTP so erfolgreiche Wahl bei den Menschen die Hoffnung geweckt, es sei nun endlich die Chance eröffnet, sich in der Auseinandersetzung um Grund- und Freiheitsrechte sowie der kulturellen Selbstbestimmung weitergehend zu entfalten, mussten wir erfahren, dass eine friedliche und an den Interessen der Menschen orientierte Lösung derzeit nicht das Ziel des türkischen Staates zu sein scheint.

Vielmehr scheint der nach außen immer wieder behauptete Kampf gegen die „Terroristen" der PKK als Rechtfertigung für die Kriminalisierung einer gesamten in den größten Teilen der Bevölkerung verankerten Bewegung herhalten zu müssen. So mussten wir erfahren, wie der Staat versucht, jegliche emanzipatorische Bewegung und Widerstand oder auch nur an den Interessen der Menschen orientierte Kommunalpolitik zu kriminalisieren. Unfassbare und nicht mehr nachvollziehbare Menschenrechtsverletzungen sind die Folge.

Ziel der Repression ist offensichtlich nicht die Bekämpfung konkreter Straftaten, sondern vielmehr die Kriminalisierung der sich immer mehr emanzipierenden Menschen und zwar auf vielen Ebenen, sei es bei der angestrebten Aufhebung des teilweise immer noch tief verankerten Feudalsystems, der Bekämpfung des Bildungsrückstandes oder der Aufhebung von Hierarchien und von den Menschen entfremdeten Politikverständnissen. Kriminalisiert werden so vor allem diejenigen, die sich für eine basisorientierte und an den Interessen der Menschen orientierten Politik einsetzen oder die, wie die Jugendlichen und die Frauen, sich besonders stark aus alten Zwängen befreien.

Bis zum Ende unserer Reise wurden mehr als 400 Personen, Mitglieder der DTP und zivilgesellschaftlicher Organisationen, in Gewahrsam genommen. Mehr als 250 der Betroffenen befanden sich zu dieser Zeit in Untersuchungshaft. Die Repressionswelle hält immer noch an. Zuletzt wurden, nachdem wir bereits zurück waren, zahlreiche Gewerkschafter des Dachverbandes KESK festgenommen. Besonders betroffen sind Frauen, Studierende und Jugendliche. Auch Anwälte werden immer wieder Ziel der Repressionsmaßnahmen, wenn sie in politischen Prozessen verteidigen. Die Folge ist eine massive Einschränkung des Rechts auf Verteidigung in politischen Prozessen, weil viele AnwältInnen nicht mehr bereit sind, in derartigen Verfahren zu verteidigen, wenn das Risiko der eigenen Kriminalisierung und meist damit verbundenen Unmöglichkeit der Berufsausübung derart groß ist.

Während wir uns in den kurdischen Provinzen der Türkei aufhielten, wurden 4 Anwälte des IHD in Gewahrsam genommen und deren Büros und Wohnungen durchsucht. Sie wurden, bis auf die Vorsitzende des IHD Ankara die später erneut festgenommen wurde, nach einigen Tagen Haft und anhaltenden Protesten wieder entlassen. Von den Anwälten der ersten Repressionswelle aus dem Büro Asrin, die sich derzeit immer noch in Haft befinden, wurden Computer und Akten, die sensible MandantInnendaten enthalten, beschlagnahmt. Normal ist nach türkischem Recht bei Computerfestplatten nur eine Spiegelung erlaubt. So aber wird die Weiterführung der alltäglichen anwaltlichen Tätigkeiten durch die Kollegen quasi unmöglich gemacht. Akteneinsicht wird nach wie vor nicht gewährt. Insgesamt wird in vielen poltischen Prozessen, so auch häufig bei Prozessen gegen Kinder und Jugendliche, Akteneinsicht erst wenige Tage vor Beginn der Hauptverhandlung gewährt, so dass eine adäquate Verteidigung nicht mehr möglich ist und ein faires Verfahren in keiner Weise gesichert ist.

Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft zudem die Aufhebung der Immunität von 6 Abgeordneten der DTP, Selahattin Demirtaş, Emine Ayna, Fatma Kurtulan, Aysel Tuğluk, Sebahat Tuncel und Ahmet Türk, gefordert.

Der Bürgermeister von Diyarbakır-Sur, A. Demirbaş, wurde wegen der Anrede des kurdischen Politikers A. Öcalan mit Herr Öcalan erstinstanzlich zu einer Haftstrafe von 8 Jahren verurteilt. Gleichzeitig soll der erst bei den Kommunalwahlen 2009 wiedergewählte Politiker erneut von seinem Amt suspendiert werden. In der letzten Legislaturperiode wurde er seines Amtes enthoben, weil er für die Bürger seiner Stadt, die mehrheitlich kurdisch reden, die Formulare nicht nur in Türkisch sondern auch in Kurdisch auslegte. Vom Gericht, dass zwar die tatsächlichen Verhältnisse in Diyarbakır hinsichtlich der

Sprachen anerkennt, wird dies als eine quasi Vergewaltigung der türkischen Verfassung angesehen, da diese schließlich festlege, dass Türkisch die Amtssprache sei. Das gesamte Urteil kann eigentlich nur als eine Farce bezeichnet werden, wenn zunächst dargelegt wird, welche Rechte es in der Theorie gibt (das Antidiskriminierungsgesetz etc.), aber dann der Schluss kurz und trocken heißt, dass das Anbieten multilingualer Formulare einen ganz klaren Verstoß gegen die türkische Verfassung darstelle. Auch nach seiner Wiederwahl bei den Kommunalwahlen im März 2009 laufen erneut mehrere Prozesse gegen den sehr gebildeten und höflichen Politiker. Der Hauptanklagepunkt in einem der neusten Verfahren ist ein Kinderbuch mit dem Namen Semamok, für Vorschulkinder, auf Türkisch und Kurdisch. Auch die Veröffentlichung weiterer multilingualer Broschüren und kurdischsprachiger Presseerklärungen ist Teil der Anklage. In diesem Rahmen wird das Nutzen der Buchstaben w, q und x gesondert aufgezählt, die nicht im türkischen Alphabet vorkommen würden. Zudem wird dem Bürgermeister vorgeworfen, Personal gesucht zu haben, das auch kurdisch spricht. Die politische Dimension derartiger Prozesse wird klar, wenn man sich bewusst macht, dass hier etwas kriminalisiert wird, was mittlerweile auch von türkischer Staatsseite praktiziert wird. So suchte auch der Gouverneur von Diyarbakır vor Kurzem kurdischsprachiges Personal und gab türkisch/kurdische Broschüren heraus.

Über diese ganz offensichtliche und direkte Repression gegen bestimmte Personen hinaus haben wir vor allem an zwei Orten erleben und auch fühlen können, wie die alltägliche Repression das Leben der Menschen bestimmt und wie wenig Interesse der Staat an einer wirklich positiven und fortschrittlichen Entwicklung der kurdischen Provinzen der Türkei im Sinne der vor Ort lebenden Menschen zu haben scheint.

Einer dieser Orte war das Dorf Bilge nahe der kurdischen Stadt Mardin. Anfang Mai ermordeten 8 Personen in diesem von Dorfschützern dominierten Dorf an der syrischen Grenze 47 Personen durch einen Angriff mit Maschinengewehren auf eine Hochzeitsgesellschaft. Unter den Opfern befanden sich viele Frauen und Kinder.

Nachdem man kurz nach diesem Ereignis auch in den deutschen Medien den Eindruck bekommen konnte, dass es zu einem Hinterfragen des gesamten Dorfschützersystems kommen könnte, war unser Eindruck vielmehr, dass die AKP-Regierung dieses Ereignis auf dem Rücken der Betroffenen politisch instru-



Nach dem Massaker in Bilge — Foto: DIHA

mentalisiert und medial inszeniert. Anstatt die gesellschaftlichen und rechtlichen Hintergründe der Tat differenziert zu analysieren, wurden lediglich Bildungslücken und Rückständigkeit als Gründe benannt und versucht, die Hintergründe zu verschleiern. Die auch in der Politik durchaus vorhandenen kritischen Stimmen verschwanden relativ rasch wieder aus der Diskussion.

Nach Berichten der Bevölkerung ist ein nicht unwesentlicher Grund der Morde ein wirtschaftlicher Konflikt, in dessen Verlauf ein Teil der Dorfschützer gemeinsam mit dem Militär eine Ölpipeline zur eigenen Bereicherung anzapfte. Uns wurde zugetragen, dass es eine Absprache zwischen Militär und den Dorfschützern gab, die das Massaker durchführten. Wenn sämtliche Opfer getötet würden und das Massaker danach der PKK zuschreibbar gewesen wäre, sollte geduldet werden, dass die Attentäter sich die materiellen Güter der Opfer aneignen.

Wir haben gehört, dass der Gouverneur der Bevölkerung von Bilge verbot, sich ohne sein Einverständnis öffentlich zu äußern. Eine von der DTP in die Wege geleitete Untersuchungskommission des türkischen Parlaments grenzte Akin Birdal, den Abgeordneten der DTP, dessen renommierte Arbeit als Menschenrechtler auch von Dorfbewohnern gewünscht ist, aus. Stattdessen zog man Politiker von nicht im Parlament befindlichen Parteien hinzu. Auch unsere Arbeit vor Ort wurde behindert. Als wir uns gerade in einem Gespräch mit einer vor Ort zuständigen Psychologin befanden, wurde das Gespräch von Sicherheitskräften unterbunden. In Bilge befanden sich mehr als 250 Soldaten und eine Vielzahl ziviler Sicherheitskräfte. Diese schränken durch ihr einschüchterndes Agieren hauptsächlich das Leben der Bevölkerung ein und behindern die notwendige Arbeit eines aus Soziologen und Psychologen bestehenden Enttraumatisierungsteams, das allerdings ohne ausreichende Kenntnisse der kurdischen Kultur agiert, da keine KurdInnen in dem Team sind.

Die traumatisierten Menschen und insbesondere die 70 Kinder, die gerade ihre Eltern durch Gewehrkugeln verloren haben, werden ständig von Soldaten mit Maschinengewehren im Anschlag und aggressiv agierenden Zivilpolizisten umgeben. Das ganze Dorf ist voll von Zelten, die zur medialen Inszenierung von Besuchen hochrangiger Politiker und der Verpflegung der vor Ort befindlichen Presse genutzt werden. Wie uns BewohnerInnen berichteten, wurden die Beschreibungen der Tat von der Presse und den Sicherheitskräften verfälscht. Die Überlebenden haben nicht wirklich den Eindruck, dass es darum geht, ihnen zu helfen. Dementsprechend misstrauisch waren sie auch.

Uns hat sich sehr klar gezeigt, dass das Dorfschützersystem, das internationalem Recht widerspricht, abgeschafft werden muss. Auf regionaler Ebene ist es unseres Erachtens notwendig, friedliche Lebensperspektiven zu schaffen, und insbesondere auch Kindern und Frauen, die von den jetzigen feudalistischen Strukturen besonders betroffen sind, eine Perspektive außerhalb des Dorfschützersystems zu schaffen. Kinder hingegen gegen den Willen der Verwandten in Internate zu schicken, wie nun geplant wurde, ist kein adäquates Mittel für eine langfristige Konfliktheilung und friedliche und emanzipatorische Entwicklung derartiger Dörfer.

Der zweite Ort, von dessen Besuch ich näher berichten möchte, ist die Bergstadt Tunceli/Dersim.

Die Stadt war schon immer eine Hochburg kurdischer und türkischer Organisationen und Befreiungsbewegungen. Die Menschen in der Region leben unter schwerer Repression, Vertreibung und Unterdrückung, die auch für jeden direkt und unmittelbar spürbar ist. Menschenrechtsverletzungen des Rechts auf Freizügigkeit, auf Unversehrtheit und auf Leben finden hier systematisch statt. Dennoch war hier auch eine mehr als hundertjährige Widerstandstradition zu spüren. Uns wurde deutlich, dass sich die Menschen aus Dersim nicht einschüchtern lassen. Zudem war unmittelbar bei Eintreffen in der Stadt erkennbar, wie sehr das Feudalsystem hier aufgebrochen ist; die Frauen sind in Dersim ebenso gleichberechtigt im Stadtbild zu sehen wie die Männer. Dies mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass nahezu 100 % der Zivilbevölkerung Aleviten sind.

Die Woche, bevor wir in der Stadt eintrafen, fanden in der Umgebung durchgehend Militäroperationen statt, während denen zusätzlich Hubschrauber als Mittel psychologischer Kriegsführung die Stadt überflogen. Da die Bergmetropole in einem Talkessel liegt, sind die in der Umgebung stattfindenden Gefechte ständig wahrnehmbar. Schon bald, nachdem wir abgereist waren, begannen erneut große Militäroperationen.

Ab 20 Kilometer vor der Stadtgrenze sind jeden Kilometer Panzerfahrzeuge oder Panzer am Straßenrand zu sehen. Auf jedem der Gipfel der um Dersim liegenden Berge sind riesige Wachtürme zu sehen, von denen aus das gesamte Gebiet militärisch überwacht wird. Auch im Zentrum der Bergmetropole befinden sich Jandarma- und Militärkasernen sowie mehrere Polizeistationen. Videokameras überwachen die Innenstadt, Polizisten in Zivil agieren aufdringlich, auf einen Einwohner kommen ca. 2 „Sicherheitskräfte“.

Politische Gespräche können nahezu nirgendwo ungehört stattfinden. Wie uns berichtet wurde, verübten unbekannte Täter in den letzten zwei Jahren eine Anzahl von Morden. Folter ist keine Seltenheit.

In fünf Ortschaften in der direkten Umgebung von Dersim wurde in der Woche vor unserem Eintreffen für drei Monate der Ausnahmezustand erklärt, mit der Folge von Aufenthaltsverboten für bestimmte Gebiete. In den Ausnahmezustandsgebieten liegen Dörfer, die für diesen Zeitraum geräumt wurden. Einige der Dörfer werden von Menschen bewohnt, die im Rückkehrprogramm in die Dörfer waren und nun zynischerweise erneut Opfer von Vertreibung werden.

Der Bevölkerung wurden die Weiderechte und damit die wesentliche Lebensgrundlage entzogen. So will der Staat verhindern dass die PKK und die türkischen Guerillabewegungen in den Bergen Unterstützung bekommen. Die Bürgermeisterin scherzt, dass sie momentan mehr mit Kühen zu tun hat als mit Menschen, da die Bauern und

ihre Herden sich gezwungenermaßen in der Stadt aufhalten müssen.

Gegen diese Praxis und den Ausnahmezustand fand eine Pressekonferenz in der Innenstadt von Dersim statt, zu der eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen hatte. Hier erklärte der IHD-Vorsitzende Barış Yıldırım, im Angesicht von einer Heerschar von Zivilpolizisten, dass diese Militärmaßnahmen illegal seien und sich die Bevölkerung von Dersim durch diese Repression nicht einschüchtern lassen würde. Die anwesende Menge skandierte „Die Repression kann uns nicht zur Aufgabe zwingen“. Unsere Delegation wurde in ihrer Arbeit durch massiv filmende und beschattende Zivilpolizisten behindert.

Auch in Dersim wurde im Rahmen der Repressionswelle gegen die DTP ein großer Teil der Kommunalparlamentarier und des Arbeitsstabs der gerade gewählten Bürgermeisterin festgenommen, was sich letztendlich auf die alltägliche Arbeit, die für die BewohnerInnen geleistet wird, auswirkt. In trauriger historischer Kontinuität (1937/1938 und 1994) wird hier versucht, mit „eiserner Faust“ die gesamte Bevölkerung durch Assimilationsdruck, Unterdrückung und Zerstörung der natürlichen Umgebung Stück für Stück zu vertreiben.

Schließlich konnten wir bei dem Besuch des kleinen Ortes Ovacık oberhalb von Dersim erleben, wie es aussieht, wenn die türkische Regierung aus Verurteilungen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte versucht, auch noch Gewinn zu schlagen, und die Menschenrechtsverletzungen, wegen derer sie verurteilt worden ist, an eben denselben Menschen mit unvorstellbarer Dreistigkeit und Zynismus fortsetzt.

Von den ca. 5 000 in Ovacık lebenden Menschen wurden viele in den 90er Jahren aus ihren Dörfern vertrieben und lebten teilweise 15 Jahre lang in Wellblechhütten auf dem Erdboden. Im Winter verschwanden die Behausungen oft komplett im Schnee. Viele der Bewohner sind krank, es gibt kaum eine ausreichende Gesundheitsversorgung, so dass schon eine einfache Erkältung zum Tod führen kann. Uns wurde berichtet, dass aus dem Einsatz von chemischen Waffen in der Region eine erhöhte Krebs- und Behinderungsrate resultiere. Es gab in den letzten Jahren mehrere dokumentierte Giftgaseinsätze gegen die Guerilla im Kreis Ovacık. Dies wird auch als einer der Gründe angesehen, warum die Viehwirtschaft immer schlechter wird. Denn die Tiere werden krank und oft auch unfruchtbar. Ein anderer wichtiger Grund sind die Ausnahmezustandsgebiete. Die wenigen Menschen, die trotz des Weideverbots noch Vieh halten, müssen oft das Futter zukaufen. Selbst der einzige Verdienst, der den meisten Menschen geblieben ist, das Kräutersammeln, ist lebensgefährlich geworden. Das Militär drohte DorfbewohnerInnen, sie zu erschießen, wenn sie die verbotenen Gebiete widerrechtlich betreten.

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof verurteilte die Türkei, sie müsse den Menschen für die Vertreibungen aus den Dörfern Entschädigung bezahlen. Die Hoffnung der Menschen, sich mit diesem Geld vielleicht eine Perspektive aufbauen zu können, zerbrach jedoch recht schnell. Denn der türkische Staat teilte den Menschen mit, sie müssten die Wellblechhütten verlassen und in vom Staat neu gebaute Häuser ziehen, die sie selbstverständlich zu kaufen hätten. Nachdem zunächst mitgeteilt wurde, dies könne mit einer niedrigen Ratenzahlung geschehen, wurde den Menschen schließlich mitgeteilt, die türkische Regierung habe die Entschädigungen mit dem Kaufpreis, der rein zufällig knapp über der Höhe der zu zahlenden Entschädigung lag, verrechnet.

Die Folge ist, die Menschen haben faktisch nichts von der Entschädigung und haben auch noch Restschulden für die Häuser. Diese Personen müssen nun vertrieben von ihrem Dorf und ihrer ökonomischen Grundlage in Ovacık leben, wo es kein wirtschaftliches Auskommen für sie gibt.



Nomaden mit ihrer Schafherde bei Şırnak Foto: DIHA

Abschließend lässt sich feststellen, dass der angekündigte Politikwechsel in der Kurdenfrage in krassem Widerspruch zu der seit Wochen andauernden Repressionswelle gegen die DTP und den trotz einseitigen Waffenstillstands der PKK erfolgenden massiven Militäroperationen stehen.

Stattdessen sollte auf den von der DTP angebotenen Dialog eingegangen und eine gemeinsame langfristige Lösung gefunden werden. Dies wird aber wohl letzten Endes erfordern, dass auch Europa und die USA die Kräfte in der Türkei unterstützen, die sich für eine friedliche und demokratische Lösung einsetzen, und jenen, die eine politische Lösung mit dem Einsatz des Militärs torpedieren, eine Absage erteilen. ♦

Internationales Camp und Mesopotamisches Sozialforum in Amed/Kurdistan 5.-9. Oktober 2009

Im Folgenden ein paar aktuelle Infos zum Stand der Vorbereitungen für das *Mesopotamische Sozialforum* [MSF] und das Camp.

Das Camp wird im Rahmen vom MSF stattfinden, das heißt zum Beispiel, dass die Camper_innen auf dem MSF Gelände zelten werden. Der genaue Ablauf vom Camp sowie eine Übersicht über die Veranstaltungen vom MSF werden auf den jeweiligen Webseiten bekannt gegeben.

Für das MSF gibt es jetzt eine eigene Webseite auf Türkisch: http://www.msf.web.tr/
Die Kontaktadresse vom MSF-Komitee in Amed lautet: msfamed@gmail.com

Das zweite Vorbereitungswochenende fürs Camp hat vom 29.5. bis 1.6.09 mit mehr als 40 Teilnehmer_innen in Wernsdorf bei Berlin stattgefunden. Es gab Diskussionen und Kurzreferate zur aktuellen Situation in Kurdistan und zur kurdischen Frauenbewegung, zu Internationalismus und zur Situation von Schwulen, Lesben und Transmenschen in der Türkei und in Kurdistan. Danke an dieser Stelle noch mal an unsere Referent_innen und Tanzlehrer!

Es haben sich darüber hinaus mehrere Arbeitsgruppen gegründet, die versuchen werden, Workshops fürs Camp und auch für das Sozialforum vorzubereiten. Unter anderem zu folgenden Themen haben sich Gruppen gebildet: Migration, Antimilitarismus, StreetArt, Internationalismus, Feministische Geschichte und Perspektiven, LGBTI-linksradikale Queers, Weltwirtschaftskrise, Wissenschaft, Ausstellungen (z. B. zur Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in den Metropolen, Hausbesetzer_innenszene u. a.) und Dokumentation. Wer Lust hat, in diesen oder weiteren Arbeitsgruppen mitzumachen, kann sich melden unter amed.camp@aktivix.org.

Es wird ein weiteres Vorbereitungstreffen vom 21.–23.8.09 in Frankfurt am Main geben. Das Treffen bietet auch denjenigen, die noch an keinem der Vorbereitungstreffen teilgenommen haben, die Möglichkeit, sich inhaltlich aufs Camp vorzubereiten. Es wird Informationen zum MSF und zum Camp geben sowie Input und Diskussion zur aktuellen Situation in Kurdistan. Darüber hinaus werden sich die oben genannten Arbeitsgruppen treffen und es besteht die Möglichkeit neue Arbeitsgruppen zu gründen oder in den bestehenden einzusteigen.

In Berlin, Bremen, Hamburg, Marburg und Wien, unter anderem auf dem Autonom-Feministischen FrauenLesbenTreffen (http://feministgathering.wolfsmutter.com/), hat es in den vergangenen Wochen verschiedene Veranstaltungen zum Thema Kurdistan in Form von Vorträgen, Delegationsberichten, Buchvorstellung und Filmvorführungen gegeben. In diesem Zusammenhang wurde auch über den aktuellen Stand der Vorbereitungen vom Camp und vom MSF informiert.

Mehr Informationen findet ihr unter: www.international-amed-camp.org

Solidarische Grüße von den Camper_innen



Der Hamburger Verein „Flüchtlingskinder Şırnak e. V." besuchte Şırnak

„Unsere Kinder sind alle schwer traumatisiert ..."

Christian Arndt

Ende April 2009 waren wir vom Hamburger Verein „Flüchtlingskinder Sirnak e. V." in Şırnak in Nordkurdistan, um mit dem Bürgermeister, dem neu gegründeten Frauenverein und Anwältinnen und Anwälten über den Fortgang unseres Projekts, das 2006 gegründet wurde, zu reden. Wir unterstützen fünfzehn Kinder finanziell, damit sie zur Schule gehen können. Wegen ihrer Armut können ungefähr 25 % der Kinder in der Region Şırnak nicht die Schule besuchen, weil sie für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen oder kein Geld für Kleidung, Schulmaterial, Fahrtkosten haben. Sie kommen aus Familien, die in den 90er Jahren aus den umliegenden Dörfern vom Militär vertrieben worden waren und bis heute nicht zurückkehren dürfen.

Eine Witwe mit sechs Kindern erzählte, dass vor der Kommunalwahl am 29. März Vertreter der AKP zu ihr kamen und eine Geldspende mitbrachten mit der Auflage, AKP zu wählen. Sie nahm das Geld nicht an. Wenige Tage später stellte sich heraus, dass das Geld ihre Sozialhilfe war, das die AKP an ihrer Stelle abgeholt und fälschlich als Spende ausgegeben hatte. Das sei nicht nur ihr so gegangen, sondern vielen Familien. Anwälte bestätigten das. Die Wahlen waren vor allem in ländlichen Wahllokalen nicht geheim, denn die Stimmzettel mussten vor der Wahlkommission, von der die DTP häufig ausgeschlossen war, offen ausgefüllt werden. Wer nicht AKP wählte, musste damit rechnen, dass staatliche Hilfen eingestellt werden. Die DTP hatte trotz der Repressionen einen großen Wahlerfolg.

Die seit Monaten anhaltende Verhaftungswelle von Kindern und Jugendlichen stand immer wieder im Mittelpunkt unserer Gespräche. Wenige Tage vor unserer Ankunft wurde in der Türkei am 23. April der *Tag des Kindes* gefeiert. „Wir haben uns in diesem Jahr geweigert, an den von der Zentralregierung organisierten Feiern teilzunehmen. Wir können doch diesen Tag nicht feiern, wenn sie unsere Kinder zusammenschlagen, verhaften und für viele Jahre wegsperren." So waren die Stimmen in der Bevölkerung. In der gesamten kurdischen Region wurden die Feierlichkeiten boykottiert; die kurdischen Abgeordneten in Ankara hatten aus Protest gegen diesen staatlichen Terror den Plenarsaal besetzt und dort übernachtet.

Auf der Rückfahrt von Şırnak bitten uns Anwälte zu einem Gespräch mit Betroffenen. „Für uns Kurden ist das Rechtssystem der Türkei außer Kraft gesetzt", resümiert der Vorsitzende der Anwaltskammer. „Es herrscht staatliche Willkür nicht nur gegen uns Erwachsene, sondern auch gegen unsere Kinder. Sie werden verhaftet und nach dem Antiterrorgesetz zu bis zu zwanzig Jahren Gefängnis und manchmal mehr verurteilt. Der türkische Staat handelt nach dem Sprichwort ‚Den Kopf der Schlange muss man abschlagen, solange sie noch jung ist!' Kinder ab zwölf Jahren werden einfach eingesperrt! Aber auch wer verhaftet und nach einigen Monaten wieder entlassen wird – das passiert auch –, ist für sein ganzes Leben abgestempelt." Eine Anwältin ergänzt: „Vor Gericht wird uns gesagt: 'Was wollen Sie? Drei von fünfzehn Millionen sind sowieso unsere Feinde. Diese Kinder hier sind für unsere türkische Gesellschaft verloren. Die brauchen wir nicht mehr!' Das Wort *Kurden* nehmen sie selbstverständlich nicht in den Mund."

Eine siebzehnjährige junge, zierliche Frau A. B. aus einem Dorf sitzt uns gegenüber. Ihr Vater und ihre Anwältin erzählen: A. B. ist vor vier Wochen vorläufig aus dem Sicherheitsgefängnis in Diyarbakır entlassen worden. Sie saß dort dreizehn Monate in der Frauenabteilung. Das Gerichtsverfahren gegen sie ist noch nicht abgeschlossen. Von einer Minute zur anderen steht sie plötzlich vor dem Gefängnistor. Sie kennt sich nicht aus in Diyarbakır, hat kein Geld für die Busfahrt in ihr Dorf. In der Nachbarschaft zum Gefängnis Wohnende helfen ihr. Sie ist nicht die erste Minderjährige, die verloren und verlassen vor dem Knast steht, und sie wird nicht die letzte sein.

„Der Staatsanwalt fordert elf Jahre Knast. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Strafe auch ausgesprochen wird oder sogar mehr, wie schon in vielen Verfahren gegen Jugendliche vor ihr."

A. B. wurde von schwer bewaffneten Sicherheitskräften überfallartig zu Hause festgenommen. Sie soll mit einem Stein auf Polizisten geworfen haben und an einer nicht erlaubten Demonstration – welche wird in den kurdischen Gebieten schon erlaubt? – teilgenommen haben.

„Die höchsten Richter und Staatsanwälte haben informell für die Gerichte verbindlich festgelegt, dass nach dem Antiterrorgesetz ein Steinwurf auf Sicherheitskräfte wie ein Wurf mit einer Bombe zu bewerten sei. Und wer mit Steinen wirft, ist automatisch Mitglied

einer Terrororganisation, deshalb die hohen Strafen. Hat es in einem Stadtteil Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Jugendlichen gegeben, werden später wahllos Kinder und Jugendliche festgenommen. Wer Sandspuren auf den Handflächen hat, wer wegzulaufen versuchte, wird verhaftet. Vor einigen Wochen stellten Polizisten bei einem alten Mann, der von der Feldarbeit kam, Sand an den Händen fest. Jetzt wird er als Terrorist angeklagt und soll elf Jahre Knast bekommen. Wer Parolen ruft, sich an Demonstrationen z. B. für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage beteiligt oder zwei gespreizte Finger zeigt [*zum „Victory“-Zeichen*], der ist Sympathisant und unterstützt eine terroristische Organisation. Die Sicherheitskräfte sind dazu übergegangen, auf demonstrierende Kinder Farbbeutel zu werfen, um sie dann später leichter identifizieren und verhaften zu können.“

A. B. kennt ihre Rechte nicht. Die von dem Vater angesprochene Anwältin darf sie erst nach mehreren Tagen besuchen. A. B. wurde nicht nur bei der Festnahme geschlagen, sondern auch bei Verhören ohne Anwältin. Namen soll sie nennen. Sechs Tage ließ man sie nicht schlafen. Sie ist allein, isoliert. Immer wieder wurde ihr Gewalt angedroht – das Wort *Vergewaltigung* kommt nicht über ihre Lippen, aber alle wissen Bescheid. In den dreizehn Monaten Knast konnten ihre Eltern sie nur dreimal besuchen, weil sie kein Geld für die weite Fahrt nach Diyarbakır haben.

Zur Schule kann sie nicht gehen, obwohl sie möchte, weil sie für ihren arbeitslosen Vater, die kranke Mutter und sechs jüngere Geschwister sorgen muss. Die Repression bekommen auch die Angehörigen von inhaftierten Kindern und Jugendlichen zu spüren. Die geringe Sozialhilfe wird immer wieder grundlos gekürzt oder ganz gestrichen. Was aus ihrer Familie wird, wenn A. B. weggesperrt wird, weiß sie nicht. Sie weiß nur, dass sie ihre Eltern dann sehr selten sehen wird.

„In Diyarbakır haben sich Angehörige verhafteter Jugendlicher zusammengetan und diese staatlichen Verbrechen an ihren Kindern öffentlich gemacht. Sofort bekamen sie für ein Jahr Besuchsverbot. Ihre Wohnungen werden von Sicherheitskräften offensiv observiert. Immer wieder kommen sie und durchsuchen die Wohnungen nach angeblichen Beweismitteln für den Vorwurf, dass ihre Kinder Mitglied einer terroristischen Organisation sind. Es passiert auch, dass von der Polizei ‚Beweismittel‘ wie Pistolen oder Munition in die Wohnung gebracht und plötzlich gefunden werden.“



Ihrer Kindheit beraubt: im Widerstand, im Gefängnis oder bei der Arbeit
Kinder und Jugendliche bei der Ernte Foto: DIHA

Unser Gespräch wird durch ein Telefongespräch unterbrochen. Ein Vater ruft an, weil sein dreizehnjähriger inhaftierter Sohn dringend psychologische Hilfe benötigt. Da der Vater nur Kurdisch spricht, darf er mit seinem Sohn nicht reden. Kurdisch ist bei Besuchen verboten! „Stellen Sie sich vor, elf Jahre lang darf dieser Vater mit seinem Kind nicht reden.“ Mit einem gleichaltrigen Freund soll er zwanzig Polizisten geschlagen haben. „Zwei Jungen sollen zwanzig Polizisten geschlagen haben! Das ist doch absurd!“ Der Anwalt erzählt von dem Prozess: „Der Richter zeigte nacheinander auf jedes Kind und fragte die Polizisten: ‚Hat der geschlagen?‘ In einem rechtsstaatlichen Verfahren hätte er die Polizisten fragen müssen, wer sie geschlagen hat.“

In einer Nachrichtenmeldung lesen wir:

„Die 7. und 8. Kammer des Schwurgerichts von Adana (Türkei) haben 13 Heranwachsende, die an Demonstrationen teilgenommen haben, zu 112 Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Zwille und 9 Murmeln, die bei einem Kind gefunden wurden, wertete das Gericht als Beweis für Vergehen. (…) Den Kindern wird vorgeworfen an den Newroz-Feierlichkeiten in Adana teilgenommen zu haben.“ (DIHA, 28.04.2009, ISKU)

„Solange die kurdische Frage nicht gelöst ist, wird es diese Art der Auseinandersetzung immer wieder geben. Unsere Kinder sind alle schwer traumatisiert, die ganze kurdische Bevölkerung ist traumatisiert. Die Traumata werden vererbt. Es ist eine Schande, dass die türkische Bevölkerung nur zuschaut – wie die deutsche auch, wie alle Europäer. Jeder rennt hinter seinem Glück her, es gibt nichts Gemeinsames mehr. Aber wir geben nicht auf – das sind wir unseren Kindern und den vielen Toten und Gefangenen, die für unsere Freiheit gekämpft haben, schuldig!“ ♦

Bundesverwaltungsgericht stellt im Eilverfahren aufschiebende Wirkung der Anfechtungsklagen wieder her

Teilerfolg für kurdischen Fernsehsender ROJ TV

Monika Morres, AZADÎ

„Die aufschiebende Wirkung der Klage der Antragstellerin gegen die Verfügung des Bundesministeriums des Innern vom 13. Juni 2008 wird wiederhergestellt, soweit sich die genannte Verfügung gegen die Antragstellerin richtet und in ihr die sofortige Vollziehung angeordnet worden ist.

Die Antragsgegnerin trägt die Kosten des Verfahrens. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 15 000 € festgesetzt."

So lautet in Kurzform die Entscheidung des 6. Senats des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 14. Mai 2009 hinsichtlich eines Vorgangs, der 2008 seinen Anfang nahm.

Die Kriminalisierung nimmt ihren Lauf

In den frühen Morgenstunden des 7. Mai durchsuchten Polizeikräfte die Studioräume des in Wuppertal ansässigen kurdischen Fernsehsenders ROJ TV, der Kölner Produktionsfirma VIKO sowie die Privatwohnungen der Mitarbeiter/innen. Das Amtsgericht Wuppertal hatte in seinem Beschluss vom 27. März im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens „gegen nicht näher bekannte Personen" wegen des „Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung oder der Begünstigung" die Durchsuchung der VIKO-Geschäftsräume angeordnet. Begründet wurde das Vorgehen mit Ermittlungen dänischer Behörden, wonach der Produktionsfirma angeblich „am 22. November 2006 ein Betrag von 44 000,– € von der ROJ TV in Dänemark auf das Konto der Viko Fernsehen Produktion GmbH bei der Stadtsparkasse Wuppertal überwiesen" worden sei. Der Verdacht läge nahe, dass ROJ TV „Gelder für die PKK eingesammelt" habe und der überwiesene Betrag „zu solchen Geldern" gehöre.

Auf Beschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen erfolgte ebenfalls am 7. Mai die Durchsuchung der Wohnräume des ehemaligen Gesellschafters und späteren Mitarbeiters von VIKO, Kamer S., in Dortmund, um „verbotsrelevantes Beweismaterial" wie „schriftliche Unterlagen ggf. vorhandene PCs, darin gespeicherte Datenbestände sowie weitere Speichermedien" sicherstellen zu können. Schließlich wurden ein Aktenordner sowie 11 Disketten beschlagnahmt. Das vom Bundesinnenministerium eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen VIKO basiert auf angeblichen Verstößen gegen das Vereinsgesetz.

Bundesinnenminister verbietet kurdisches Medium

Nur einen Monat später erhalten die Verantwortlichen der Firmen Mesopotamia Broadcast A/S METV und ROJ TV, die auf der Grundlage einer dänischen Lizenz den Fernsehsender betreiben, sowie VIKO in Wuppertal das Verbotsschreiben aus dem Bundesinnenministerium. Laut der Verfügung vom 13. Juni handele es sich bei VIKO um eine „Teilorganisation von ROJ TV". Der Fernsehsender ROJ TV A/S dürfe sich mit sofortiger Wirkung „im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes" nicht mehr „betätigen", weil – so in der Verfügung – die Tätigkeit des TV Strafgesetzen zuwiderlaufe und dieser sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung" richte. Zudem betätige sich der Sender als „Sprachrohr" der seit 1993 verbotenen PKK, „um ihre Anhängerschaft in Europa mit Nachrichten zu versorgen". ROJ TV trage so zur „Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der Organisation" bei. Er beeinträchtige und gefährde zudem das „friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern und verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung und sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland". Durch die Sendungen werde ferner „Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange" hervorgerufen und würden Vereinigungen „innerhalb und außerhalb des Bundesgebietes" unterstützt, die „Anschläge gegen Personen und Sachen veranlassen, befürworten und androhen".

Untersagt wurden die Bildung von Ersatzorganisationen und die Verwendung von Kennzeichen der beiden Gesellschaften. Das vorhandene Vermögen sowie näher bezeichnete Sachen und Forderungen Dritter wurden beschlagnahmt und eingezogen und die Verfügung mit Ausnahme der Einziehungsanordnung für sofort vollziehbar erklärt.

Mit diesem Verbot erwies sich der Bundesinnenminister als williger Vollstrecker der türkischen Regierung, der schon seit Jahren die kurdischen Medien ein Dorn im Auge sind. Hatte sich die dänische Regierung bislang geweigert, dem türkischen Druck auf Entzug der Lizenz von ROJ TV nachzugeben, demonstrierte Deutschland wieder einmal, dass es im kurdisch-türkischen Konflikt auf der Seite der Unterdrücker

steht. So erinnern etliche Passagen der Verfügung an das vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther erlassene Betätigungsverbot der PKK von 1993. Auch seinerzeit war u. a. die Rede davon, die kurdische Freiheitsbewegung gefährde die Interessen Deutschlands und richte sich gegen die Völkerverständigung. Auf Kanther (CDU) folgte Otto Schily (SPD). Mit nahezu der gleichen Begründung verfügte dieser im September 2005 das Verbot der in Deutschland erscheinenden prokurdischen Zeitung *Özgür Politika* und der Nachrichtenagentur MHA. Doch nur einen Monat später hob das Bundesverwaltungsgericht diese Verbote wieder auf.

KCK: Westliche Kräfte behindern friedliche demokratische Lösung

Mit einer scharfen Erklärung reagierte der KCK-Exekutivrat (KCK: *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan, M. M.*) auf das Verbot des kurdischen TV-Senders. „Das kurdische Volk wird das System von Assimilation und Versklavung, das ihm aufgedrängt werden soll, niemals akzeptieren und sich nicht dem Staatsterror und der Politik der Gewalt beugen." Die deutsche Regierung wurde aufgefordert, von ihrer „feindlichen Politik gegen das kurdische Volk und seine Befreiungsbewegung" abzusehen. „Alle Kurden sollten wissen, dass der deutsche Staat sich mit der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik des türkischen Staates identifiziert und die feindliche Linie gegen das kurdische Volk zu einer grundsätzlichen politischen Haltung geworden ist. Die westlichen Kräfte – allen voran Deutschland – behindern eine friedliche demokratische Lösung der kurdischen Frage."

Ulla Jelpke: Verbot ist Öl ins Feuer des Konflikts

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion erklärte, dass die Bundesregierung mit diesem Verbot „Öl ins Feuer des türkisch-kurdischen Konflikts" gieße. Sie solle stattdessen „vermittelnd eingreifen". „Einen kurdischen Sender zu verbieten, während türkische Medien ganz selbstverständlich ihre Nachrichten verbreiten dürfen, ist damit nicht vereinbar", so Ulla Jelpke.

Verbot wird durchgesetzt

Dass gegen das Verbot des Zeigens von ROJ-TV-Kennzeichen tatsächlich vorgegangen wurde, zeigte sich stellvertretend bei einem Vorgang in Bremen. Der kurdische Verein *Birati e.V.* und die *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge* wollten am 26. August 2008 einen Infostand in Bremen mit zahlreichen Plakaten zum Verbot von ROJ TV und gegen die deutsche Abschiebepolitik durchführen. Die Plakate wurden von der Polizei beschlagnahmt mit dem Hinweis auf die ministerielle Verfügung. Danach durften unter Punkt 6 die Kennzeichen öffentlich „in einer Versammlung oder in Schriften, Ton- und Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen" nicht verbreitet bzw. verwendet werden.

Gegen den Sicherstellungsbescheid des Bundesinnenministers wurde am 9. Juli durch den Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Reinhard Marx Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht.

Abgeordnete der Linksfraktion fragen die Bundesregierung

Einige Abgeordnete der Linksfraktion richteten eine Kleine Anfrage zum Verbot von ROJ TV an die Bundesregierung. In 22 Haupt- und 39 Unterfragen verlangten sie Auskunft über die Hintergründe und politische Motivation ihrer Verbotsverfügung. Sie wollten wissen, welche Gesuche und Interventionen es vonseiten der US-amerikanischen



Meinungsfreiheit: Der Kampf um sie kennt keine Grenzen Foto: DIHA

Behörden und der türkischen Regierung gegeben habe und inwieweit die Bundesregierung in die Aktivitäten der Anfang 2007 errichteten „Anti-PKK-Koordination“ involviert war bzw. ist. Sie soll ferner konkrete Belege dafür vorlegen, durch welche Sendungen ROJ TV das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern gefährdet habe oder worin die „erheblichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ bestünden. Wissen wollten die Abgeordneten auch, wie viele Mitarbeiter/innen durch das Verbot ihre Arbeitsplätze verloren hätten und ob deutsche Behörden auch türkische Medien in Deutschland auf mögliche „Verstöße gegen den Gedanken der Völkerfreundschaft“ geprüft hätten.

Schmallippige Antworten Verbot politisch motiviert

Geht es darum, Kurdinnen und Kurden zu kriminalisieren und sie als „Gefährder der inneren Sicherheit“ der BRD zu stigmatisieren, finden die Beamten des Bundesinnenministeriums und ihr oberster Dienstherr samt dem Strafverfolgungsapparat nicht genug der Worte. Sollen sie sich hingegen für ihr Handeln und Tun rechtfertigen, bleiben die Münder geschlossen oder die Tinte trocken. So auch im Falle der Antworten der Bundesregierung. Auf die Frage, wodurch ROJ TV „das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Bundesgebiet“ gefährdet habe, heißt es: „Vereinsverbote sind Instrument einer präventiven Sicherheitspolitik; auf den Eintritt eines konkreten Schadensereignisses kommt es nicht an.“ Das bedeutet im Klartext: Die Gründe für das Verbot waren nicht von juristischen Fakten getragen, sondern einer politischen Haltung entsprungen.

Der Hinweis der Abgeordneten auf die kulturelle und sprachliche Pluralität des Senders und die damit verbundene herausragende Bedeutung für kurdischstämmige Bürger/innen brachte folgende ministerielle Aussage: Die „vorgeblich“ plurale Ausrichtung des Senders sei „besonders geeignet, über die PKK-Anhängerschaft hinaus das kurdischstämmige Publikum für die Interessen und Ziele der in Deutschland verbotenen und“ – das darf natürlich auch nicht fehlen – „von der EU als terroristische Organisation gelisteten PKK einzunehmen“. Punktum.



Protest gegen das Verbot von ROJ TV — Foto: A. Bender

Weiter nachgefragt

Weitere Nachfragen blieben unbeantwortet – entweder mit dem Verweis auf das anhängige Verwaltungsstreitverfahren oder weil eine Frage „auf die Tätigkeit der Nachrichtendienste“ ziele und man sich hierzu nur „vor den dazu bestellten Gremien des Deutschen Bundestages“ äußern werde.

Die Linksfraktion erwähnte im Vorwort der Kleinen Anfrage ein Gespräch von Innenminister Schäuble mit türkischen Journalisten, über das die Tageszeitung „Hürriyet“ vom 8. Oktober berichtet hatte. Danach habe Schäuble die „andauernde enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der türkischen Regierung im Kampf gegen die PKK“ gelobt und in dem Zusammenhang explizit das Vorgehen gegen ROJ TV als „Beispiel dieser Zusammenarbeit“ genannt. Hierzu und zur Frage einer möglichen Kooperation zwischen deutschen, türkischen und sonstigen ausländischen Regierungsstellen im Vorfeld des Verbots lautete die knappe Antwort: „Keine.“ Das veranlasste die Abgeordneten zu einer erneuten Anfrage. Sie hakten nach und erhielten die Information, dass der Innenminister am 8. Oktober 2008 mit einer Gruppe türkischer Journalisten zu einem Hintergrundgespräch zusammengetroffen sei. Es seien auch „Fragen der deutsch-türkischen Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung angesprochen“ worden. Er habe lediglich „auf eine entsprechende Frage das Verbot von ROJ TV bestätigt“. Alles andere sei „Ausdruck journalistischer Freiheit“.

PKK-Guerilla entführt drei deutsche Bergsteiger

Am 8. Juli 2008 ging eine Meldung um die Welt: Drei deutsche Bergsteiger am Berg Ararat von kurdischer Guerilla entführt. Ein deutscher Sicherheitsverantwortlicher hatte gegenüber der *Süd-*

deutschen Zeitung erklärt, dass die Entführer politische Forderungen gestellt hätten, z. B. nach Aufhebung des Verbots von ROJ TV und danach, dass die Bundesregierung ihre kurdenfeindliche Politik ändern müsse. Aus dem Bundesinnenministerium war zu hören, man werde an dem Verbot festhalten und wolle zudem „die kriminellen Strukturen der PKK in Deutschland weiter verfolgen".

Freilassung mit vielen Vätern und Müttern

Die Meriten aus Anlass der Freilassung der drei Alpinisten am 20. Juli wollten sich gleich mehrere Parteien als Erfolg anheften: die türkische Armee, der Bundesnachrichtendienst (BND), das Bundeskriminalamt (BKA) und das Auswärtige Amt. Deutlich widersprach der damalige bayerische Innenminister Joachim Herrmann der Behauptung des türkischen Militärs: „Der militärische Druck hat da weniger eine Rolle gespielt."

Tatsächlich aber war es verschiedenen kurdischen Aktivitäten zu verdanken, dass die Geiselnahme ein gutes Ende genommen hatte. Sowohl der Obmann der Linksfraktion im Menschenrechtsausschuss, Michael Leutert, als auch *AZADÎ* warnten davor, jetzt wieder zur Tagesordnung überzugehen. Vielmehr müsse die Situation der kurdischen Bevölkerung bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stärker thematisiert werden und die deutsche Politik eine Änderung ihrer Haltung gegenüber der sog. kurdischen Frage vornehmen.

Vertrauliche Gefahrenanalyse des Bundeskriminalamts

Nahezu zeitgleich berichtete der *Focus* über eine vertrauliche Gefahrenanalyse des Bundeskriminalamts und der Fernsehsender n-tv schlagzeilte am 19. Juli 2008 unter der Überschrift „Anschlagspläne der PKK: Schäuble gefährdet". Der *Focus*-Reporter wusste gar zu berichten, dass der gesamte Komplex des Bundesinnenministeriums in Berlin, das Polizeipräsidium Köln und das von Wuppertal als mögliche Ziele von PKK-Anschlägen gälten, weil Schäuble für das Betätigungsverbot von ROJ TV verantwortlich zeichne. Der gesamte Blätterwald rauschte, alle folgten diesem Bedrohungsszenarium. Nur das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen dementierte diese auf Köln und Wuppertal geäußerten Mutmaßungen.

Klage gegen Verbotsverfügung wird begründet

Am 17. Februar 2009 reichte Rechtsanwalt Dr. Reinhard Marx eine 36 Seiten umfassende Klagebegründung gegen die Verbotsverfügung des Bundesinnenministers beim 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig ein. Diese zielte insbesondere darauf ab, dass die Klägerin durch das Verbot in ihren Rechten verletzt worden sei und im Übrigen die in der Verfügung aufgezeigten vereinsrechtlichen Betätigungsverbote nicht erfüllt seien. Ausführlich setzte sich die Verteidigung mit allen Punkten des Verbotserlasses auseinander und widerlegte eindrucksvoll die darin aufgestellten Behauptungen. Insbesondere wurde in der Begründung darauf hingewiesen, dass sich „das von der Beklagten gesammelte und zur Grundlage der angefochtenen Verfügung gemachte Material über die Sendungen der Klägerin" nicht von demjenigen unterscheide, „das die Grundlage bildete für zwei Beschwerden in Dänemark, die durch die türkische Regierung erhoben worden waren, und die mangels stichhaltiger entsprechender Belege zur Zurückweisung des Antrags auf Entziehung der Zulassung der Sendeberechtigung der Klägerin geführt haben".

Der dänische Radio- und Fernsehausschuss hatte bereits im Juli 2006 aufgrund von drei Beschwerden der Türkei ein Verfahren gegen ROJ TV eingeleitet. Nach Auffassung des Ausschusses hätten allerdings die von der Türkei vorgelegten und gerügten Beiträge „alle den Charakter von Nachrichtenbeiträgen oder Diskussionsprogrammen, in denen Informationen, Nachrichten und Meinungen als Teil von Nachrichten- und Diskussionsprogrammen weitervermittelt werden, die keine Anstachelungen zum Hass enthalten".

Bundesverwaltungsgericht: Klagen kann eine Erfolgsaussicht nicht abgesprochen werden / Deutsche Rechtsgrundlagen auf grenzüberschreitende Sendetätigkeit nicht anwendbar

Zurückgehend auf den Ausgangspunkt dieses Beitrags, hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Pressemitteilung vom 18. Mai 2009 dargestellt, welche drei Gesichtspunkte für die vorläufige Entscheidung in dem Eilverfahren maßgeblich gewesen sind: Vieles spreche dafür, „dass die von dem Ministerium herangezogenen deutschen Rechtsgrundlagen auf die grenzüberschreitende Sendetätigkeit nicht anwendbar sind. Die Bestimmung des deutschen Strafrechts, die das Ministerium durch den Sender verwirklicht sieht, bezieht sich nur auf in Deutschland ausgeübte Tätigkeiten. Außerdem enthält die gemeinschaftsrechtliche Fernseh-Richtlinie für grenzüberschreitende Fernsehsendungen Mindestnormen, deren Einhaltung allerdings nicht von dem Empfangsstaat, sondern von dem Sendestaat kontrolliert wird. Unabhängig davon muss die aufwändige Auswertung des von dem Ministerium im Verlauf des gerichtlichen Verfahrens beigebrachten umfänglichen Tatsachenmaterials dem Hauptsacheverfahren vorbehalten bleiben. Schließlich ist nicht ersichtlich, dass einer Beendigung der Tätigkeit des Senders eine besonders hohe Dringlichkeit zukommt, denn zum Zeitpunkt des Verbotserlasses strahlte dieser sein Programm bereits seit mehr als vier Jahren auch nach Deutschland aus." Es sei weder vorgetragen „noch sonst ersichtlich, dass der Sender seine programmatische Ausrichtung in diesem Zeitraum entscheidend radikalisiert" hätte. Das Gericht, das seine Entscheidung ausführlich begründet, spricht den Klagen eine „Erfolgsaussicht" nicht ab. Aktenzeichen: BVerwG 6 VR 3.08 und 4.08 vom 14. Mai 2009.

Warten wir also, mit welchem Ergebnis das Hauptsacheverfahren endet. ♦

15. Juni 2009

Der Frauenakzent der Farbenfreude ...

Eindrücke vom 5. Zilan-Frauenfestival

Fadile Yıldırım

Nach umfangreichen Vorbereitungen kommt dann endlich das Festival. Wie immer, bunt gekleidet, steigen wir in die Busse und fahren zum Festival. Alle Frauen sind in einer süßen Eile. Kinder freuen sich, weil sie zu etwas fahren, was anders ist. Mit Liedern und Gesängen endet die Fahrt dann endlich. Wir erreichen das Amphitheater Gelsenkirchen.

Noch auf dem Weg begegnen sich Frauen, die aus verschiedenen Ländern angereist sind. Auch wenn sie sich nicht kennen, grüßen sie sich. Uns kommt das Theater sehr bekannt vor, da wir die letzten drei Festivals auch hier veranstalteten. Die Bühne gleich am Kanal sieht einfach bezaubernd aus. Ebenfalls die ganzen Aktionszelte, die rund um das Theater aufgebaut wurden. Ich fange an, die einzelnen Zelte zu besichtigen.

Es kommen immer mehr und mehr Frauen. Die Angekommenen reagieren genauso wie ich, aus Neugierde, was sie wohl alles bringen, fangen sie an, die einzelnen Zelte zu besichtigen. Als Erstes gehen wir zu dem, in dem die Diskussionsveranstaltung stattfindet.

Noch vor Beginn der Podiumsdiskussion sehe ich, dass es schon voll ist. Dann beginnt die Veranstaltung. Die Teilnehmerinnen hören sich die einzelnen Vorträge der Rednerinnen sehr genau an. Rege werden Fragen gestellt. Der „Ehrenkodex“ ist es, der hier diskutiert wird. Nach kurzer Zeit befinden wir uns in einer sehr interessanten Diskussionsveranstaltung. „Schön, super“ sagen wir. Die KurdInnen scheuen sich also nicht mehr, den „Ehrenkodex“ zu diskutieren. Eine Frau aus dem Publikum sagt sogar: „Lasst uns doch den Feminismus diskutieren.“ Es kommt mir wie eine unglaubliche Entwicklung vor. Denn bis vor Kurzem war es unmöglich, den Feminismus überhaupt noch zu erwähnen. Aber jetzt reden wir mit den Frauen aus der Bevölkerung darüber. Dies führt auch dazu, dass der „Ehrenkodex“ hinterfragt wird. Sie hinterfragen, wie dieser „Ehrenkodex“ es doch geschafft hat, ihr Leben so sehr unter Kontrolle zu bekommen. Ich sehe mir die Augen der Frauen an. Alle sind auf der Suche nach etwas Neuem.



Das 5. Zilan-Frauenfestival in Gelsenkirchen Foto: A. Bender

Die Podiumsdiskussion ist sehr interessant, aber zu kurz. Es wird zumindest versucht, ein so wichtiges Thema in einer so kurzen Zeit reichlich zu diskutieren. Zwar haben wir alle am Ende der Veranstaltung noch sehr regen Diskussionsbedarf. Aber das Hauptprogramm ist eröffnet. Wir laufen Richtung Amphitheater, wo sich die Hauptbühne befindet. Noch auf dem Weg dahin hören wir unglaublich faszinierende Stimmen. Sie kommen von der Nebenbühne, wo die Bardinnen ihre „Klams“ (so werden ihre Lieder genannt) singen. Die Stimmen der Frauen kommen so tief aus dem Herzen. Der Schmerz, der wie ein Fluss aus der Seele herausfließt, ist sehr deutlich fühlbar. Ich merke, dass wir uns in einer anderen Zeit fühlen, wenn wir die Augen zumachen und uns nur diese faszinierenden Stimmen anhören. Denn diese Stimmen haben einen Einfluss unabhängig von Zeit und Ort. In uns werden Gefühle und Eindrücke geweckt, die wir zu einem anderen Zeitpunkt der Geschichte in unserem Gedächtnis vermerkt haben …

Wir kehren zurück ins Heute. Wir alle konzentrieren uns auf die Hauptbühne. Wir hören Reden, in denen gesagt wird: „Wir sind niemandes Ehre. Wir werden auch niemandes Ehre sein.“ Wie in der Mythologie – solidarisch und märchenhaft: Denn gleich im Anschluss an die Reden schauen wir uns *Sevan* an – armenische Folklore. Kann ein Tanz so wundervoll sein? Mit einem Wort: einfach faszinierend. An einer Stelle der Aufführung tanzt ein Mädchen ganz allein. Es ist unglaublich. Kann ein Tanz so ästhetisch vorgeführt werden? Oder wurde der Tanz für dieses Mädchen erschaffen? Oder ist dieses Mädchen zum Tanzen geschaffen? Jede einzelne Figur erzählt eine Realität. Eine die Sehnsucht zur Heimat, die andere die zu den Bergen, eine erzählt die Liebe und die andere den Schmerz.

Nach diesem bezaubernden Tanz gehen wir erneut etwas herum. Plötzlich hören wir eine Stimme von Weitem. Wir versuchen, sie einzuordnen. Es ist, als ob diese Stimme uns ruft. Wir gehen

in die Richtung, aus der sie erklingt. Wir kommen zur Hauptbühne. Eine Frau in langem Kleid, mit langen Haaren. Sie singt kurdisch und anschließend türkisch. Eine bezaubernde Stimme. Eine Stimme, die unvergesslich ist. Es ist eine Stimme, die auch nach Jahren noch anzuhören ist.

Kann eine Stimme Eleganz haben? Ja, kann sie. Später erfahren wir, dass es die ungarische Sängerin *Petra Geszti* war. Wenn es nicht erwähnt worden wäre, würden alle denken, dass diese Frau eine Kurdin ist.

Es beginnt, leicht zu regnen. Alle sehen sich an, als würden sie sich gegenseitig sagen: „Oh nein, wir hatten es schon geahnt.“ Unsere Erinnerungen an das letzte Jahr, als wir klitschnass wurden, sind noch so frisch. Wir kamen in der Hoffnung, dass es dieses Jahr trocken bleibt. Aber nun ist es geschehen. Der Regen wird stärker und immer stärker. Fast jede von uns hat denselben Reflex, jede schaut zum Himmel, um zu spekulieren, wie lange und wie stark der Regen wohl sein wird? Aber aus Trotz gegen den Regen verlässt niemand das Festival. Obwohl es regnet, obwohl alle nass werden, trotz der Kinder und der Babys, niemand verlässt das Festival ... Genau das ist es! Trotz allem sind wir hier ...

Trotz des Regens gehen wir weiter die verschiedenen Zelte besuchen. An einem der Zelte finden wir eine Unterschriftenkampagne gegen Steinigung, die von der *Internationalen Freien Frauenstiftung* begonnen wurde. Frauen stehen in der Reihe, um zu unterschreiben.

Nach einer kurzen Zeit an den Zelten kommen wir wieder zur Bühne, auf der gerade eine Trachtenvorführung stattfindet. Kurdische Trachten werden vorgeführt. Die verschiedenen bunten Farben stehen den jungen Mädchen, die sie tragen, sehr gut. Die Farben fallen uns auf. Es ist, als würden sie auch die Vielfarbigkeit der Menschheit unterstützen. Bunt statt eintönig.

Wir sehen Frauen, die zu *Dev* und *Zirne* (kurdische Tanzflöte und Tanztrommel) „halay“ tanzen. Unter dem ununterbrochen regnenden Regen. Ohne müde zu werden. Sie tanzen im Rhythmus des Regens. Eine andere Gruppe junger Mädchen ruft Parolen wie „Wir sind niemandes Ehre“. Ältere Mütter stehen mit ihren weißen Kopftüchern da und rufen nach Frieden.

Das 5. Zilan-Frauenfestival hat Zilan erneut gegrüßt. Frauen haben auf dem Festival gemeinsam für eine gewaltfreie, gerechte, friedliche, demokratische und farbenfrohe Welt gestanden. Ohne Patriarchat, ohne Ausbeutung, ohne Ehrenkodex und Ungerechtigkeit.

Bis zu einem nächsten Zilan-Frauenfestival ... ♦

[Zilan (Zeynep Kınacı, 1971–1996): Märtyrerin der ARGK]



Die Tanzgruppe *Sevan* auf der Bühne des 5. Zilan-Frauenfestivals Foto: A. Bender

Europäische Feministische Initiative befragt EU-Wahl-KanidatInnen bezüglich ihrer Positionen und ihres Engagements für Frauen

Ein anderes Ergebnis war sicherlich nicht zu erwarten

Meike Nack, UTAMARA

Die *Europäische Feministische Initiative* (EFI) hat im Vorfeld der EU-Wahlen 2009 die KandidatInnen zu ihrer Tauglichkeit bezüglich Gleichberechtigung befragt: Und wie nicht anders zu erwarten ist das Ergebnis erschreckend!

Die Tatsache, dass die meisten KandidatInnen ihre Kontaktdaten veröffentlicht haben und somit eine Bereitschaft signalisieren, tatsächlich Fragen zu beantworten, ist trügerisch. Es haben auf 280 verschickte E-Mails nur 17 KandidatInnen geantwortet und davon auch nur 13 den Fragebogen der *Feministischen Initiative* beantwortet.

Auch wenn ein Großteil der Kurzfristigkeit der Aktion geschuldet sein könnte, wird dennoch deutlich, wie gering die Ambitionen der KandidatInnen für ein tatsächlich gleichberechtigtes Europa sind. Ambitionierte KandidatInnen der Parteien wie DKP oder *Die Linke*. haben zumindest kurzfristig die Fragen mit Auszügen aus ihrem Parteiprogramm beantwortet.

Ein anderes Ergebnis war sicherlich nicht zu erwarten.

Dennoch konnte mit dieser Befragung zumindest bewirkt werden, dass das EFI-Netzwerk die KandidatInnen mit seinen Fragen erneut deutlich auf einige der demokratischen Grundsätze der EU hinweist und darauf, dass ein christlich-rechtskonservatives Europa nicht gewollt ist.

Die Fragen zu der deutlichen Trennung von Staat und Religion basierend auf der Anerkennung von Frauen- und Menschenrechten zeigen erneut, wie ein alternatives Europa möglich ist.

Das EFI-Netzwerk ist entstanden aus Aktivist_Innen, die sich auf dem *Europäischen Sozialforum* kennengelernt haben, und hat sich mittlerweile auf Einzelpersonen und Gruppen aus 14 Ländern Europas ausgeweitet. Der diesjährige Schwerpunkt liegt auf dem Thema Säkularismus. Hierüber ist ein umfangreiches Netzwerk insbesondere mit Frauenorganisationen des Mittleren Ostens entstanden, die gemeinsam gegen die Unterdrückung von Frauen – mit welcher Begründung auch immer, sei sie kulturell, religiös, traditionell oder aus Gewohnheit – arbeiten.

Den Offenen Brief dokumentieren wir auf der anderen Seite.



Konferenz von EFI in Brüssel Foto: EFI

IFE-EFI Europäische Feministische Initiative für ein anderes Europa
c/o Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.
In der Stehle 26
53547 Kasbach-Ohlenberg
Tel.: 02644 602424
efideutschland@googlemail.com
www.ife-efi.org

Offener Brief, der im Vorfeld der Europawahlen 2009 von der *Europäischen Feministischen Initiative* an 280 KandidatInnen versendet wurde:

Sehr geehrte KandidatInnen,

Die europäische Demokratie leidet darunter, dass die grundlegenden Prinzipien, die in den Gründungspapieren festgelegt wurden, in seiner Verwirklichung große Missstände aufweist: gleiches Rechte für alle Bürger_Innen, sowie gleiche Rechte zwischen Frauen und Männern.

Anlässlich der kommenden Wahlen ist es daher erforderlich, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, einen klaren Blick auf die Positionen der KanidatInnen betreffend der wichtigen Herausforderung, die die wirklich gleichen Rechte zwischen Männern und Frauen in unserer Gesellschaft darstellt, haben. Denn nur so können Bürger_Innen herausfinden, ob Ergebnisse von Wahlen einen realen Einfluss auf die Entscheidungen ihrer politischen Parteien haben.

Die *Europäische Feministische Initiative für ein anderes Europa* (EFI-IFE) ist ein Europäisches Netzwerk, dass für die Stärkung von Frauenstimmen in ganz Europa und der Gestaltung eines anderen, gleichberechtigten Europas gegründet wurde.

Gleiche Rechte und die Anerkennung von fundamentalen Rechten von Frauen, welche durch eine lange patriarchale Geschichte verhindert wurden, sind die einzigen möglichen Mittel, um diese beschämenden rückschrittlichen Positionen aus dem letzten Jahrhundert zu beenden.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Einflusses von religiösem Fundamentalismus und die damit verbundene zunehmende Bedrohung für Frauenrechte ist eines der Hauptziele von EFI die Absicherung des säkularen Prinzips in den Mitgliedsstaaten.

Feministische Vorschläge für ein säkulares Europas wurden während der internationalen Konferenz im Juni 2008 in Rom entwickelt und im Rahmen einer europäischen Kampagne möchten wir die KandidatInnen zu den Projekte ihrer Parteien bezüglich dieses Themas befragen.

Wir danken Ihnen im Voraus für die möglichst genaue Beantwortung der folgenden Fragen:

1) In Artikel 16c des Lissabonner Vertrags und ll-70 der Europäischen Charter für Grundrechte ist unserer Meinung nach in keiner Weise ein säkulares Europa festgelegt. Werden Sie sich für eine Änderung der europäischen Verträge einsetzen, um diese derzeitigen Widersprüche zu beseitigen?

2) Werden Sie aktiv eine Trennung von religiösen und staatlichen Einrichtungen unterstützen und wenn ja, wie würden Sie dies tun?

3) Werden Sie dafür einsetzen, die Beziehung des Zivil- und Familienrecht zur Religion aufzuheben?

4) Werden Sie von den Mitgliedsstaaten der EU fordern, dass diese keinerlei Anerkennung anderer den persönlichen Status betreffend Familiensitten oder -rechte zulassen, die auf religiösen Prinzipien basieren und gegen die Rechte von Frauen verstoßen?

5) Werden Sie sich gegen die Rechtfertigung der Diskriminierungen von Frauen durch kulturelle, religiöse, traditionelle und gewohnte Praktiken stellen?

6) Werden Sie sich dafür einsetzen, das Asyl in den EU Mitgliedsstaaten für Opfer oder Bedrohte von Verfolgung aufgrund von religiösen Gebräuchen in ihren Ländern zu garantieren?

7) Werden Sie sich für die Freiheit von Frauen einsetzen, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, ihre Recht auf Aufklärung zu ihrer Sexualität, Geburtenkontrolle und Abtreibung sowie des Respekts ihrer sexuellen Freiheit; werden Sie sich ebenso für die Bereitstellung der notwendigen Mittel einsetzen, um die Anerkennung und Einbindung dieser Rechte zu sichern?

8) Werden Sie sich auf einer europäischen Ebene für die notwendige grundlegende institutionelle Veränderung, die Neuorientierung der europäischen Verträge so wie die Anerkennung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen als ein Gundwert einsetzen?

Diese Ziele sind ausschlaggebend. Sie verankern einen Grundstock für ein demokratisches Europa. In unserer Plattform haben wir geschlossen entschieden, dass nur diese grundlegenden Frauenrechten eine Sicherung eines künftigen Europas bedeuten.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort!

Mit freundlichen Grüßen,

i.V. die Coordinatione der EFI

Initiative Féministe Européenne pour une autre Europe
European Feminist Initiative for another Europe
Iniciativa Feminista Europea para otra Europa
Europejska Feministyczyna Inicjatywa dla innej Europy
Europäische Feministische Initiative für ein anderes Europa
Europska Feministicka Inicijativa za drukciju Europu
Iniziativa Feminista Europea per un' altra Europa
Europeiskt Feministiskt Initiativ for ett annat Europa
Iniciativa Feminista Europeia para uma outra Europa
Europai Feminista Kezdeményezés egy masmilyen Europaért

Siehe Artikel 16c, § 3 des Vertrags von Lissabon und die Europäischen Charter für Grundrechte Teil ll Art. ll-70, Bereich: Gendanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

Initiativen gegen destruktive Wasserprojekte weiten sich aus

Kippt das Ilisu-Staudammprojekt endgültig?

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Wir befinden uns kurz vor der endgültigen Entscheidung, ob die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz aus dem Ilisu-Staudammprojekt am Tigris aussteigen werden oder nicht. Am 6. Juli 2009 wollen sie bekannt geben, ob sie nach der sechsmonatigen Suspendierung der Kreditbürgschaften vom Dezember 2008 weiter in der Projektfinanzierung bleiben wollen. Anders herum gefragt: Werden durch europäische Firmen und Gelder mehrere Zehntausend Menschen vertrieben, die Orte der ersten menschlichen Siedlungen in Obermesopotamien mit ihrer 12 000-jährigen Geschichte und eines der wertvollsten Ökosysteme der Region zerstört und das Konfliktpotenzial in Türkisch-Kurdistan und im Mittleren Osten erhöht?

Seit April 2009 – kurz nach dem 5. Weltwasserforum in Istanbul und den Protesten dagegen, bei dem das Projekt auch eine wichtige Rolle spielte – nahmen die Entwicklungen und Aktivitäten rund um das Ilisu-Projekt weiter zu. Fast täglich gibt es Meldungen in der Presse der Türkei oder Europas. Diese haben nicht klar erkennen lassen, wie die Entscheidung getroffen werden könnte. Dies wird schließlich daran liegen, ob in diesen Tagen und Wochen öffentlicher Druck in der Türkei und in Europa aufgebaut und aufrechterhalten werden kann. Dies ist umso wichtiger, da aus den Aussagen der drei europäischen Regierungen entnommen werden kann, dass wirtschaftliche und strategische Interessen sich wieder einmal durchzusetzen scheinen und viel Lobbyarbeit für das Ilisu-Projekt getan wird.

Bei Betrachtung der letzten Entwicklungen zwischen Mitte April und Mitte Juni 2009 ist zu erkennen, dass sich viel Positives getan hat und die Kampagnen gegen das Ilisu-Projekt viel Aufmerksamkeit bekommen haben. Wahrscheinlich auch deswegen hat der türkische Ministerpräsident Erdoğan am 19. April 2009 in Hannover die Gegner des Ilisu-Projekts als Terroristen bezeichnet. Die türkische Regierung diffamiert, weil ihr die Argumente ausgehen. Das zeigt auch die unveränderte Mentalität der Türkei, die autoritär geblieben ist und die Belange der Menschen nicht achtet. Dies widerspricht den Ausführungen einiger Deutscher oder Österreicher, die eine angebliche veränderte Herangehensweise der türkischen Regierung hervorheben.

Aus Protest gegen die wiederholten Diffamierungen der türkischen Regierung gegen Anti-Ilisu-AktivistInnen und auch gegen andere StaudammkritikerInnen in der Türkei hat Anfang Mai 2009 eine türkeiweite Unterschriftenkampagne begonnen. Sie wird von unserer Initiative, der Allianoi-Initiative, dem Munzurbewahrungsrat, dem Yusufeli Kulturverein sowie der Plattform der Geschwisterlichkeit der Bäche getragen. Die ersten Unterschriften wurden auf der Buchmesse in Izmir gesammelt, wo die staudammkritischen Bewegungen eine große Ausstellung eröffneten und viel Interesse ernteten. Die ständig laufende Unterschriftenkampagne richtet sich direkt an die türkische Regierung.

Nach der Veröffentlichung eines neues Berichts von zwei Wissenschaftlerinnen aus der Türkei über die antike Stadt Hasankeyf und das Tigristal, wonach diese neun von zehn möglichen Kriterien für die Ausweisung als UNESCO-Weltkulturerbe erfüllen, begann am 14. Mai 2009 eine Unterschriftenkampagne vom Naturverein (Doğa Derneği) aus Ankara, die den türkischen Ministerpräsidenten auffordert, Hasankeyf und das Tigristal nicht zu überfluten. Stattdessen sollen Hasankeyf und das Tigristal zur UNESCO-Welterbestätte erklärt werden. Diese Unterschriften gehen auch an die drei verantwortlichen europäischen Regierungschefs. Seitdem werden auf der Website (www.hasankeyfesadakat.com) Unterschriften gesammelt. Diese Kampagne soll klarmachen, dass eine Entwicklung mit Hasankeyf für die Region nur der einzige vernünftige Weg sein kann.

Am 16. Mai 2009 fand eine Bootsaktion der Initiative zur Rettung von Hasankeyf auf dem Tigris bei Hasankeyf statt. Jugendliche auf acht Booten fuhren in einem Wettbewerb 12 km lang auf dem Tigris bis zur Stadt Hasankeyf, um gegen den Ilisu-Staudamm zu protestieren. Sie wurden in Hasankeyf von vielen Menschen und einigen NGOs empfangen. Anschließend gab es ein kleines Konzert. Zum ersten Mal wurde auf dem Tigris eine Bootsaktion gegen den Ilisu-Staudamm durchgeführt, was von den Medien mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde. In Zukunft ist geplant, mit anderen Organisationen und Gruppen noch größere und medienwirksamere Aktionen durchzuführen.

In Berlin fand am 28. Mai 2009 der von der europäischen Ilisu-Kampagne vorbereitete Ilisu-Gipfel mit 400 TeilnehmerInnen statt. Es kamen neben dem Bürgermeister von Batman, Nejdet Atalay, auch Robert Goodland, der die Sozial- und Umweltkriterien für die Weltbank geschrieben hat, Hassan Janabi, der irakische Botschafter bei der

UN zu Wasserfragen, und der türkische Popstar Tarkan, der viel Medieninteresse auf sich zog. Zwei Betroffene aus Hasankeyf konnten nicht anreisen, weil sie von Deutschland kein Visum erhalten hatten. Sie alle legten aus ihrem Verständnis dar, wieso dieses Ilisu-Projekt nicht verwirklicht werden darf. Neben dem Gipfel fanden auch Treffen mit den vier involvierten deutschen Ministerien statt. Während das Entwicklungsministerium sich zuversichtlich zeigte, dass das Projekt nicht durchkommt, verteidigten Wirtschafts-, Außen- und Finanzministerium in einer arroganten Art und Weise das Projekt in ihren Reden.



Bootsaktion der Initiative zur Rettung Hasankeyfs auf dem Tigris Foto: DIHA

Am 6. Juni 2009 haben in Ankara alle staudammkritischen Bewegungen aus der Türkei gegen die herrschende Staudammpolitik mit einer Demonstration protestiert. Erstmalig fanden sich unsere Initiative, die Initiativen und Vereine aus Dersim, Izmir, der östlichen Schwarzmeerregion in einer Aktivität zusammen. 1 000 Menschen aus den verschiedenen betroffenen Regionen demonstrierten in einem bunten Marsch zusammen mit zwei Dutzend zivilen Organisationen. Dieser überfällige Schritt ist notwendig, um den Staat langfristig zu einer Änderung der Wasserpolitik zu zwingen. Nur durch gemeinsam gebündelte Kräfte ist das zu schaffen, wozu Erfolge gegen bestimmte Projekte sehr nützlich sein können. Wenn im Falle von Ilisu die europäischen Staaten aussteigen sollten, wäre dieses Bündnis umso wichtiger, um den Kampf auf Landesebene intensiv gegen die Initiativen der türkische Regierung führen zu können.

Am 9. Juni 2009 kam nochmals heraus, dass die türkische Regierung die Auflagen des Ilisu-Projekts zum wiederholten Male verletzt. Mit Gerichtsbeschluss vom 6. Mai 2009 wurde etwa 30 Familien nahe Hasankeyf im Dorf Kesmeköprü III ein Stück Land für den Bau von „Neu-Hasankeyf“ genommen und zu einem Spottpreis entschädigt – dabei wurde die in erster Instanz einseitig festgelegte Entschädigungssumme nochmals um ca. 40 Prozent gekürzt und das Land in Staatseigentum überführt. Also in der Zeit, als die Verträge mit den Europäern auf Eis lagen. Dies zeigt, wie sehr sich die türkische Regierung tatsächlich um Auflagen schert. Alle die bisher den drei europäischen Regierungen vorgelegten Pläne sind nur Beteuerungen und hohle Versprechungen. Die bisherige Praxis geht nämlich bei allen anderen Staudammprojekten weiter. So zuletzt am Murat-Fluss in der kurdischen Provinz Muş, wo infolge der Stauung durch den Alpaslan-Staudamm viele Hunderte Menschen weichen mussten. Dabei haben die meisten zum Zeitpunkt der zwangsweisen Räumung keine Entschädigung erhalten.

Eine weitere Täuschung im Falle des Ilisu-Projekts ist jetzt noch einmal deutlicher geworden. Mitarbeiter der Firma Encon, die den Umsiedlungsplan für das Ilisu-Projekt erarbeitet haben, gaben im Mai zu, dass wahrscheinlich nicht 12, sondern nur 3–4 Monumente aus Hasankeyf versetzt werden können. Archäologen in Hasankeyf berichteten, dass bisher nur die Studien zu einem Monument vorliegen und dass selbst bei diesem es nicht klar sei, ob es wirklich versetzt werden kann. Das heißt, dass der neben Neu-Hasankeyf geplante archäologische Kulturpark ein Flop werden wird. Unsere Initiative hat dies schon vor langer Zeit vorausgesagt. So werden bei einer Verwirklichung des Projekts die umgesiedelten Bewohner durch den Ausfall des Tourismus absolut keine Einkommen mehr haben. Was übrig bleibt, ist eine Geisterstadt Hasankeyf, denn die Menschen werden alle in die großen Städte ziehen müssen, um zu überleben.

Wenn jetzt die drei europäischen Regierungen ihre Kreditbürgschaften endgültig zurückziehen, werden sie gerade noch ihr Gesicht gegenüber den betroffenen Menschen wahren können. Andernfalls zeigen sie, dass Profitinteressen und strategische Überlegungen über allem anderen stehen und sie alle Projekte – und seien sie noch so destruktiv – ihren Kriterien und Standards anpassen, damit diese durchgeboxt und realisiert werden können. Im Falle des Rückzugs aus Ilisu wird die türkische Regierung ihre Legitimität zur Verwirklichung verlieren und kaum noch ihre eigene Öffentlichkeit für dieses Projekt überzeugen können. Dann wird es auch nicht zur Beteiligung von chinesischen Firmen und Geldern kommen. Denn in der Türkei wächst mit jedem Tag der Protest gegen das Ilisu-Projekt.

Wir führen seit dreieinhalb Jahren eine ununterbrochene Kampagne, wobei die Betroffenen immer mehr zu den Hauptakteuren der Proteste werden; der Naturverein ist letztes Jahr eingestiegen, es formiert sich ein türkeiweites staudammkritisches Bündnis und inzwischen beteiligen sich auch so genannte Prominente wie Orhan Pamuk und Orhan Gencebay an der Kampagne gegen den Ilisu-Staudamm. Sowohl die kurdische als auch die türkische Gesellschaft nimmt sich Hasankeyfs, desTigristals und seiner Menschen an. ♦

Siehe www.hasankeyfgirisimi.com und www.stopilisu.com

Aus dem Leben des kurdischen Politikers Muzaffer Ayata

Seit Jahrzehnten politisch verfolgt – in der Türkei und in Deutschland

Monika Morres, Azadî, 7. Juni 2009

„Alle imperialistischen, kolonialistischen Mächte kommen, um diesem Kampf für Unabhängigkeit Steine in den Weg zu legen, ihn zu zertrümmern, der Türkei mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gerne zur Hilfe und spielen ihre konterrevolutionäre Rolle. In dieser Hinsicht sind die Bemühungen des US-Imperialismus und der BRD ziemlich offensichtlich.“ Diese Aussage stammt aus einem ausführlichen Brief an die „Botschaften der sozialistischen Länder“ vom 20. September 1988 und ist „im Namen von Zehntausenden kurdischen Kriegsgefangenen in den Kerkern der Türkei und in Kurdistan“ von Muzaffer Ayata aus dem Spezial-Typ-Gefängnis Eskişehir unterzeichnet. Wenige Monate vor dem Militärputsch im September 1980 wurde Muzaffer wegen seiner Aktivitäten für die PKK verhaftet und drei Jahre später wegen „Separatismus“ zum Tode verurteilt. 1991 ist die verhängte Todesstrafe in eine Haftstrafe von 40 Jahren umgewandelt worden. Nach mehr als 20 Jahren ist er im September des Jahres 2000 auf Bewährung aus der Haft entlassen worden. Weil er sich danach weiter bei der prokurdischen Partei HADEP engagierte, wurde seine Situation aufgrund politischer Verfolgung derart gefährlich, dass er die Türkei verlassen musste.

Er reiste Anfang 2002 nach Deutschland ein und arbeitete intensiv an der Umsetzung der Pläne für eine EU-Vertretung der HADEP. In zahlreichen Artikeln und Diskussionsveranstaltungen setzte er in den folgenden Jahren seinen politischen Kampf für die Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes fort. Bis zum 8. August 2006.

Nach fast 20 Jahren bestätigte sich das, was Muzaffer Ayata und die politischen kurdischen Gefangenen in dem eingangs erwähnten Offenen Brief vom September 1988 angeprangert hatten: nicht nur die US-amerikanische, sondern auch die deutsche Unterstützung der Türkei „mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln“. Das Betätigungsverbot der PKK und der von den Behörden behaupteten Nachfolgeorganisationen ist eines von diesen Mitteln, um politisch aktive Kurden mundtot zu machen. Die Anklage hatte ihm „Rädelsführerschaft“ in einer „kriminellen“ Vereinigung (§ 129 StGB) vorgeworfen und das Oberlandesgericht Frankfurt/M. verurteilte ihn am 10. April 2008 zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten. Zuvor hatte Ayata in einer ausführlichen Prozesserklärung die historischen Hintergründe des bewaffneten und politischen Kampfes des kurdischen Volkes gegen die Verleugnungs- und Vernichtungsstrategie der Türkei, aber auch die antikurdische Politik Deutschlands, dargelegt. Das aber führt bei Richtern und Anklagevertretern zu Reaktionen, die bei den Angeklagten den Eindruck hinterlassen, dass ihre Bemühungen, Verständnis zu erlangen für die tiefgreifenden Probleme ihres Volkes und die Sehnsucht der Menschen nach einem gerechten Frieden, auf Ignoranz und Desinteresse stoßen.

Mehr noch: Die politische Arbeit für die PKK oder den aus ihr hervorgegangenen KONGRA-GEL wird einzig als eine Frage von Kriminalität oder Terrorismus eingestuft und die Akteure werden als „Sicherheitsrisiko“ gebrandmarkt, was auch in der Höhe des Strafmaßes gegen kurdische Angeklagte zum Ausdruck kommt.

Deshalb legte Muzaffer Ayata gegen das OLG-Urteil Revision ein, woraufhin der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) am 10. November 2008 entschied, dass die Sache im Hinblick auf die Höhe des Strafausspruchs neu verhandelt werden muss. Insbesondere rügten die Richter, dass straferschwerend die „Selbstverständlichkeit ins Gewicht fiel, mit der der Angeklagte zur Erreichung seiner politischen Ziele bereit war, gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland zu verstoßen”. Diese „Selbstverständlichkeit“ sei nicht bewiesen und lasse sich „auch nicht dem Gesamtzusammenhang der Urteilsgründe entnehmen“. Ohne diesen „Rechtsfehler“ wäre die Strafe nach Ansicht des BGH „milder“ ausgefallen.

Nach dieser Entscheidung und wegen Verbüßung von zwei Dritteln der Freiheitsstrafe waren die Verteidiger Ayatas der Auffassung, dass ihr Mandant spätestens jetzt aus der Haft entlassen werden müsste und beantragten die Aufhebung des Haftbefehls. Nach der ablehnenden Entscheidung des Generalbundesanwalts vom 19. Dezember 2008 wies zehn Tage später auch der 4. Strafsenat des OLG Frankfurt/M. dieses Ansinnen prompt zurück. Die Richter ordneten die Fortdauer der Untersuchungshaft an, u. a. mit der Begründung, dass bei dem Angeklagten „eine Distanzierung von den Zielen und Vorgehensweisen der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten PKK bislang nicht zu erkennen“ sei, was nicht zuletzt dadurch deutlich geworden sei, „dass der Angeklagte zu Beginn der Hauptverhandlung im Rahmen seiner Einlassung über mehrere Sitzungstage politische Erklärungen zur kurdischen Frage verlesen“ habe. Ferner behaupten die Richter, aufgrund der „politischen

Einstellung des Angeklagten" müsse davon ausgegangen werden, „dass er nach wie vor alles daran setzen" werde, „einer endgültigen, der Rechtskraft fähigen Verurteilung zu entgehen". Bei Muzaffer Ayata könne „derzeit keine günstige Sozialprognose gestellt werden", und zwar wegen dessen angeblich "fortbestehender Einbindung in die Organisation der PKK".

In der Zwischenzeit hatten sich auch die türkischen Behörden in Kenntnis des Verfahrens gegen Muzaffer Ayata und einer möglicherweise anstehenden Haftentlassung mit einem Rechtshilfeersuchen vom 10. Dezember 2007 an die BRD gewandt und die Auslieferung des Kurden beantragt. Nach Meinung des Schwurgerichts in Diyarbakır soll dieser als Mitglied im Führungskomitee der PKK innerhalb Europas und der damit verbundenen Leitungsfunktionen für die von der PKK auf dem Staatsgebiet der Türkei seitdem geplanten und durchgeführten Terroranschläge, deren persönliche Begehung ihm nicht nachzuweisen sei, verantwortlich zu sein.

Mit Beschluss vom 13. März 2008 wurde vom 2. Senat des OLG Frankfurt/M. daraufhin die Auslieferungshaft gegen Muzaffer Ayata angeordnet mit der Begründung, „dass der Angeklagte sich dem Auslieferungsverfahren entziehen" werde, wenn er „aus der Untersuchungshaft in dem deutschen Strafverfahren entlassen würde". Ayatas Verfahrensbevollmächtigter hat einen Antrag gegen den Auslieferungshaftbefehl gestellt, über den bislang noch nicht entschieden ist.

Am 9. März 2009 nun wurde die „Strafsache Muzaffer Ayata" vor dem 4. Strafsenat des OLG Frankfurt/M. neu verhandelt. Die Richter korrigierten das ursprüngliche Urteil und reduzierten die Freiheitsstrafe um vier Monate. Hierbei berücksichtigten die Richter in gewisser Weise den politischen Hintergrund für die Aktivitäten des kurdischen Politikers und betonten, dass er „keine eigennützigen Ziele" verfolgt habe. Anerkannt wurde zudem, dass der Angeklagte durch die Dauer der U-Haft „erheblichen Einschränkungen" unterliege, „wobei auch eine erhöhte Haftempfindlichkeit aufgrund seines Alters von 53 Jahren und der Tatsache, dass er sich nicht auf Deutsch verständigen kann, ins Gewicht fiel".

Zu seinen Lasten wertete das Gericht, dass Muzaffer Ayata „spätestens seit April 2006 bis zu seiner Festnahme eine im Vergleich zu den anderen in Deutschland tätigen Sektorleitern herausgehobene, über das mit dem Begriff der Rädelsführerschaft verbundene übliche Maß hinausgehende Stellung innerhalb der Struktur" eingenommen habe.

Auch gegen dieses Urteil hat die Verteidigung Ayatas Revision eingelegt und am 12. Mai 2009 erneut die Aufhebung des Haftbefehls beantragt. Hierbei stellt Rechtsanwalt Wolfgang Kronauer insbesondere darauf ab, dass der vom 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt/M. behauptete „Fluchtanreiz" bei einer Reststrafe von weniger als fünf Monaten „völlig anders zu bewerten" sei als bei einem „möglichen Strafrest von über einem Jahr". Zudem könne dem Beschuldigten nicht zur Last gelegt werden, sich legal „für die Rechte des kurdischen Volkes" eingesetzt zu haben bzw. sich erklärtermaßen künftig für die kurdische Partei DTP in Deutschland einsetzen zu wollen. Die Schlussfolgerung des Generalbundesanwalts (GBA), gerade dadurch würden die bestehenden Kontakte des Kurden zum „führenden Funktionärskörper der PKK/CDK" fortgesetzt, sei nicht „nachzuvollziehen". Vielmehr müsse – so der Frankfurter Rechtsanwalt – das politische Engagement seines Mandanten positiv bewertet werden.

Er betrachte den am 9. März 2009 verfügten Haftfortdauerbeschluss des OLG Frankfurt/M. als einen Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, weswegen der Haftbefehl gem. § 20 Strafprozessordnung „aufzuheben" sei.

Dieser Auffassung schloss sich der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) nicht an. Mit seiner Entscheidung vom 19. Mai 2009 wurde die Beschwerde von Muzaffer Ayata verworfen und dessen Haftfortdauer bis zur Endstrafe festgeschrieben. Begründet wird der Beschluss vornehmlich mit der „Fluchtgefahr", unabhängig davon, ob der Angeklagte nur noch einen „Strafrest von weniger als fünf Monaten" abzusitzen habe. Auch das stelle „einen Fluchtanreiz dar". An dieser Einschätzung könne seit dem Beschluss des OLG Frankfurt vom 9. März keine Änderung festgestellt werden. Vielmehr habe Muzaffer Ayata in seiner Beschwerdeschrift dargelegt, dass er nach einer Haftentlassung auch einen Aufenthalt im westlichen Ausland erwäge, „ohne dies näher zu konkretisieren". Deshalb – so schlussfolgert der BGH – werde „nicht erwartet", dass sich der Angeklagte „dem weiteren Verfahren und der Vollstreckung einer Restfreiheitsstrafe freiwillig" stelle. Diese Entscheidung halten die Richter für „verhältnismäßig".

Also muss Muzaffer Ayata die gesamte Strafe verbüßen, die voraussichtlich am 8. Oktober 2009 endet.

Auch in dieser Entscheidung drückt sich die feindliche Haltung des politischen und justiziellen Apparates gegenüber den Repräsentant/inn/en der kurdischen Bewegung aus, zumal, wenn sie sich nicht kooperativ und unterwürfig verhalten oder abschwörende Bekenntnisse abgeben.

Muzaffer Ayata, der so viele Jahre seines Lebens für den Freiheitskampf des kurdischen Volkes in türkischen und deutschen Gefängnissen zubringen musste, gehört unsere Solidarität und Unterstützung. ♦

OLG Frankfurt/M. lehnt Auslieferung von Muzaffer AYATA in die Türkei ab

Wie Azadî erst am 10. Juni erfuhr, hat das OLG Frankfurt/M. am 27. Mai auf der Grundlage einer Verbalnote der Bundesregierung vom 14. Mai beschlossen, die von der Türkei begehrte Auslieferung des kurdischen Politikers Muzaffer Ayata abzulehnen. Gleichzeitig wird die Aufhebung des Haftbefehls vom 13. März 2008 angeordnet.

Wie in dem Beschluss weiter ausgeführt, hat die Staatsanwaltschaft „bereits die Löschung der Überhaftnotierung" veranlasst. Muzaffer Ayata wurde am 8. August 2006 festgenommen und am 10. April 2008 nach § 129 StGB (Mitgliedschaft in einer „kriminellen" Vereinigung) zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt. aus einer Presseerklärung von AZADÎ, 10. Juni 2009

Mumia Abu-Jamal: Nach 27 Jahren Haft soll eine Petition an US-Präsident Barack Obama den Weg in die Freiheit ebnen

Jeder Tag ohne Sonne

Birgit Gärtner, Journalistin

Im Sommer 1982 wurde Mumia Abu-Jamal mit manipulierten Beweisen wegen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Der engagierte afro-amerikanische Journalist war den Herrschenden in Politik und Justiz in Philadelphia wegen seiner kritischen Berichterstattung über die Polizeibrutalität gegenüber der schwarzen Bevölkerung ein Dorn im Auge. Er sollte zum Schweigen gebracht werden, deswegen wurde ihm der Mord angehängt. Diese Rechnung ging indes nicht auf: Mumia setzte seinen Kampf gegen die rassistische US-Gesellschaft und das repressive System im Knast ungebrochen fort und wurde weltweit zum Symbol für den Kampf gegen die Todesstrafe. Heute, nach mehr als 27 Jahren Haft, erreicht die „Stimme der Unterdrückten“ durch seine Radioreportagen, Kolumnen und Bücher viel mehr Menschen auf der ganzen Welt, als vor seiner Verhaftung am 9. Dezember 1981.

Mumias Leben gleicht einem Krimi – allerdings einem schlechten Hollywoodstreifen, für den jedoch das wahre Leben die Vorlage lieferte. Schauplatz: Philadelphia in den 1970er Jahren. Drehbuch: FBI. Regie: J. Edgar Hoover, der damalige Direktor des FBI, der nichts auf der Welt mehr hasste als emanzipative Bewegungen wie die *Black Panther Party* (BPP) oder *Indian Movement*. Hauptdarsteller: Frank Rizzo, ehemaliger Polizeipräsident und Bürgermeister Philadelphias. Unfreiwilliger Hauptdarsteller: Mumia Abu-Jamal. Weitere unfreiwillige Akteure: die Aktivistinnen und Aktivisten fortschrittlicher Bewegungen, die bespitzelt und eingeschüchtert, durch konstruierte Anklagen für lange Jahre in den Knast gebracht oder gleich im Auftrag Hoovers umgebracht wurden. Dieses Killen und Wegsperren im Staatsauftrag trug den hochtrabenden Namen *Counter Intelligence Program* – Cointelpro. Tausende wurden bespitzelt, Hunderte eingeknastet und Dutzende ermordet. Mumia wurde observiert, seitdem er 14 war, wie sich viele Jahre später im Laufe des Mordprozesses gegen ihn herausstellte.

Er wurde am 24. April 1954 als Wesley Cook geboren, mit ihm sein Zwillingsbruder Wayne. Die Brüder Keith und Ronnie sowie Schwester Lydia waren schon da, kurze Zeit später kam noch Billy dazu. Familie Cook lebte in den Sozialsiedlungen, den pj`s, in Philadelphia. Dort wo in der „Stadt der brüderlichen Liebe“, wie Philadelphia aus dem Griechischen übersetzt heißt, die meisten Schwarzen lebten, lernte er früh, was es heißt, arm und schwarz zu sein. Mit 14 Jahren lehrte ihn ein Lehrer mit kenianischen Wurzeln die Geschichte der Schwarzen. Timone Ombima gab seinen Schülern afrikanische Namen, Wesley nannte er Mumia. Dem gefiel dieser Name so gut, dass er ihn beibehielt.

1969 kandidierte der Gouverneur von Alabama, George Wallace, bei den Präsidentschaftswahlen. Dieser trat offen für die Rassentrennung ein. In Philadelphia gab es eine große „Wallace-for-President“-Kundgebung. Mumia machte sich mit drei Freunden auf den Weg, um gegen den Aufmarsch der Rassisten zu protestieren. Vier schlaksige schwarze Jungs gegen Tausende weiße Erwachsene ...

Von denen wurden sie geboxt, getreten und geschlagen und wussten sich schließlich nicht mehr anders zu helfen, als die Polizei zu rufen. Die kam auch tatsächlich – um ihrerseits mit Schlagstöcken und Latten auf die Kids einzuprügeln und mit schweren Stiefeln auf sie einzutreten. Alle vier wurden ins Krankenhaus eingeliefert, Mumia war so entstellt, dass selbst seine Mutter ihn nicht mehr erkannte.

Der Polizeibeamte, der ihn so zugerichtet hatte, verabreichte ihm eine Lektion fürs Leben: „Er hat mich direkt in die *Black Panther Party* geprügelt“, sagt Mumia heute.

Dort entdeckte er den wirklichen Sinn seines Lebens: das Schreiben. Bereits mit 15 Jahren wurde er zum Verantwortlichen für Information der BPP in Philadelphia. Er schrieb Artikel für die BPP-Zeitung, die eine Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren täglich hatte.

Mumia war ein journalistisches Naturtalent, der seine Umwelt in sich aufsog wie ein trockener Schwamm. Der Jesse Jackson und Bob Marley mit derselben Neugier interviewte, mit der er eine Nonne mit der Frage „Hätten Sie nicht auch manchmal gern Kinder?“ aus der Fassung brachte.

Bei den BPP wurde Mumia erfasst von unbändiger Lebenslust, und dem Feuer der Revolution, das in den Herzen der Panther brannte. Zu einer Zeit, in der „die weiße Vorherrschaft und die Hegemonie der Konzerne nicht nur bedroht, sondern – in Vietnam, Lateinamerika und Afrika – tatsächlich zusammenzubrechen schien“, beschreibt der US-Autor Terry Bisson in der Biographie „on a move. Die Lebensgeschichte von Mumia Abu-Jamal“.

Um so schmerzlicher der Zusammenbruch der BPP Anfang der 1970er. „Ich fühlte mich, als hätte ich mich zum Ausgehen todschick gemacht und wüsste nun nicht, wo die Party läuft“, schreibt

Mumia in dem Buch „... aus der Todeszelle“ (Atlantik Verlag Bremen). „Die Panthers begeiferten sich gegenseitig in einer vernichtenden, blutigen Fehde, in der Ostküste gegen Westküste stand.“ Hinzu kam: „Um 1974 herum hatten die staatlichen Sicherheitskräfte in den USA mehr als dreißig Militante ermordet und weit mehr ins Gefängnis gebracht, die Panther-Büros waren mit Informanten und Provokateuren durchsetzt.“

Philadelphia war die erste bedeutende Stadt Amerikas, ein Hort fortschrittlicher Ideen, Heimat von Gegnern der Sklaverei und fortschrittlichen Intellektuellen. Die Verfassungsgebende Versammlung fand dort statt, und das erste Parlamentsgebäude der gerade entstehenden Nation wurde dort erbaut. In den 1950er und 1960er Jahren schlossen jedoch große Werften und Hauptarbeitgeber in Philadelphia ihre Pforten, so dass es zu einer Krise kam. „Schuld daran waren natürlich die Schwarzen“, so Bisson. „Das war Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts die Standarderklärung für alle Schwierigkeiten.“

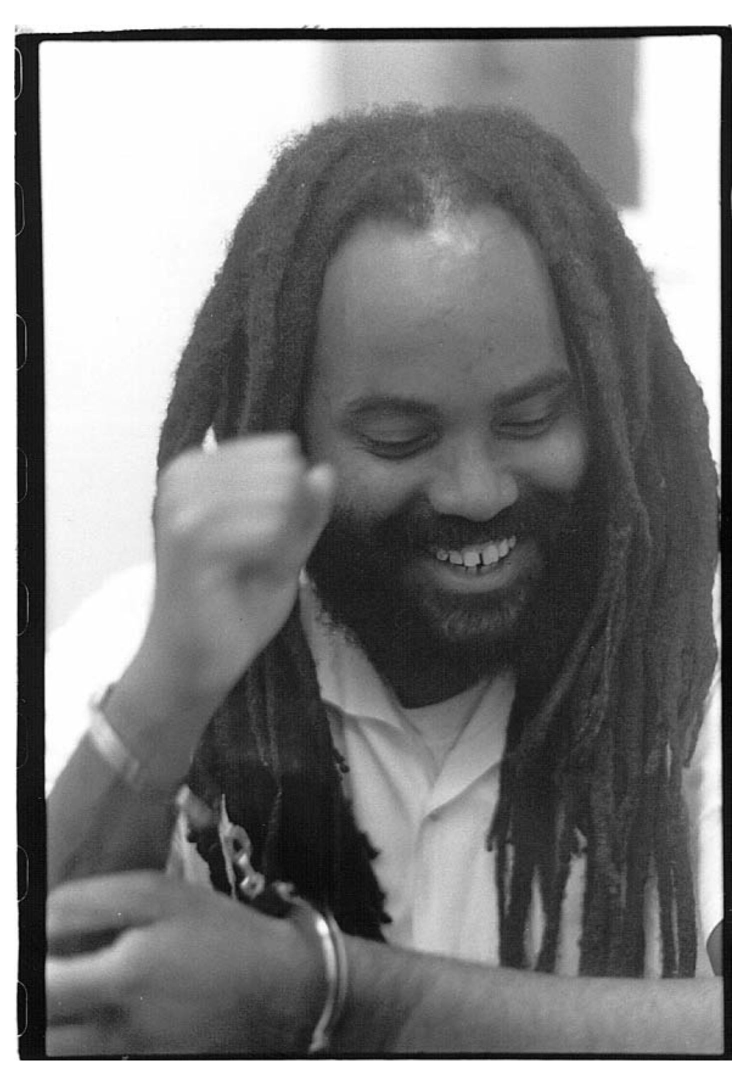
Schon damals zeichnete sich dort ab, was Mitte der 1990er Jahre durch den ehemaligen New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani als Null-Toleranz-Strategie bezeichnet, von westlichen Politikern wie Tony Blair und Gerhard Schröder als Law-and-Order-Politik (Recht und Ordnung) etabliert und nach dem 11. September 2001 durch restriktive Sicherheitsgesetze quasi weltweit festgeschrieben wurde: Bespitzelung und gewaltsame Bekämpfung aller „subversiven Elemente“.

„Die Antwort Philadelphias auf die komplexen, durch die Krise der Stadt verursachten Probleme bestand in einem wandelnden, (zum Teil auch) sprechenden Polizeiknüppel namens Frank Rizzo, ein vorzeitiger High-School-Abbrecher und Streifenpolizist vom Typ Du-kriegst-gleich-was-in-die-Fresse“, schreibt Bisson. „Mit Unterstützung Richard Nixons, der ihn als nationales Symbol für Recht und Ordnung pries, stieg Rizzo vom Streifenpolizist zum Bezirksleiter, dann zum Polizeipräsidenten und danach zum Bürgermeister auf.“

Laut Bisson waren die Straßen Philadelphias für die Schwarzen in den Jahren unter Rizzo gefährlich. „Besonders für die schwarzen Jugendlichen, da die Polizei sie als Kriminelle betrachtete, die nur darauf warteten, ein Verbrechen zu begehen.“ Im Klartext bedeutete das für sie, erst einmal verhaftet zu werden und später den Vorwand eines angeblichen Verbrechens geliefert zu bekommen.

In den Jahren 1970 bis 1974 erlitten laut Linn Washington, Freund und ehemaliger Kollege von Mumia sowie Dozent für Publizistik an der *Temple University Philadelphia*, 226 Menschen in Philadelphia Schussverletzungen durch die Polizei. 143 davon hatten selbst keine Schusswaffe, 80 von ihnen wurden getötet. Von 1974 bis 1978 wurden 290 Menschen von der Polizei angeschossen. Insgesamt wurden in den siebziger Jahren mindestens 162 Personen von der Polizei getötet.

Das US-Justizministerium unternahm deshalb 1972 den Versuch, die gesamte Polizei der Stadt Philadelphia wegen Bürgerrechtsverletzungen zu verklagen. Das wurde allerdings durch die Nixon-Regierung vereitelt. 1979, unter der Regierung Jimmy Carters, sah sich das US-Justizministerium erneut veranlasst, eine Untersuchung gegen die Stadt Philadelphia wegen überhandnehmender Brutalität und Korruption der Polizei einzuleiten und Klage gegen die Stadt zu erheben. „Das war ein bis dahin in der Geschichte der USA noch nie da gewesener Schritt“, betont Washington. „Die



Mumia Abu-Jamal weitere Bilder unter: mumia.de

Untersuchung förderte eine endlose Litanei von Gewalttätigkeit, Korruption und Rechtsbruch zutage."

Trotzdem kam es nicht zu der Klage, ein ehemals von Nixon benannter Bundesrichter hat sie gestoppt.

Wie aus einem Bericht der Organisation *Human Rights Watch* von 1998 hervorgeht, stehen in Philadelphia Polizeikorruption und -brutalität nach wie vor auf der Tagesordnung und die „Stadt der brüderlichen Liebe" hat in Sachen Polizeiterror mit den schlechtesten Ruf aller Großstädte der USA.

Auch Linn Washington beklagte in einem Interview 2006 die andauernde Polizeibrutalität in Philadelphia: „Im Laufe der Zeit habe ich für viele verschiedene Medien gearbeitet, doch mein Schwerpunktthema ist im Prinzip stets dasselbe geblieben: rassistische Polizeiwillkür und -brutalität. Die Methoden der Polizei sind unterdessen andere geworden. Heute gibt es nicht so viele Gewaltexzesse oder eine Kugel ins Hirn, sondern die Taktik besteht darin, Menschen mit fingierten Beweisen hinter Gitter zu bringen – und zwar häufig für eine sehr lange Zeit. Und für die Betroffenen gibt es keine Chance, dem zu entgehen. Experten von rechts bis links sind sich darüber einig, dass etwa 10 % aller Gefängnisinsassen unschuldig dort sitzen. Das hört sich erstmal harmlos an, aber bei ca. zwei Millionen Gefangenen in den USA sind das immerhin etwa 200 000 Menschen. Und auch da sind sich die Experten einig, in erster Linie betroffen davon sind Afro- und Latino-Amerikaner."

Auf dem College entdeckte Mumia eine neue Leidenschaft: das Radio. „Ein Tag ohne O-Ton ist wie ein Tag ohne Sonne", schrieb er in dem Buch „... aus der Todeszelle". Als Radioreporter in Philadelphia Ende der 70er Jahre thematisierte er die rassistischen Übergriffe der Cops auf die schwarze Bevölkerung, deckte Polizeiskandale auf und stellte den Verantwortlichen, u. a. Rizzo, dafür unangenehme Fragen. Das brachte ihm bei seinen Hörern den Ruf ein, „Stimme der Unterdrückten" zu sein, er bekam verschiedene Medienpreise verliehen, wurde zum Vorsitzenden der Vereinigung der schwarzen Journalisten in Philadelphia gewählt – und zog sich Rizzos Hass zu.

Am 9. Dezember 1981 wurde Mumia zufällig Zeuge, wie sein Bruder Billy von dem Polizeibeamten Daniel Faulkner kontrolliert und drangsaliert wurde. Er wollte seinem Bruder zu Hilfe eilen, es kam zu einem Gerangel, am Ende war er selbst schwer verletzt und Faulkner tot.

Mumia arbeitete zu dem Zeitpunkt als Taxifahrer, da die Herrschenden in Philadelphia so viel Druck auf die Medien gemacht hatten, dass der damals schon berühmte Reporter keine Anstellung bekam, mit der er sich und seine Familie ernähren konnte. Er fuhr vorwiegend nachts, und hatte sich deshalb eine Pistole zugelegt, die offiziell registriert war.

Weder wurde festgestellt, ob Mumias Waffe die Tatwaffe war, noch wurden seine Hände nach Schmauchspuren untersucht. Die Cops fanden einen toten Kollegen und einen blutverschmierten Schwarzen, nachdem Rizzo



Titelbild des Kurdistan Report 98 / März 2000 | Demonstration gegen die Todesstrafe – Freiheit für Mumia, Berlin, 5.2.2000

Foto: A. Bender

klar wurde, wer dieser Schwarze war, nämlich der als „Stimme der Unterdrückten“ berühmte, ihm verhasste Radioreporter, hatte er den Polizistenmörder. Mit manipulierten Beweisen, gefälschten Akten und erpressten Zeugenaussagen wurde Mumia wegen Polizistenmordes im Juni 1982 zum Tode verurteilt.

Ein unvorstellbarer Justizskandal, der in den USA allerdings keine Seltenheit ist. In dem Roman „Der Gefangene“ beschreibt der berühmte US-Krimiautor John Grisham den wahren Fall des Ronald Keith Williamson, eines psychisch Kranken, der unschuldig zum Tode verurteilt wurde. Grisham beschreibt sehr anschaulich, wie das System von Keine-Beweise-haben-und-trotzdem-verurteilen funktioniert. Gibt es keine Beweise, werden welche konstruiert, Verdächtige so lange unter Druck gesetzt, bis sie zugeben, was ihnen unterstellt wird, oder Geschichten erzählen, aus denen dann Anklagen gebastelt werden. In diesem Zusammenhang sind die „Träume von Ada“ berühmt geworden: In dem kleinen Ort in Oklahoma, in dem auch die Grisham-Erzählung „Der Gefangene“ seinen Ausgang nimmt, erzählte im Herbst 1984 ein Verdächtigter, nachdem er stundenlang von den Polizeibeamten unter Druck gesetzt wurde, schließlich einen Traum. Demnach hatte er gemeinsam mit einem Komplizen eine Frau umgebracht. Die erfundene Story stimmte zwar mit den Fakten vorne und hinten nicht überein, trotzdem wurden die beiden Männer zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt und sitzen bis heute im Knast. Der Journalist Robert Mayer schrieb nach langen Recherchen zu diesem Fall das Buch „The Dreams of Ada“, die Träume von Ada, das im April 1987 erschien.

Das Buch fand große Beachtung in den USA, wurde viel diskutiert – unschuldig verurteilt wird trotzdem immer noch. Das System funktioniert, weil ein Teil von Richtern und Staatsanwälten in das System von Gewalt und Korruption involviert sind und die Mehrheit der anderen es nicht hinterfragen. „Die Reise (im Rahmen der Recherchen zu dem Buch, Anm. d. Verf.) führte mich auch in die Welt der Fehlurteile, an die ich, obwohl ich früher Anwalt war, kaum jemals einen Gedanken verschwendet hatte“, stellt Grisham im Nachwort selbstkritisch fest. „Fehlurteile gibt es jeden Monat in jedem Bundesstaat unseres Landes. Die vielfältigen Gründe gleichen sich: schlechte Polizeiarbeit, pseudowissenschaftliche Methoden, irrtümliche Identifizierung durch Augenzeugen, schlechte Verteidiger, faule oder arrogante Staatsanwälte.“

In Mumias Fall war es nicht nur Schlamperei, er sollte verurteilt werden, weil er Rizzo ein Dorn im Auge war. Die letzten 26 Jahre verbrachte er in der Todeszelle, seitdem haben seine Tage keine Sonne mehr: Das bedeutet Leben auf sechs Quadratmetern, 23 Stunden Isolation, eine Stunde Hofgang, am Wochenende nicht einmal das, Licht Tag und Nacht, keine menschlichen Berührungen, Besuche nur mit Glasscheibe, seine Lebensgefährtin Wadya hat Mumia seit vielen Jahren nicht mehr in den Arm nehmen können, er hat Enkelkinder, die er noch nie auf dem Schoß hatte.

Trotzdem ließ und lässt er sich nicht unterkriegen. Im Gefängnis bildete er sich zum Gefangenenanwalt aus, schrieb mehrere Bücher, die zum Teil weltweit verlegt wurden, macht Radioreportagen und schreibt Kolumnen. Dafür wurde er 2008 zum Mitglied des Schriftstellerverbandes P.E.N. ernannt.

Für sein politisches Wirken wurde er am 27. Mai 2001 in Lübeck mit dem Erich-Mühsam-Preis ausgezeichnet. Den Preis nahm damals stellvertretend der Antifaschist Peter Gingold entgegen. „Wir, Überlebende des antifaschistischen Widerstands, des Holocaust, möchten unsere tiefste Verbundenheit mit Mumia zum Ausdruck bringen“, so Gingold in seiner Rede. „Die Geschichte des deutschen Faschismus und Rassismus verpflichtet die Deutschen wie keine anderen auf dieser Erde, politisch und moralisch am lautstärksten aufzuschreien und den Rassismus zu bekämpfen, wann und wo er auch zu Tage tritt; und sich mit jedem zu solidarisieren, der aus rassistischen Gründen verfolgt, und vor allem, dessen Leben bedroht wird.“

Die aktuelle Situation macht es dringender denn je, das antifaschistische Erbe anzutreten, das Peter Gingold, der 2006 verstarb, uns hinterließ: sich mit Mumia zu solidarisieren.

Anfang April 2009 lehnte der Oberste Gerichtshof der USA, der Supreme Court, den Antrag von Mumias Anwalt Robert R. Bryan auf Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Bryan wird Widerspruch gegen diese Entscheidung einlegen, der aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls kommentarlos abgelehnt werden wird. Dann bleibt auf juristischer Ebene nur die Entscheidung über das Strafmaß: lebenslange Haft oder Hinrichtung. Leben oder Tod, darum geht es in den nächsten Monaten. Das sollte alle fortschrittlichen Menschen in diesem Land dazu bewegen, „am lautstärksten aufzuschreien“, damit die „Stimme der Unterdrückten“ nicht tatsächlich für immer zum Schweigen gebracht werden kann.

In den USA wird derzeit eine Petition an Präsident Barack Obama vorbereitet, um diesen zu einer Stellungnahme zum Fall Mumia Abu-Jamal zu bewegen. Bei einer Veranstaltung in Berlin am 5. Mai 2009 gab es die Möglichkeit, Bryan in einem Telefon-Live-Interview zu fragen, ob der US-Präsident eine Hoffnung für Mumia sein könne. „Yes, he can“, ja, er kann, antwortete Bryan in Anlehnung an den Wahlslogan „Yes, we can“. Zwar könne er nicht dessen Freilassung veranlassen, aber eine wohlwollende Äußerung Obamas könne positiven Einfluss auf den weiteren Verlauf der juristischen Auseinandersetzung haben. ♦

Infos zum Fall Mumia Abu-Jamal, den Petitionen und möglichen Aktivitäten unter: www.mumia-hoerbuch.de

Bücher zum Thema:

Mumia Abu-Jamal, „...aus der Todeszelle“ und „Ich schreibe um zu leben“, Terry Bisson, „on a move“, Autorenkollektiv, „free Mumia“, alle Atlantik-Verlag Bremen.

Schiffmann, Michael, „Wettlauf gegen den Tod. Mumia Abu-Jamal: ein schwarzer Revolutionär im weißen Amerika“, Wien.

John Grisham, „Der Gefangene“, Heyne Verlag.

Gespräch mit der Harfenistin Tara Jaff

Ich mache Musik, um den Menschen die Ruhe zu geben

Şahin Bozlar, Journalist

Die Harfe ist eines der frühesten Musikinstrumente Mesopotamiens. Zur Harfe sagt man im Westen auch, sie sei ein „gotisches" Instrument. Wir haben mit der kurdischen Harfenistin Tara Jaff, die die Harfe erstmals auch in die kurdische Musik einführt, über die Geschichte der Harfe, die Rolle der Harfe in der kurdischen Musik und ihr persönliches Zusammentreffen mit der Harfe gesprochen. Tara Jaff war am 20. Mai für einen Auftritt, anlässlich der Auftaktveranstaltung zu den kurdischen Filmtagen, nach Hamburg gekommen.

Quellen besagen, dass die erste Musik Mesopotamiens auf Harfe und Rahmentrommel von Frauen gespielt wurde. Sie sagen, die Harfe stamme von den Sumerern. Was ist die Geschichte der Harfe?

Ja, in der Zeit der Sumerer 3 000 v. Chr., also vor rund fünftausend Jahren, wurde die Harfe entwickelt. Es gab harfenähnliche Instrumente aber auch schon in der iranischen Region vor sechstausend Jahren und in Ägypten zur Zeit der Pharaonen vor 4 000, 5 000 Jahren. Während der Zeit der Pharaonen wurde sie von Männern gespielt. Bei den Sumerern und den Persern von Frauen und Männern. Diese Harfen waren sehr verschieden voneinander. Sowohl in ihrer Form als auch im Klang, aber auch ihre Saiten waren unterschiedlich. Die Perser nannten ihre Harfe Çeng[1]. Sie ähnelte der heutigen noch am meisten. Vor allem in ihrer Form, aber bei der heutigen finden wir keine Vierteltöne. Çeng bedeutet „mit den Fingern zupfen". Bei sehr frühen Abbildungen aus der Zeit der Babylonier zum Beispiel ist zu sehen, dass die Harfe von Männern gespielt wird. Auch auf Abbildungen aus der Zeit der Assyrer sind es wieder Männer, die die Harfe spielen. In jener Zeit wurden aus Persien kurdische Musiker geholt. Sie haben den assyrischen Königen auf der Harfe vorgespielt. Damals hatte die Harfe noch eine andere Form. Für mich selbst ist vor allem die iranische Harfe von Bedeutung.

Es heißt dass die Harfe bis zum 17. Jh. bei den Persern und den Kurden weit verbreitet war. Von da an verliert sie aber nach und nach an Bedeutung, bis sie sie schließlich ganz. Durch Sie hält die Harfe nun erneut Einzug in die kurdische Musik.

Das ist richtig. Sie wurde in der persischen Musik benutzt. Bei den Sassaniden waren Barbet und Nakisa Meister der Çeng. Daneben gab es noch Rubabi[2], Def (Arbane)[3], Santur[4], Bubaba, Tar[5], Ney[6] und Kanun[7]. Beide (Barbet und Nakisa) haben die persische Musik neu erschaffen. Zu jener Zeit sie auf ihrem Höhepunkt. Aber was auch geschah, es blieb nicht so. Die persische Musik hat die kurdische Musik beeinflusst. Ich schätze dass die Santur den Platz der Harfe eingenommen hat, weil sie einfacher zu transportieren ist. Sie wird mit leichten Schlägeln gespielt. Die Çeng wird mit den Händen gespielt. Außerdem verstimmt die Çeng schneller wieder. Zum Beispiel reißen beim Transport auch ihre Saiten schnell. Vielleicht war die Santur einfach praktischer. Ich schätze, dass mit der Zeit deshalb die Harfe weniger gespielt wurde. Zurzeit wird sie weder gebaut noch gespielt. Was man in der iranischen Musik hört, ist die Santur. Ja, auch die kurdische Musikgruppe KAMKAR[8] spielten die Santur. Das ist sehr schade, denn in sehr alten kurdischen und persischen Liedern ist von der Çeng die Rede. Zum Beispiel heißt es in einem alten Gedicht: Çeng, Tar und Ney. Diese Instrumente waren früher weit verbreitet.

Wie sind Sie zur Harfe gekommen?

Ich habe in England irländische Musik gehört. Ich mag irländische Musik sehr. Auch die Irländer benutzen die Harfe. Die Harfe ist ihr nationales Musik-Instrument. Nachdem ich die irländische Musik gehört hatte, beschloss ich, Harfe zu lernen. In Irland habe ich die Harfe gefunden. Danach habe ich mir das Spielen selbst beigebracht. Als ich sie dann richtig gelernt hatte, habe ich sie in die kurdische Musik eingebracht. Und begann, kurdische Stücke auf ihr zu spielen. Ich versuchte es und es funktionierte. Als ich gemerkt hatte, dass das passt, habe ich weitergemacht.

Sie haben die Harfe wieder zur kurdischen Musik gebracht. Soweit mir bekannt ist, sind Sie die einzige kurdische Musikerin, die dieses Instrument spielt. Gibt es Bemühungen, das zu ändern?

Das möchte ich schon, aber ich weiß noch nicht, wie sich das realisieren lässt. Ich habe es ja autodidaktisch gelernt.

Dabei habe ich nicht gelernt, wie man es auch anderen beibringt. Also müssen es andere wohl auch selbst lernen. Um ein Instrument sehr gut zu lernen, muss man in das Instrument verliebt sein. Ich bin der Musik gefolgt. Niemand hat mir gesagt, komm, ich lehre dich dies Instrument. Ich bin nach Süd-Kurdistan gegangen. Eine meiner Harfen steht noch dort. Ich habe sie dort gelassen. Ich habe mir gewünscht und auch darauf gewartet, dass jemand kommt und sagt: „Lehre mich dieses Instrument." Vergangenes Jahr bin ich in Hewler gewesen, um mir die dortige Kunstschule anzusehen. Nur ein Kind ist dort zu mir gekommen und hat mir gesagt: ich möchte die Harfe lernen. Ich habe gesagt, es solle mich anrufen. Es hat mich jeden Tag angerufen. Und hat mir jedes Mal gesagt, es wolle die Harfe erlernen. Ich habe meine Harfe in Süleymaniye gelassen. Ich sagte dem Kind, gehe und hole sie dir. Nimm sie und lerne sie. Ich habe ihm Bücher und einige Materialien geschickt. Jetzt sitzt es zu Hause und lehrt es sich selbst. Es ist „mein" Schüler. Wenn ich auch nicht dort sein kann, so lehre ich es ihm doch mittels Telefon. Dort ist niemand sonst, der ihm dabei behilflich sein könnte. Die dortigen Lehrer – und das waren Musiklehrer – hatten ihm erklärt, lehre dir doch selbst ein anderes Instrument. Nimm z. B. die Violine. Ja, das war es, was sie gesagt haben. Aber es hat nichts genutzt. Es hat trotzdem darauf beharrt, die Harfe zu erlernen. Außer diesem einen Kind gab es niemanden, der die Harfe erlernen wollte. Wenn ich jemand Geeigneten finde, möchte ich die Harfe gern dort bauen lassen. Sie bauen dort Instrumente. Vielleicht findet sich dort jemand, der sie baut. Dann muss sie nicht mehr aus dem Ausland herangeschafft werden. Denn die Harfe ist ein sehr teures Instrument.

Sie wünschen sich also, dass die Harfe wieder in ihrem Ursprungsland gebaut wird …

Ja, sie sollen die Harfe bauen. Sie sollten das forschend bewerkstelligen. Wie zum Beispiel war die barocke Çeng? Auch ich bin forschend vorgegangen. Die Harfe, die ich benutze, ist die europäische. Sie hat keine Vierteltöne. Sie hat auch keine Töne des Orients. Wenn dort (im Iran) eine Harfe gebaut werden sollte, würde ich mir wünschen, dass sie auch Vierteltöne besitzt. Wie die Kanun. Bei der Kanun ist es möglich, auch Vierteltöne einzustellen. Man kann bei dem Bemühen, eine noch bessere Harfe zu entwickeln, auch auf meine Unterstützung zählen.

Sie sagen „die Musik ist der reinste Weg zur Seele". Was meinen Sie damit?

Die Musik hat mir viel geholfen. Wenn ich Musik mache, trete ich in eine andere Welt ein. In eine geistige Welt. Deshalb mache ich Musik. Wenn ich Musik mache, finde ich mein inneres Gleichgewicht. Kehre in mein Inneres. Der Klang der Harfe ist so schön, sie trägt mich fort in eine andere Welt.



Foto: A. Bender

TARA JAFF
Die kurdische Harfenistin Tara Jaff ist vom Stamme der Caf aus Halepçe. Sie wurde 1958 in Bagdad geboren. Schon in ihrer Kindheit hat sie begonnen, sich mit Musik zu beschäftigen. Seit 1976 lebt Tara Jaff in London und spielt seit 1991 Harfe. Sie hat eine Ausbildung im psychiatrischen Bereich. Zurzeit beschäftigt sie sich aber ausschließlich mit Musik. 2006 wurde ihr erstes Album „Dilley Déwanem" von Kom Müzik veröffentlicht.
Hörproben sind auch bei youtube zu finden, z. B.:
http://www.youtube.com/watch?v=AlW4ge9jtKs

Ist es das, warum die Harfe als Instrument Gottes bezeichnet wird? Sie machen also Musik, um in Ihr eigenes Inneres zu gehen?

Ja, das könnte man so sagen. Natürlich mache ich Musik auch aus anderen Gründen – um mich auf kulturelle Weise ausdrücken zu können. Aber eben auch, um meine innere Ruhe zu finden. Zum Beispiel mache ich Musik im Krankenhaus von London, damit die Kranken dort sich geistig erholen können. Ich liebe es, Musik zu machen, um anderen ihren inneren Frieden zu geben.

Kann das am Wesen der Region, aus der Sie stammen, liegen? Auch die Sufis dort nutzen die Musik, um in ihre innere Welt einzutauchen. Ist das auch bei Ihnen so?

Ja, richtig. Zum Beispiel benutzen die kurdischen Sufis mehr die Def (Arbane) dafür – rufen mit ihr Gott an. Bei mir ist das anders. Ich habe mich sehr darum bemüht, ruhiger zu werden. Nun habe ich die Ruhe in der Harfe gefunden. Das heißt nicht, dass ich nur für mich Musik mache. Ich mache Musik, um den Menschen die Ruhe zu geben ihre Seele zu sehen. Deshalb glaube ich auch, dass meine Musik mir entspricht.

Soweit ich weiß, gibt es in Ihrer Familie auch noch andere, die musizieren? Wenn ich mich nicht irre, Ihre Schwester?

Als meine Schwester klein war, hat sie musiziert. Sie hat sehr gut Klavier gespielt. Aber dann hat sie bedauerlicherweise damit aufgehört. Nur ich mache derzeit Musik.



Tara Jaff auf dem 3. Zilan-Frauenfestival Foto: Şahin Bozlar

Woran arbeiten Sie derzeit?

Ich arbeite gerade an einem neuen Album. Bisher habe ich nur ein Album gemacht. Dieses Jahr habe ich mich dazu entschlossen, ein neues Album zu machen. Zurzeit sammele ich die Lieder dafür. In das Album möchte ich auch ein paar Lieder auf Kurmancî mit aufnehmen. Ich spiele mit dem Gedanken, bei dem Album auch weitere barocke Instrumente dabeizuhaben. Das erste Album diente mehr dazu, die Harfe an sich bekannt zu machen. Deshalb habe ich dort nur Harfe gespielt. Jetzt kennt jeder die Harfe. Jetzt möchte ich die Harfe auch mit anderen barocken kurdischen Instrumenten zusammenbringen. Zum Beispiel die Harfe mit der Def. Die Harfe mit der Mey[9] und der Ney. Ich möchte die Harfe auch mit dem Tambur[10] zusammenbringen. Wann das passiert sein wird, weiß ich allerdings noch nicht.

Es soll etwas Gemischtes werden. Die Instrumente sollen etwas mehr miteinander verschmelzen. Sie sollen einander begrüßen. Und noch etwas; in meinem vorherigen Album habe ich mehr in Hawreman[11] gesungen. In dem neuen Album möchte ich auch in den anderen Dialekten singen. ♦

Fußnoten:

1. Bei der Çeng handelt es sich um die asiatische Harfe.
2. Die Rubabi ist ein kurzhalsiges Saiten-Instrument. Es hat insgesamt 19 Saiten. Sein doppelter Resonanzkörper wird aus dem Stamm des Maulbeerbaums gemacht.
3. Def (Arbane) ist eine Rahmentrommel.
4. Die Santur ist eine Art Hackbrett, das mit leichten Schlägeln gespielt wird.
5. Die Tar ist eine Langhalslaute mit vier Saiten, die gezupft werden.
6 . Die Ney ist eine lange Rohrflöte.
7. Kanun ist eine Art Zither.
8. KAMKAR ist eine kurdische Musikgruppe aus dem Iran. Ihr Repertoire reicht von der traditionellen kurdischen Musik bis hin zur klassischen iranischen Musik.
9. Die Mey ist eine (Block-) Flöte.
10. Tambur ist eine Langhalslaute mit 3 Saiten.
11. Hawreman ist der kurdische Dialekt, der im Iran gesprochen wird.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch



Verteidigungsschriften
Urfa – Segen und Fluch einer Stadt
Abdullah Öcalan
Mezopotamien-Verlag
Herausgeber:
Internationale Initiative
„Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“
aus dem Vorwort des Herausgebers:
Urfa, Abdullah Öcalans Heimatregion, kann als Mikrokosmos Kurdistans und des gesamten Mittleren Ostens gelten. Hier leben, arbeiten und handeln Kurden, Türken, Araber, Turkmenen, Armenier und Assyrer seit Jahrhunderten miteinander und scheinen so der Vorstellung, es könne im Mittleren Osten „ethnisch reine“ Nationalstaaten geben, Hohn zu sprechen. ...
In „Urfa – Segen und Fluch einer Stadt“, ... schlägt Öcalan einen weiten Bogen von den Anfängen menschlicher Zivilisation in Urfa bis in dessen Gegenwart und versucht, demokratische Zukunftsperspektiven für die Region zu formulieren. ...

ISBN: 3-931885-94-1

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Kundgebung der Frauenorgansation DÖKH in Amed, Foto: DIHA

Rückseite:
Amed-Camp | MSF

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375